Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II

Jahresbericht 2012

WIESBADEN

Amt für Soziale Arbeit

AnsprechpartnerIn:
Dr. Rabea Krätschmer-Hahn
Heiner Brülle
Sascha Glimmann

Impressum:
Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

Amt für Soziale Arbeit
Abteilung Grundsatz und Planung
Konradinerallee 11 | 65189 Wiesbaden

Tel.: +49 (0) 611 - 31 54 49 | Fax.: +49 (0) 611 - 31 39 51

E-Mail: sozialplanung@wiesbaden.de

Druck: Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden
Auflage: 30 Stück
Download: http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung/content/beschaeftigungsfoerderung.php
Mai 2013

WIESBADEN

Amt für Soziale Arbeit

Inhaltsverzeichnis

I. DAS JAHR 2012 IM ÜBERBLICK 6

II. VORBEMERKUNGEN 7

III. ENTWICKLUNGEN DER FALLZAHLEN IM SGB II 9

1. PERSONEN UND BEDARFSGEMEINSCHAFTEN 9
2. KINDER IM SGB II 12
3. GELDLEISTUNGEN AN DIE BEDARFSGEMEINSCHAFTEN 13
4. ARMUTSRISIKEN 15
5. NEUANTRÄGE IM SGB II 18

IV. PASSUNGSPROBLEME ZWISCHEN DEM BESCHÄFTIGUNGSANGEBOT AM WIESBADENER ARBEITSMARKT UND DER BESCHÄFTIGUNGS-NACHFRAGE DER SGB II-LEISTUNGSBERECHTIGTEN 20

1. DAS QUALIFIKATIONSNIVEAU 20
2. ERWERBSTÄTIGKEIT VON SGB II-LEISTUNGSBERECHTIGTEN 23
3. AUSSTIEGSLÖHNE AUS DEM SGB II 30

V. EINGLIEDERUNGSMAßNAHMEN FÜR ARBEITSUCHENDE 34

1. EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN FÜR UNTER 25-JÄHRIGE OHNE BERUFSAUSBILDUNG 34
2. EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN FÜR 25-JÄHRIGE UND ÄLTERE 37
3. KOMMUNALE SOZIALE EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN 42

VI. BILDUNG UND TEILHABE 46

VII. INTEGRATIONEN 48

VIII. ORGANISATION UND LEISTUNGSPROZESSGESTALTUNG DES SGB II IM KOMMUNALEN JOBCENTER . 55

IX. AUSGABEN DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE 60

X. GESCHÄFTSSTATISTIK: GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE WIESBADEN IN ZAHLEN 2012 63

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Wiesbaden nach Typus im Zeitvergleich 9
Abbildung 2: Anzahl der Leistungsberechtigten und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Wiesbaden seit 2010 10
Abbildung 3: Personen im SGB II im Dezember 2012 in Wiesbaden 11
Abbildung 4: Kinder und Jugendliche mit SGB II-Bezug im Dezember 2012 in Wiesbaden 12
Abbildung 5: SGB II-Dichte der Kinder in Wiesbaden im Dezember 2012 nach Alter 13
Abbildung 6: Anteil der Haushalte mit SGB II-Leistungen im Dezember 2012, 2011 und 2010 16
Abbildung 7: SGB II-Dichte nach Altersgruppen in der Wiesbadener Bevölkerung im Dezember 2012, 2011 und 2010 17
Abbildung 8: Gründe der Antragsstellung für alle bewilligten Neuanträge im SGB II in Wiesbaden 2012 18
Abbildung 9: Schulische Qualifikation der unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, Dezember 2012 (ohne Schüler) 20
Abbildung 10: Schulische Qualifikation der über 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, Dezember 2012 (ohne Schüler) 21
Abbildung 11: Berufliche Qualifikation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, Dezember 2012 21
Abbildung 12: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Westdeutschland (bis 2004 einschließlich Berlin-West, ab 2005 ohne Berlin) 1975-2011, in % 23
Abbildung 13: Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Leistungsberechtigten im SGB II seit 2010 in Wiesbaden (in %) 24
Abbildung 14: Prozentuale Verteilung der unter 25-jährigen Teilnehmenden in den Eingliederungsmaßnahmen 2012 in Wiesbaden 36
Abbildung 15: Prozentuale Verteilung der 25-jährigen und älteren Teilnehmenden in den Eingliederungsmaßnahmen 2012 in Wiesbaden 38
Abbildung 16: Berufliche Qualifikation der in 2012 Integrierten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Wiesbaden 49
Abbildung 17: Quote der nachhaltigen Integrationen seit Jahresbeginn für September 2012 in Wiesbaden nach Geschlecht 53
Abbildung 18: Aufbauorganisation des SGB II im kommunalen Jobcenter 55
Abbildung 19: Leistungsprozesse (mit Modell „Sofortmaßnahme“ *) zum SGB II in Wiesbaden 56
Abbildung 20: Zielorientierte Eingliederungsstrategien für über 25-Jährige in Wiesbaden 57

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB II-Leistungen je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2012 .. 14

Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Selbständige und geringfügig Beschäftigte im Dezember 2012 in Wiesbaden nach Geschlecht, Alter und Bedarfsgemeinschaftstyp 25

Tabelle 3: Wirtschaftsgruppen, in denen mehr als 10 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort Wiesbaden aufstockende SGB II-Leistungen erhalten, Juni 2012 26

Tabelle 4: Die zehn wichtigsten Wirtschaftsgruppen für SGB II-Berechtigte mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Wiesbaden, Juni 2012 27

Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von SGB II-Leistungsberechtigten nach Bedarfsgemeinschaftstyp in Wiesbaden, Dezember 2012 28

Tabelle 6: Merkmale der Erwerbsbeteiligung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in fünf Städten im Rhein-Main-Gebiet, Dezember 2012 29

Tabelle 7: SGB II-Bedarfe in Wiesbaden und notwendiges Bruttoerwerbseinkommen, um aus dem SGB II-Bezug auszusteigen (unter Berücksichtigung von Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld) 31

Tabelle 8: Ausstiegslöhne und branchenübliche Bruttolöhne (Grenze 1. und 2. Quintil) für Westdeutschland 32

Tabelle 9: Eingliederungsleistungen[1] für unter 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte ohne Berufsausbildung im Jahr 2012 und 2011 35

Tabelle 10: Eingliederungsleistungen[1] für über 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte im Jahr 2012 und 2011 39

Tabelle 11: BuT Jahreswerte 2012 (kumulierte Zahlen) und Quoten der Inanspruchnahme durch SGB II-Leistungsberechtigte 46

Tabelle 12: Integrationen und Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung 2012 und 2011 in Wiesbaden 48

Tabelle 13: Integrationsquote von fünf Städten in der Rhein-Main-Region im Jahr 2012 49

Tabelle 14: Integrationsquote der Alleinerziehenden in fünf Städten in der Rhein-Main-Region 50

Tabelle 15: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2012 51

Tabelle 16: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung im Jahr 2012 52

Tabelle 17: Anteil der Integrationen, die zwischen September 2010 und September 2011 registriert wurden, die ein Jahr später noch in einer sv-pflichtigen Beschäftigung sind 53

Tabelle 18: Integrationen in berufliche oder vollschulische Ausbildung in den vergangenen drei Ausbildungsjahren in Wiesbaden 54

Tabelle 19: Strategietypisierung für die unter 25-Jährigen Leistungsberechtigten ohne Berufsausbildung in Wiesbaden 59

Tabelle 20: Ist-Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende 2012 und 2011 in Wiesbaden 61

Tabelle 21: Ausgaben für Eingliederungsleistungen nach Maßnahmearten in 2012 und 2011 in Wiesbaden 62

Übersichtsverzeichnis

(Geschäftsstatistik)

Übersicht 1: SGB II-Bedarfsgemeinschaften 63
Übersicht 2: Struktur der Bedarfsgemeinschaften 63
Übersicht 3: Durchschnittliche Höhe des Anspruchs und der SGB II-Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft (nur laufende Leistungen, keine Einmalzahlungen, ohne BuT) 64
Übersicht 4: Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen 64
Übersicht 5: Altersstruktur der SGB II-Leistungsberechtigten 65
Übersicht 6: Arbeitsmarktteilhabe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 65
Übersicht 7: Erwerbstätigkeit der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 66
Übersicht 8: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen 67
Übersicht 9: Kurzerläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen (Rechtsgrundlagen ab 01.04.2012) 68
Übersicht 10: Trägerstatistik 71
Übersicht 11: Aktivierungsquoten 72
Übersicht 12: Integrationen 72
Übersicht 13: Kennzahlen nach § 48a SGB II 72

Abkürzungsverzeichnis

AGH	Arbeitsgelegenheit
AGT	Ausbildungsagentur
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAE	Berufsausbildung Benachteiligter
BG	Bedarfsgemeinschaft
BuT	Bildung und Teilhabe
BvB	Berufsvorbereitende Maßnahmen
eLb	erwerbsfähige Leistungsberechtigte
EQ	Einstiegsqualifizierung
FM	Fallmanagement
KdU	Kosten der Unterkunft
KJC	Kommunales Jobcenter
kommAV	Kommunale Arbeitsvermittlung
KT	Kindertagesstätte
LS	Leistungssachbearbeitung
SGB	Sozialgesetzbuch
WKZ	WirtschaftsKlassenzugehörigkeit

I. Das Jahr 2012 im Überblick

	Dezember 2012		Veränderungen zu Dezember 2011	
	abs.	%	abs.	%
Entwicklung Fallzahlen				
Bedarfsgemeinschaften (BG) insg.	14.564	100,0%	- 45	- 0,3 %
davon				
Alleinstehende	7.458	51,2%	+ 0	+ 0,0 %
Mehrere Erwachsene ohne Kinder	1.362	9,4%	+ 0	+ 0,0 %
Mehrere Erwachsene mit Kindern	2.397	16,5%	- 330	- 12,1 %
Alleinerziehende*	3.249	22,3%	+ 187	+ 6,1 %
Personen insg.	28.860	100,0%	- 453	- 1,5 %
davon				
bis unter 15 Jahre	8.660	30,0%	- 219	- 2,5 %
15 bis unter 25 Jahre	3.524	12,2%	+ 51	+ 1,5 %
25 Jahre bis unter 50 Jahre	11.908	41,3%	- 323	- 2,6 %
50 Jahre und älter	4.768	16,5%	+ 38	+ 0,8 %
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) insg.	19.724	100,0%	- 301	- 1,5 %
davon				
männlich	9.092	46,1%	- 112	- 1,2 %
weiblich	10.632	53,9%	- 189	- 1,7 %
Erwerbstätigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten				
eLb mit Erwerbseinkommen insg.	6.648	100,0%	+ 79	+ 1,2 %
davon				
männlich	3.179	47,8%	+ 2	+ 0,1 %
weiblich	3.469	52,2%	+ 77	+ 2,3 %
davon				
geringfügig Beschäftigte	2.387	35,9%	- 58	- 2,4 %
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.624	54,5%	+ 96	+ 2,7 %
Selbständige	637	9,6%	+ 41	+ 6,9 %
darunter				
mit mehreren Erwerbseinkommen	425	6,4%	+ 19	+ 4,7 %
mit Erwerbseinkommen > 800 €	2.136	32,1%	+ 97	+ 4,8 %
Arbeitslosigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten				
Arbeitslose insg.	7.496	100,0%	+ 181	+ 2,5 %
davon				
unter 25 Jahre	694	9,3%	+ 87	+ 14,3 %
25 Jahre und älter	6.802	90,7%	+ 94	+ 1,4 %
davon				
männlich	3.711	49,5%	+ 103	+ 2,9 %
weiblich	3.785	50,5%	+ 78	+ 2,1 %
Eingliederungsmaßnahmen				
Teilnehmer/innen an Eingliederungsmaßnahmen (ohne Einmalleistungen) insg.	14.416	100,0%	- 696	- 4,6 %
davon				
unter 25 Jahre	2.055	14,3%	- 95	- 4,4 %
25 Jahre und älter	12.361	85,7%	- 601	- 4,6 %
darunter				
… Förderung der Berufsausbildung	718	5,0%	- 62	- 7,9 %
… Förderung abhängige Beschäftigung	600	4,2%	- 142	- 19,1 %
… Arbeitsgelegenheiten	2.219	15,4%	- 290	- 11,6 %
Integrationen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt				
Integrationen (Daten der BA)	5.401	100,0%	- 264	- 4,7 %
darunter				
Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	4.485	83,0%	- 254	- 5,4 %
Integrationen Alleinerziehender	703	13,0%	+ 63	+ 9,8 %
Integrationen in eine geringfügige Beschäftigung	2.239	100,0%	- 15	- 0,7 %

* Die Gruppe der Alleinerziehenden eindeutig zu quantifizieren ist mit gewissen Schwierigkeiten behaftet, so dass eine Umstellung ab 03/12 der Operationalisierung von Nöten war, die eine Differenz von + 229 nach sich zog.

II. Vorbemerkungen

Der vorliegende Geschäftsbericht zum SGB II stellt die wichtigsten Entwicklungen und Strukturen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2012 dar.
Dabei sind die Schwerpunktthemen dieses Jahresberichts einerseits die Passfähigkeit zwischen SGB II-Leistungsberechtigten[1] und dem Wiesbadener Arbeitsmarkt, mit dem Fokus auf notwendige Ausstiegslöhne, und andererseits die Darstellung der vielfältigen Maßnahmen und Leistungen zur Eingliederung, um für SGB II-Leistungsberechtigte den Anschluss an den Arbeitsmarkt herzustellen.

Darüber hinaus umfasst er ebenso den Eingliederungsbericht gemäß § 4 der Verwaltungsvereinbarung über die vom Bund zu tragenden Aufwendungen des zugelassenen kommunalen Trägers der Grundsicherung vom 6.1.2005. Damit werden die Eingliederungsleistungen und -ergebnisse dokumentiert, die das kommunale Jobcenter mit den Eingliederungsmitteln des Bundes im Jahr 2012 erreicht hat.
Somit hat der vorliegende Bericht zwei unterschiedliche Funktionen: einerseits die Berichterstattung an Politik, Bundes- und Landesministerien sowie für die Öffentlichkeit; andererseits die Analyse der Eingliederungsstrategien im vergangenen Jahr.

Die hier zugrunde liegenden Daten basieren auf dem Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2012. Die Daten von Dezember 2012 liegen erst im April 2013 vollständig vor, da aufgrund von nachträglichen Bewilligungen, rückwirkender Anerkennung der Leistungen, fehlenden Unterlagen usw. alle vorherigen Abfragen der Daten Fehlinformationen enthalten können. Um die Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten aber zu gewährleisten, werden wichtige Sachverhalte im SGB II - wie die Zahl der Übergänge in den Arbeitsmarkt oder die Zahl der Teilnehmenden an Qualifizierungsmaßnahmen – überhaupt erst mit einer Wartezeit von drei Monaten erhoben. Dieses Prinzip gilt nicht nur für den Wiesbadener Geschäftsbericht zum SGB II, sondern wird auch in der amtlichen Statistik zum SGB II grundsätzlich so gehandhabt. Es werden in dem vorliegenden Bericht sowohl eigene Daten des Wiesbadener Jobcenters aus OPEN/PROSOZ ausgewertet, als auch die amtliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit herangezogen, um eine möglichst detaillierte Analyse zu ermöglichen. Darüber hinaus werden auch Sonderauswertungen der BA analysiert, ergänzende Ergebnisse nicht amtlicher Studien aufgeführt und SAP Auszüge für die Finanzbuchhaltung ausgewiesen.
Je nach Bedarf sind in den entsprechenden Kapiteln auch Bevölkerungsstatistiken oder Arbeitsmarktstatistiken verschiedener Quellen herangezogen worden, um die Analysen auf

---

[1] Im Folgenden wird die männliche Form dann benutzt, wenn es kein geschlechtsneutrales Äquivalent gibt. Damit sind natürlich sowohl Männer als auch Frauen gemeint.

eine breitere Basis zu stellen und sie zu kontextualisieren. Die jeweilig verwendete Datenquelle wird sowohl im Text vermerkt als auch unter den Abbildungen aufgeführt.

III. Entwicklungen der Fallzahlen im SGB II

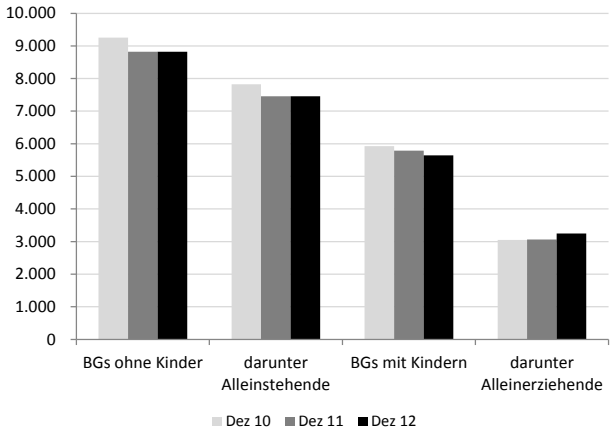
Zuerst werden die aktuellen Entwicklungen der Fallzahlen im SGB II dargestellt: sowohl für Bedarfsgemeinschaften als auch für Personen. Darüber hinaus sollen in diesem Kapitel einerseits die Gruppe der Kinder als auch andererseits die der erwerbstätigen Leistungsberechtigten[2] im Fokus stehen.

1. Personen und Bedarfsgemeinschaften

Insgesamt erhielten im Dezember 2012 14.564 **Bedarfsgemeinschaften**[3] Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Seit 2010 kann man eine generelle Tendenz des Rückgangs für die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften feststellen. Während der Rückgang zu Dezember 2011 nur 1 % beträgt, ist er 2012 mit 5 % zu Dezember 2010 deutlich sichtbarer.
Die Strukturen der Bedarfsgemeinschaften in Wiesbaden sind relativ konstant:

- Im Durchschnitt leben in einer Bedarfsgemeinschaft 2 Personen.
- Gut 60 % sind Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder und in knapp 40 % leben Kinder unter 18 Jahren.
- Von allen Bedarfsgemeinschaften ist ein seit langem konstanter Anteil von 50 % alleinstehend.

Abbildung 1: Anzahl der Bedarfsgemeinschaften in Wiesbaden nach Typus im Zeitvergleich



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Zwar ist bei dem Anteil der Alleinerziehenden unter den Haushalten mit Kindern ein Anstieg zu verzeichnen; dieser ist aber methodisch bedingt: Denn die Gruppe der Alleinerziehenden

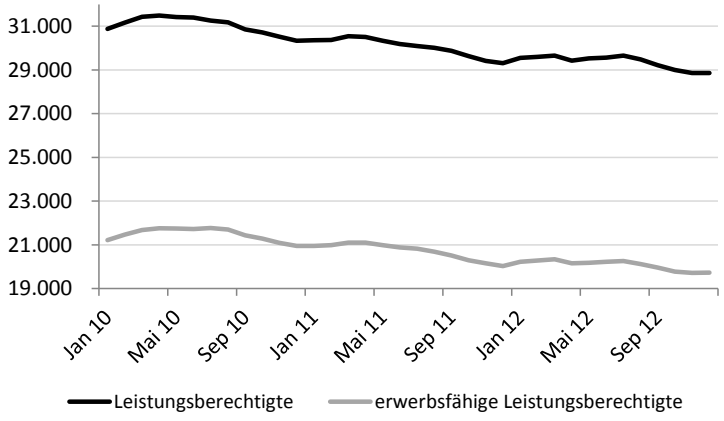
[2] Leistungsberechtigte sind alle Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen, die diese Leistungen auch beziehen.

[3] Bedarfsgemeinschaften sind Haushalte, in denen mindestens eine Person unter 65 Jahren auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen ist und diese auch bezieht.

eindeutig zu quantifizieren ist mit gewissen Schwierigkeiten behaftet, so dass eine Umstellung der Operationalisierung ab März 2012 von Nöten war, die einen Anstieg der Anzahl der Alleinerziehenden von 229 nach sich zog.
D.h. während es einen Rückgang in allen anderen Bedarfsgemeinschaftsformen gibt, steigt zeitgleich nur methodisch bedingt die Zahl der Alleinerziehenden.

Im Dezember 2012 erhalten 28.860 **Personen** Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II). Das sind knapp 13 % aller Wiesbadener im Alter bis 64 Jahre.
47,5 % der Leistungsberechtigten sind männlich und 52,5 % weiblich.
Doch nicht alle dieser Leistungsberechtigten sind auch arbeitsuchend – wie die Bezeichnung der Hilfeleistung "Grundsicherung für Arbeitsuchende" nahelegen mag. Vielmehr kann man die gesamte Gruppe der 28.860 Personen in zwei große Untergruppen unterteilen:
Einerseits gibt es die größte Gruppe der **erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLB)**, die relativ konstant im Zeitverlauf um die 70 % ausmacht - und andererseits gibt es die **nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten**, fast ausschließlich Kinder, die über das SGB II Leistungen zur Grundsicherung erhalten (siehe zur genaueren Beschreibung dieser Gruppe das nächste Unterkapitel I.2).
Erwerbsfähige Leitungsberechtigte sind Leistungsberechtigte im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die nicht durch Krankheit oder Behinderung außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig zu sein.
Ende des Jahres 2012 umfasst die Gruppe der sogenannten "eLb" 19.724 Personen.

Abbildung 2: Anzahl der Leistungsberechtigten und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in Wiesbaden seit 2010



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Im Zeitverlauf seit Januar 2010 kann man eine ähnliche Entwicklung in beiden Gruppen ausmachen: Nach einem kurzen Anstieg der Fallzahlen im ersten Halbjahr 2010, sinken nun die Fallzahlen relativ kontinuierlich – sowohl bei den Leistungsberechtigten als auch bei den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (Abbildung 2). Bspw. ist der Rückgang in beiden Gruppen von Dezember 2011 bis Dezember 2012 1,5 %.

Innerhalb der Gruppe der eLb kann man weiterhin unterscheiden in Arbeitslose, nicht arbeitslose Arbeitsuchende und Nicht-Arbeitsuchende.

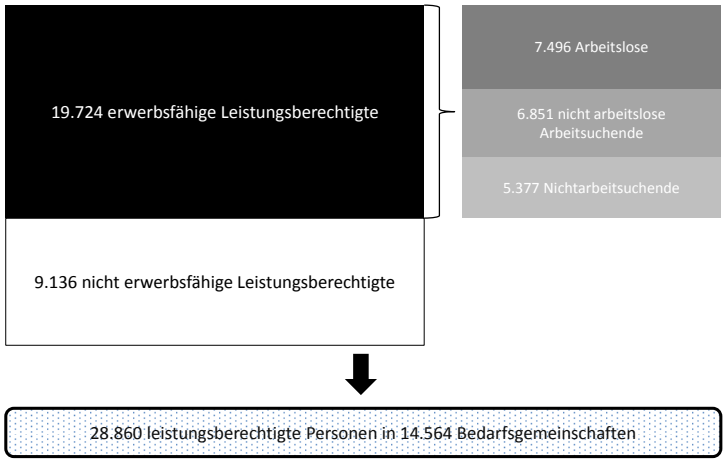
Arbeitslose sind weniger als 15 Stunden in der Woche erwerbstätig, suchen eine Beschäftigung, stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und nehmen nicht an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teil.

Nicht arbeitslose Arbeitsuchende sind Erwerbstätige, die mehr als 15 Stunden wöchentlich einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer Selbständigkeit nachgehen, oder auch Teilnehmende in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Die **Nicht-Arbeitsuchenden** schließlich sind eine heterogen Gruppe von Personen, die aus verschiedenen Gründen dem Arbeitsmarkt momentan nicht zur Verfügung stehen: Schüler, Auszubildende, Erziehungsleistende mit Kindern unter 3 Jahren, pflegende Angehörige, Teilnehmende in längerfristigen Maßnahmen zur Weiterbildung bzw. Umschulung aber auch Beschäftigte ohne weitere Arbeitsmarktverfügbarkeit[4].

Diese beschriebenen Gruppen der leistungsberechtigten Personen im SGB II verteilen sich im Dezember 2012 wie folgend dargestellt (Abbildung 3):

Abbildung 3: Personen im SGB II im Dezember 2012 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

[4] D.h. die Personen gehen einer - meist Vollzeit - Erwerbstätigkeit nach und haben weder zeitlich die Möglichkeit, die Erwerbstätigkeit auszubauen, noch haben sie realistische Chancen auf dem Arbeitsmarkt, mehr Lohn für ihren ausgeübten Beruf – bspw. in einer anderen Anstellung - zu bekommen.

2. Kinder im SGB II

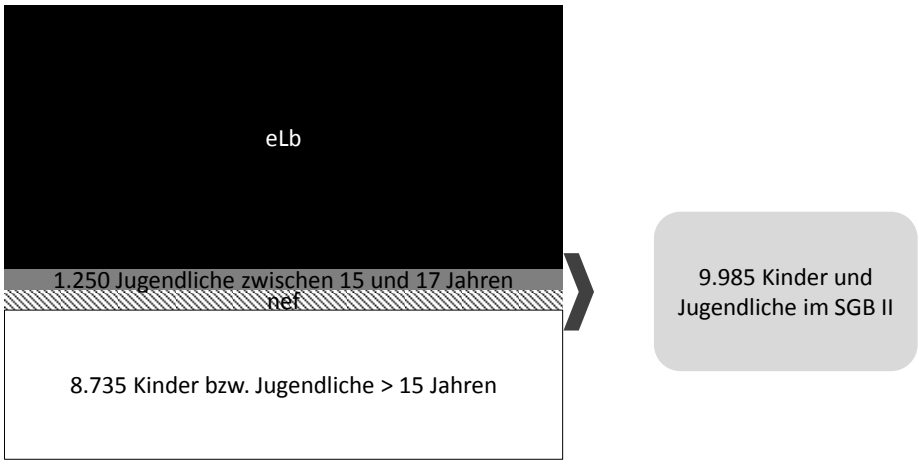
Von den 28.860 Personen sind, wie bereits oben benannt, 68 % - nämlich 19.724 Personen – erwerbsfähige Leistungsberechtigte. Die verbleibenden 32 % sind nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (sogenannte Sozialgeldberechtigte).

Betrachtet man die Altersstruktur von Leistungsberechtigte etwas genauer, kann konstatiert werden:

- 35 % aller 28.860 Personen sind Kinder bzw. Jugendliche unter 18 Jahren, die Leistungen nach dem SGB II beziehen;
- betrachtet man nur die Gruppe der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind 96 % von den 9.136 Personen Kinder im Alter von unter 15 Jahren.

Diese Altersverteilung macht deutlich, dass über ein Drittel aller Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, Kinder sind, deren Eltern kein bedarfsdeckendes Einkommen haben, so dass diese Kinder auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind (Abbildung 4).

Abbildung 4: Kinder und Jugendliche mit SGB II-Bezug im Dezember 2012 in Wiesbaden



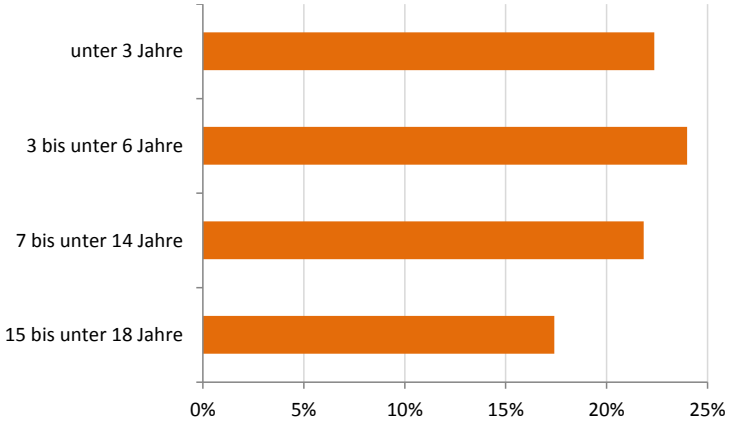
Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Insgesamt betrachtet, wachsen 22 % aller Wiesbadener Kinder in Haushalten auf, die SGB II-Leistungen beziehen. Da in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland Armut in der Regel relativ definiert wird – d.h. gemessen am Wohlstandsniveau der jeweiligen Gesellschaft und nicht an einem physischen Existenzminimum – gibt es keine feststehende objektive Definition. Aber innerhalb der Armutsforschung und der Politik ist ein gängiges Konzept, solche Kinder als arm zu definieren, die in SGB II-Haushalten aufwachsen. Sie fallen damit unter eine sozialstaatlich definierte Armutsgrenze.[5]

[5] Vgl. Lietzmann/Tophoven/Wenzig (2011): Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 6, S. 2

Innerhalb der Kinder unterscheidet sich das Armutsrisiko nochmal innerhalb der verschiedenen Altersklassen (Abbildung 5).

Abbildung 5: SGB II-Dichte der Kinder in Wiesbaden im Dezember 2012 nach Alter



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Wiesbaden; Jahresstatistik / Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Das höchste Armutsrisiko mit 24 % tragen die 3 bis unter 6-jährigen Kinder in Wiesbaden, während für die Jugendlichen im Alter von 15 bis unter 18 Jahren, das Armutsrisiko auf 17 % deutlich sinkt.

3. Geldleistungen an die Bedarfsgemeinschaften

Im SGB II werden in „passive“ und „aktive“ Leistungen unterschieden. Während letztere in der Regel die Leistungen des Fallmanagements, insbesondere zur Eingliederung, umfassen, meint erstere die gezahlten Geldleistungen, die den Lebensunterhalt der Leistungsberechtigten decken.

Die **Geldleistung pro Bedarfsgemeinschaft** setzt sich wie folgt zusammen:

- Regelbedarfe (Arbeitslosengeld und Sozialgeld)
- Ggfs. Mehrbedarfe (z.B. bei Alleinerziehenden)
- Laufende Kosten für Unterkunft und Heizung (einschließlich Betriebs- und Nebenkosten, ohne Warmwasserausbereitung)
- Ggfs. einmalige Kosten für Wohnungsbeschaffung und Mietschulden; für erstmalige Wohnungsausstattung; für Bekleidungsausstattung
- Krankenversicherungsbeiträge und ggfs. Zuschüsse zur privaten Kranken-versicherung
- Ggfs. Leistungen für Bildung und Teilhabe

  = **Bedarf**

Davon abgezogen werden:

- Anrechenbares Einkommen
  = Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft
- Sanktionen
  = Geldleistungen pro Bedarfsgemeinschaft

Im interkommunalen Vergleich mit den Rhein-Main-Städten Frankfurt, Offenbach, Mainz und Darmstadt kann man erkennen, dass Wiesbaden an der Spitze der Leistungen nach Bedarfsgemeinschaften steht – und dass das vor allem in den hohen Mietpreisen begründet ist (Tabelle 1).

Tabelle 1: Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB II-Leistungen je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2012

SGB II-Leistung	Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB II-Leistungen (nach Sanktion) in Euro je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2012				
	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	337 €	360 €	352 €	349 €	353 €
Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	447 €	393 €	425 €	431 €	427 €
nur laufende Leistung					
LfU nach Größe der Bedarfsgemeinschaften					
BG mit einer Person	356 €	309 €	321 €	356 €	316 €
BG mit zwei Personen	447 €	407 €	443 €	449 €	432 €
BG mit drei Personen	519 €	479 €	505 €	500 €	490 €
BG mit vier Personen	602 €	542 €	584 €	564 €	571 €
BG mit fünf und mehr Personen	727 €	630 €	674 €	661 €	708 €
Sozialversicherungsbeiträge	117 €	124 €	121 €	120 €	116 €
Sonstige Leistungen	6 €	6 €	13 €	9 €	3 €
Leistungen je Bedarfs-gemeinschaft insg.	**907 €**	**882 €**	**912 €**	**910 €**	**900 €**
Durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaft	2,0	2,0	2,0	1,9	2,2
durchschnittlich angerechnetes Einkommen aus Erwerbstätigkeit je BG mit Erwerbseinkommen	601 €	541 €	566 €	554 €	592 €

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften - Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; Dezember 2012

Bundesagentur für Arbeit, Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder - Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; Dezember 2012

Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Bedarfe, Leistungen und Einkommen - mit einer Wartezeit von 3 Monaten; Dezember 2012

Darmstadt, Frankfurt und Wiesbaden weisen die höchsten Leistungen je Bedarfsgemeinschaft auf und liegen relativ eng beieinander. Mit einem kleinen Abstand folgt dann Offenbach und schließlich mit deutlich weniger Geldleistungen Mainz.
Auffällig dabei ist, dass die Kosten der Unterkunft deutlich zwischen den Städten variieren, obgleich die ähnlichen Gesamtleistungen anderes nahe legen. Wiesbaden hat mit Abstand die durchschnittlich höchsten Kosten der Unterkunft, und gerade bei den großen Bedarfsgemeinschaften mit drei oder mehr Personen wird eine hohe Mietbelastung für größere Wohnungen deutlich. Auch mit einem interkommunal relativ hohen Niveau an Einkommen aus Erwerbstätigkeit, können die hohen Mieten nur teilweise kompensiert werden.
Die durchschnittlichen Summen der Leistungshöhen sind von drei Faktoren abhängig, die in der Tabelle auch aufgeführt sind:

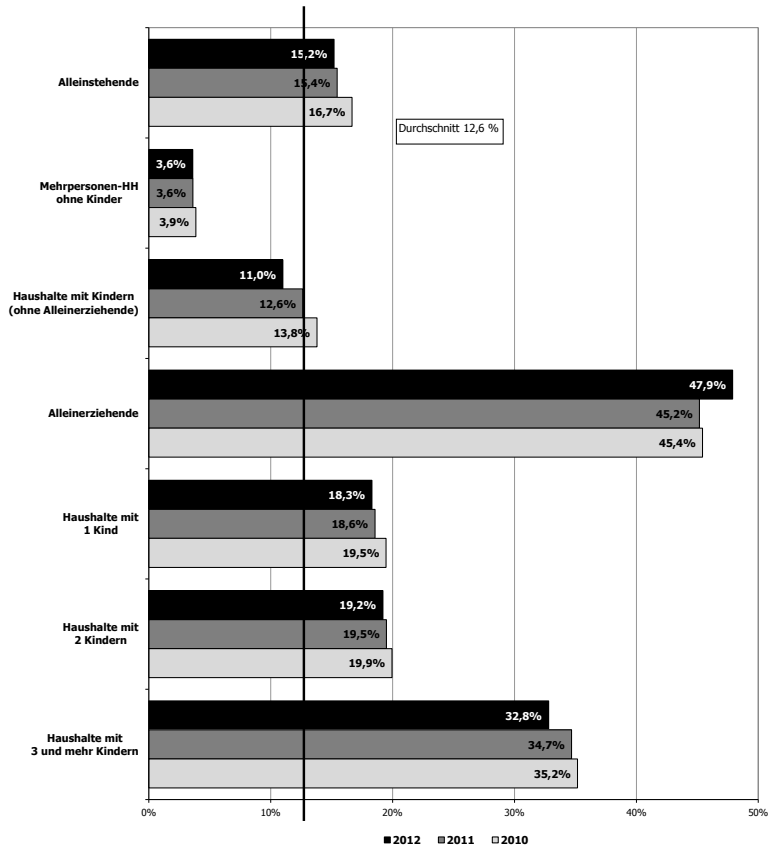
1. Von der Größe der Bedarfsgemeinschaft: Denn mit steigender Personenzahl ergibt sich in der Regel auch ein höherer Bedarf und damit höhere Leistungen.
2. Unterschiede im anzurechnenden Einkommen.
3. Unterschiedliches Mietpreisniveau und damit auch Kosten der Unterkunft.

4. Armutsrisiken

Im Dezember 2012 waren 12,6 % aller Wiesbadener Haushalte mit mindestens einer Person unter 65 Jahren[6] auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) angewiesen. Sie gelten demnach nach einer gängigen Definition als „arm“ und die jeweilige Bezugsdichte von SGB II-Leistungen kennzeichnet auch zugleich eine Armutsquote.
Die Armutsquote ist dieses Jahr leicht rückläufig – nämlich von 12,8 % in 2011 auf 12,6 % in 2012. Man sieht anhand der Armutsrisiken nach Haushaltstypen, dass insbesondere das Armutsrisiko der Haushalte mit Kindern (ohne Berücksichtigung der Alleinerziehenden, da diese gesondert betrachtet werden) gesunken ist. Nur die Alleinerziehenden weisen einen Anstieg in der Armutsgefährdung auf, was aber mit der bereits zuvor beschriebenen Umstellung in der Erfassung dieser Gruppe zusammenhängt und somit ein statistisches Artefakt ist. Bemerkenswert ist aber auch, dass der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Kindern, die auf SGB II-Leistungen angewiesen sind, um 2 % reduziert werden konnte (Abbildung 6).

[6] Nur diese Bedarfsgemeinschaften haben einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.

Abbildung 6: Anteil der Haushalte mit SGB II-Leistungen im Dezember 2012, 2011 und 2010



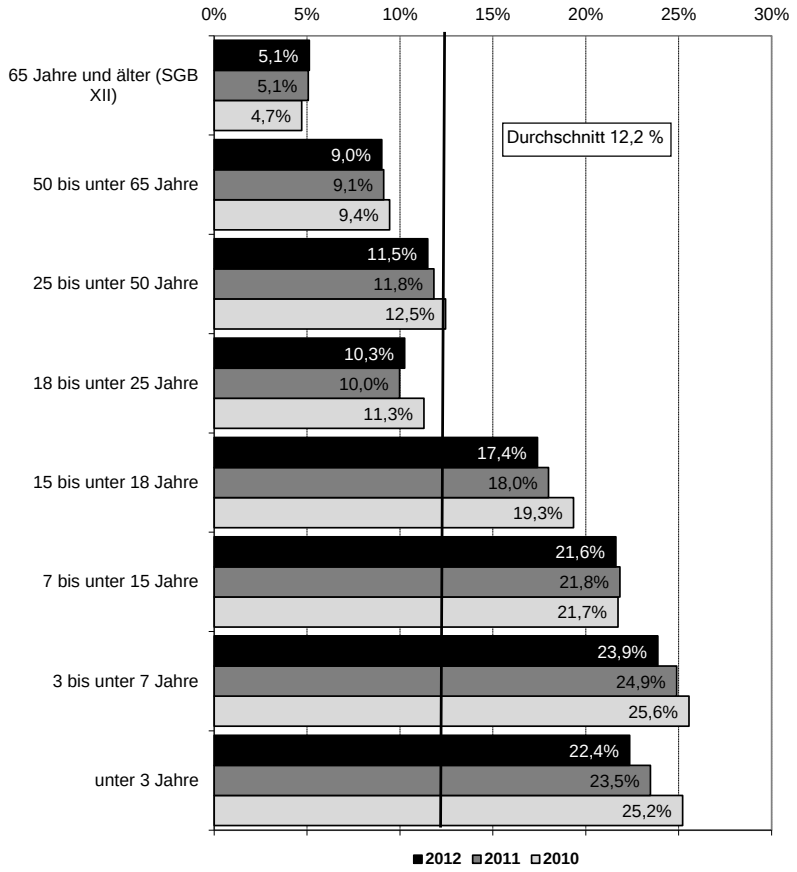
Anmerkungen: Nur Haushalte mit mindestens einer Person unter 65 Jahren.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: Haushaltszahlen; Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik; eigene Berechnungen und Darstellung

Eine besondere Armutsgefährdung weisen somit Alleinerziehende und Haushalte mit mehreren Kindern auf. Das ist keine Besonderheit in Wiesbaden. Denn mit jedem Kind steigt auch der benötigte Einkommensbedarf - steht nur ein Einkommen pro Haushalt zur Verfügung, kann dieses kaum den Bedarf existenzsichernd decken. Gerade dann nicht, wenn es ein Erwerbseinkommen aus einer un- oder angelernten Tätigkeit ist, die ohne eine Berufsausbildung ausgeführt wird. Da ca. 67 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II über keine Berufsausbildung verfügen, ist ihre Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt ungünstig (siehe dazu detaillierter Kapitel IV). Besonders die Alleinerziehenden haben keine Möglichkeit über ein Einkommen hinaus zu verfügen - und sind zudem meist in ihrer Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, durch die alleinige Kindererziehung, verständlicherweise eingeschränkt. Hinzu kommt, dass die Mietpreise in Wiesbaden sehr hoch liegen und einen Ausstieg aus SGB II im Vergleich zu anderen Städten erschweren.

Es ist vonnöten, die Erwerbstätigkeit von beiden Partnern zu fördern, um ein bedarfsdeckendes Familieneinkommen zu erwirtschaften.
Die SGB II-Leistungen dienen folglich in besonderem Maße der Sicherung des Lebensunterhaltes von Kindern. Dies zeigt sich in den altersspezifischen SGB II-Bezugsdichten (Abbildung 7).
Erfreulicherweise ist für Ende des Jahres 2012 zu konstatieren, dass weniger Kinder als im Vorjahr in Haushalten aufwachsen, die SGB II-Leistungen beziehen. Allerdings liegen die SGB II-Dichten gerade bei den Kindern um ein Vielfaches höher als bei den Erwachsenen, so dass immer noch jedes 4. bis 5. Wiesbadener Kind in Armut aufwächst.
Es kann festgehalten werden, dass die soziale Absicherung von Kindern in vorrangigen (Leistungs-)Systemen (Steuer, Wohngeld, Kindergeld) noch nicht zufriedenstellend gelöst ist.

Abbildung 7: SGB II-Dichte nach Altersgruppen in der Wiesbadener Bevölkerung im Dezember 2012, 2011 und 2010



Anmerkung: Der Durchschnitt von 12,2 % bezieht sich auf alle Personen, die Leistungen gemäß SGB II oder XII beziehen (unabhängig vom Alter der Person).

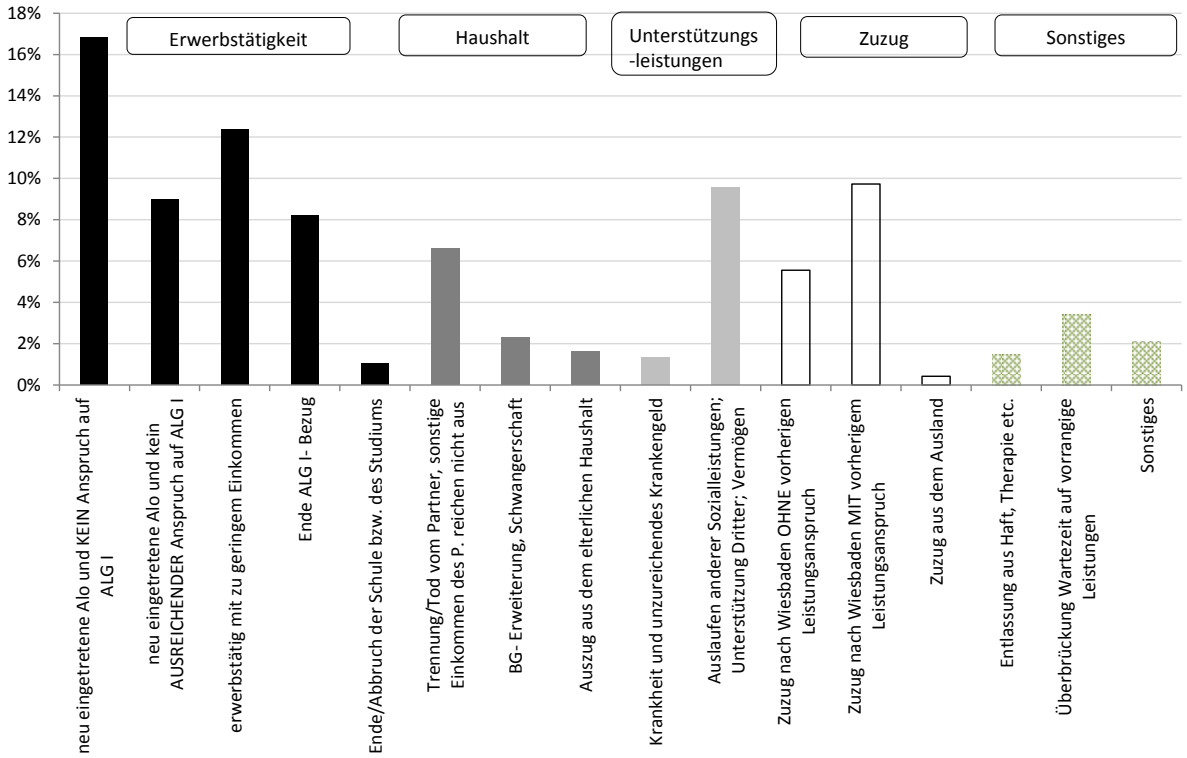
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: Einwohnerzahlen; Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik; eigene Berechnungen und Darstellung

Die geringsten SGB II-Quoten weisen nach wie vor die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auf.
Insgesamt, über alle Altersgruppen hinweg betrachtet, beziehen 12,2 % aller Wiesbadener Leistungen gemäß SGB II oder XII. Dieser Anteil ist leicht rückläufig, denn in 2011 betrug dieser Anteil noch 12,8 %.

5. Neuanträge im SGB II

Im Jahr 2012 wurden in Wiesbaden 3.113 Neuanträge im SGB II bewilligt. Die Zugangsgründe in den Bezug von SGB II-Leistungen sind vielfältig:
Allgemein wird angenommen, dass der häufigste Grund für den Einstieg in einen SGB II-Bezug die Langzeitarbeitslosigkeit ist – d.h. der Übergang aus dem Leistungsbezug SGB III in SGB II. Tatsächlich machen diese Fälle nur 8 % aller Neuanträge im Jahr 2012 aus (Abbildung 8).

Abbildung 8: Gründe der Antragsstellung für alle bewilligten Neuanträge im SGB II in Wiesbaden 2012



Anmerkung: In 8 % der bewilligten Neuanträge ist kein Grund bekannt; nicht in Grafik enthalten. März bis Dezember t-3 Werte; Januar und Februar t-0 Werte.
Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Es gibt keine dominanten Gründe für die Beantragung von SGB II-Leistungen, denn alle hier erfassten Gründe liegen anteilig zwischen 1 % und 17 %.
Die beiden Gründe, die über 10 % ausmachen sind 1. dass eine Arbeitslosigkeit neu eintritt und kein Anspruch auf Arbeitslosengeld I vorliegt und 2. dass zwar eine Erwerbstätigkeit vorliegt, aber diese ein zu geringes Einkommen erwirtschaftet, um den existenzsichernden Bedarf zu decken.

Dann gibt es sechs weitere Gründe, die zwischen 5 % und 10 % ausmachen:
Ein Zuzug nach Wiesbaden mit schon bestehendem vorherigen Leistungsanspruch; Zugang aus anderen Sozialleistungssystemen / Auslaufen der Unterstützung von Dritten / eigenes Vermögen ist aufgebraucht; neu eingetretene Arbeitslosigkeit und kein ausreichender Anspruch auf Arbeitslosengeld I; Ende des Arbeitslosengeldes I; Trennung vom Partner oder Tod des Partners / sonstige Einkommen des Partners bzw. der Partnerin reichen nicht aus; Zuzug nach Wiesbaden ohne vorherigen Leistungsanspruch.
Die verbleibenden Gründe machen nur jeweils um die 1 % bis 3 % aus, aber komplettieren das Bild, wie unterschiedlich die Gründe sind, warum Personen einen Antrag auf SGB II-Leistungen stellen.
Insgesamt betrachtet, bestätigen die Ergebnisse in Wiesbaden die bundesdeutschen Studien insoweit, als dass der Weg in die Grundsicherung nicht primär über eine Arbeitslosigkeit führt, mit einem einjährigen Bezug von Arbeitslosengeld I und der anschließenden Einmündung in das SGB II. Vielmehr trifft für die Mehrheit der Leistungsberechtigten zu, dass sie versuchen, den Leistungsbezug durch unterschiedliche Strategien hinauszuzögern. Oftmals liegt aber auch kein existenzsichernder Arbeitslosengeld I-Anspruch vor, wodurch der Weg in den Grundsicherungsbezug verkürzt wird.[7]

[7] Vgl. Fuchs (2012): Wege in die Grundsicherung, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 25, S. 7

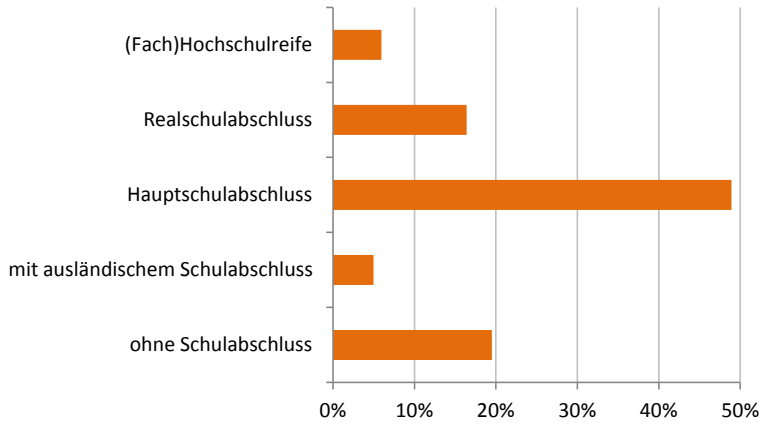
IV. Passungsprobleme zwischen dem Beschäftigungsangebot am Wiesbadener Arbeitsmarkt und der Beschäftigungsnachfrage der SGB II-Leistungsberechtigten

1. Das Qualifikationsniveau

Die Integrationschancen in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt sind ebenso wie die erzielten Erwerbseinkommen maßgeblich von der formalen schulischen und beruflichen Qualifikation abhängig. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II unterscheiden sich hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus aber maßgeblich von dem allgemeinen Qualifikationsniveau in der Bevölkerung bzw. von dem der Erwerbstätigen.

Seit Jahren liegt der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen in Wiesbaden zwischen 4 und 5 %, so dass sich zusammen mit der Gruppe der Schüler mit Förderschulabschluss ein Anteil von rund 9 % der Jugendlichen ergibt, die keine ausreichende Schulqualifikation mitbringt. Demgegenüber ist der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ohne Schulabschluss um ein Vielfaches höher: er liegt bei 23 %. Getrennt betrachtet für die SGB II-Berechtigte unter und über 25 Jahren zeigt sich ein Kohorteneffekt in der Weise, dass die jungen Generationen in der Tendenz etwas besser qualifiziert sind. Am häufigsten verfügen die unter 25-Jährigen im SGB II über einen Hauptschulabschluss, und wesentlich seltener verfügen sie sogar über einen Realschulabschluss oder eine (Fach-)Hochschulreife (Abbildung 9).

Abbildung 9: Schulische Qualifikation der unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, Dezember 2012 (ohne Schüler)

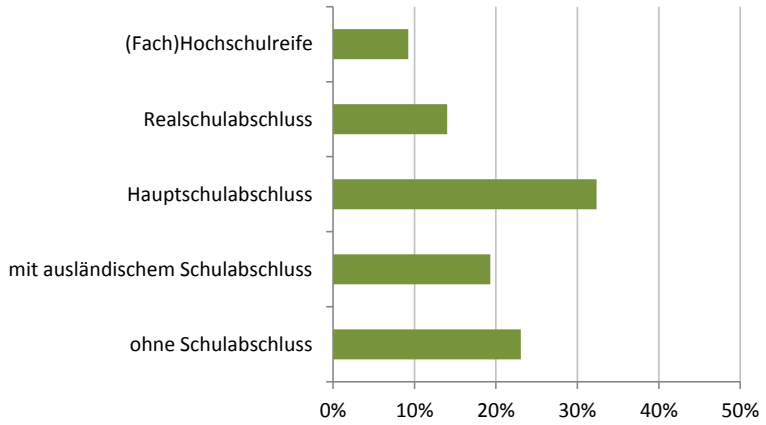


Anmerkungen: 4 % ohne Angaben; Förderschulabschluss unter „ohne Schulabschluss“ gezählt

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Während sich unter den unter 25-Jährigen nur noch insgesamt 25 % ohne Schulabschluss bzw. mit ausländischem Schulabschluss befinden, umfasst diese Gruppe bei den über 25-Jährigen immerhin einen Anteil von 42 % (Abbildung 10).

Abbildung 10: Schulische Qualifikation der über 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, Dezember 2012 (ohne Schüler)

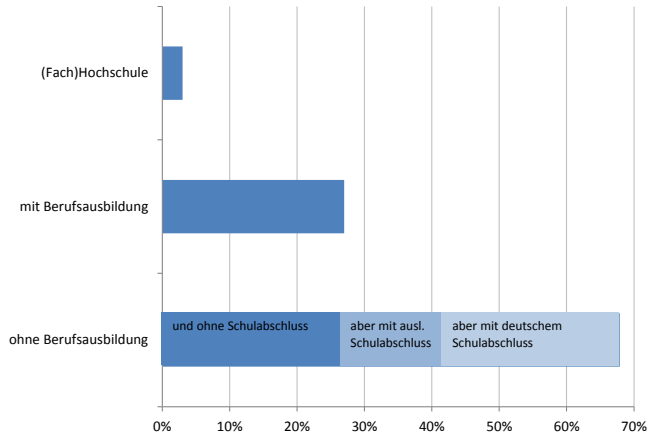


Anmerkungen: 1 % ohne Angaben; Förderschulabschluss unter „ohne Schulabschluss“ gezählt

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Mit der aufgezeigten Überrepräsentanz von Personen ohne Schulabschluss wird deutlich, wie schwer sich der Übergang in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt für SGB II-Berechtigte gestalten muss. Dieses Bild verfestigt sich, zieht man auch die Berufsabschlüsse aller mit in die Betrachtung ein (Abbildung 11).

Abbildung 11: Berufliche Qualifikation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, Dezember 2012



Anmerkungen: 2 % ohne Angaben

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Mehr als zwei Drittel, nämlich 68 %, der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verfügen über keine abgeschlossene Berufsausbildung. Nur 27 % verfügen über eine betriebliche oder schulische Berufsausbildung und 3 % haben einen (Fach-)Hochschulabschluss. Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil derjenigen im SGB II ohne Berufsausbildung wiederum angestiegen, um 2 %. Besonders prekär ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt für die Leistungsberechtigte, die weder einen Schul- noch einen Berufsabschluss haben: das betrifft immerhin 25 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Ähnlich schwierig haben es auch diejenigen auf dem deutschen Arbeitsmarkt, die ohne Berufsabschluss sind und nur über einen ausländischen Schulabschluss verfügen (weitere 16 %).
Kontrolliert nach Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Alter kann man die in der Bildungslandschaft üblichen Tendenzen feststellen:

- Jüngere Kohorten sind im Zuge der Bildungsexpansion besser qualifiziert als ältere.
- Ausländer sind schlechter qualifiziert als Deutsche, was einerseits bedingt ist durch eine strukturelle Benachteiligung im deutschen (Aus-)Bildungssystem als auch andererseits durch ein Unterschichtungsphänomen.
- Es gibt hinsichtlich der Qualifikation keine Geschlechterunterschiede.

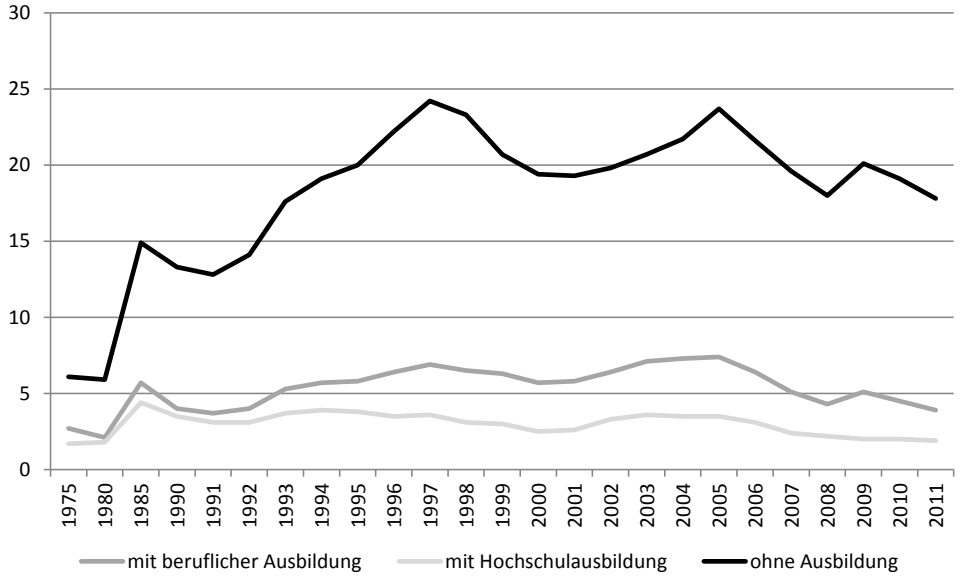
Es ist insgesamt in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht untypisch, dass sich unter den Leistungsberechtigten ein hoher Anteil Geringqualifizierter befindet. Der Wiesbadener Arbeitsmarkt ist aber durch eine besonders schlechte Passung zwischen den Bedarfen an Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt und dem Qualifikationsniveau der SGB II-Leistungsberechtigte gekennzeichnet, denn es gibt wenige Arbeitsangebote für Arbeitnehmer mit geringer Qualifikation: Während hessenweit im ersten Halbjahr 2011[8] 17,3 % der begonnenen Beschäftigungsverhältnisse von Personen ohne Berufsausbildung aufgenommen wurden, waren dies in Wiesbaden in diesem Zeitraum nur 15,6 %. In anderen vergleichbaren Rhein-Main-Städten wie Frankfurt, Darmstadt und Offenbach lag dieser Anteil deutlich höher – nämlich zwischen 17,6 % und 26 %. D.h. einem Anteil von insgesamt 12 % sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Wiesbadener Arbeitsmarkt[9] steht ein Anteil von 68 % SGB II-Leistungsberechtigten gegenüber, die über keine Berufsausbildung verfügen. Somit kann für den Rechtskreis SGB II festgestellt werden, dass er ein Auffangbecken für Ungelernte ist, die nur schwer Zugang auf den Wiesbadener Arbeitsmarkt finden.
Denn für die letzten Jahrzehnten kann empirisch belegt werden, dass das Risiko arbeitslos zu werden und zu bleiben, bei geringer Qualifikation deutlich steigt – und diese

[8] Das ist die aktuellste Beschäftigungsstatistik mit Ausweis der Qualifikation.

[9] Diese Angabe bezieht sich ebenfalls, aus zuvor beschriebenen Gründen, auf die Beschäftigungsstatistik Juni 2011.

qualifikationsbezogenen Unterschiede bleiben auch in Krisen oder in Zeiten einer insgesamt sinkenden Arbeitslosigkeit bestehen[10] (Abbildung 12).

Abbildung 12: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Westdeutschland (bis 2004 einschließlich Berlin-West, ab 2005 ohne Berlin) 1975-2011, in %



Quelle: Weber/Weber 2013: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, in: IAB-Kurzbericht, Heft 4, S. 5; eigene Darstellung

2. Erwerbstätigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten

Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten nicht nur Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Ein erheblicher Prozentsatz von den 19.724 erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, nämlich 34 %, sind erwerbstätig (6.648 Personen) und stocken ein nicht bedarfsdeckendes Erwerbseinkommen mittels SGB II-Leistungen bis zum Existenzminimum auf. Dieser Prozentsatz ist seit 2010 kontinuierlich leicht angestiegen von 31% auf heute 34 %.

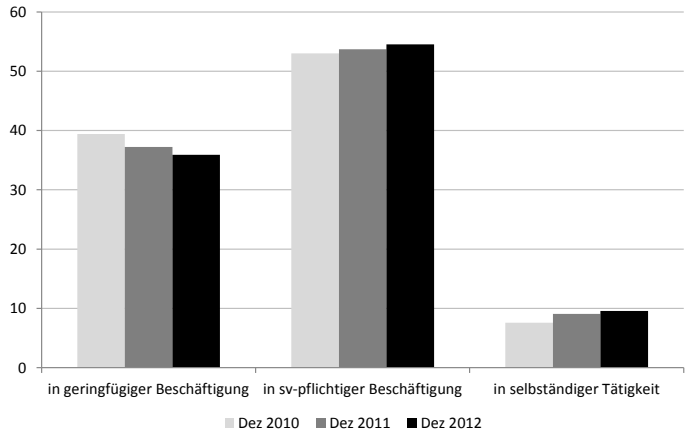
Es gibt mehrere Gründe für eine Hilfebedürftigkeit trotz Erwerbsarbeit:

- Niedrige Entlohnung (insbesondere bei un- und angelernten Tätigkeiten)
- Geringer Arbeitsumfang (wegen eingeschränkter Arbeitsmarktverfügbarkeit oder fehlender Beschäftigungsmöglichkeit mit einer höheren Stundenzahl)
- Ein hoher Bedarf aufgrund eines großen Haushaltes

[10] Vgl. Weber/Weber (2013): Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 4

Die Erwerbstätigkeit der Leistungsberechtigten kann man in drei Arten unterscheiden werden: in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, in Selbständigkeit und in geringfügige Beschäftigungsverhältnisse (Abbildung 13).
Man kann im Zeitverlauf erkennen, dass seit 2010 der prozentuale Anteil der geringfügigen Beschäftigungen unter den SGB II-Berechtigten zurückgegangen ist, während sowohl der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten als auch der Anteil der Selbständigen gestiegen ist. Sicherlich ist dies auch ein Ergebnis der erfolgreichen Aktivierungs- und Vermittlungspolitik des kommunalen Jobcenters.

Abbildung 13: Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Leistungsberechtigten im SGB II seit 2010 in Wiesbaden (in %)



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Die drei verschiedenen Gruppen Erwerbstätiger im SGB II: die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Selbständigen und die geringfügig Beschäftigten unterscheiden sich auch hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe deutlich.
Während unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gleich viele Männer wie Frauen vertreten sind, überwiegen bei den Selbständigen die Männer und umgekehrt gibt es unter den geringfügig Beschäftigten etwas mehr Frauen. Damit ist die Verteilung innerhalb der Erwerbstätigengruppen nach Geschlecht in Wiesbaden analog dem Bundestrend.
Wenig überraschend ist auch, dass sich kaum junge SGB II-Leistungsberechtigte unter 25 Jahren in einer Selbständigkeit befinden, da für diese Gruppe die Ausbildung und die Integration in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Fokus der Vermittlung stehen (Tabelle 2).

Tabelle 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Selbständige und geringfügig Beschäftigte im Dezember 2012 in Wiesbaden nach Geschlecht, Alter und Bedarfsgemeinschaftstyp

	sv-pflichtig Beschäftigte	Selbständige	geringfügig Beschäftigte
Anzahl in 12/2012	3624	637	2387
Frauen	50%	42%	58%
Männer	50%	58%	42%
unter 25 Jahren	13%	2%	11%
25 bis unter 50 Jahren	68%	73%	63%
50 Jahre und älter	18%	26%	26%
Alleinstehend	23%	50%	39%
Paare ohne Kinder	17%	10%	15%
Paare mit Kindern	38%	27%	25%
Alleinerziehend	22%	13%	21%

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Interessant ist auch die Verteilung der Bedarfsgemeinschaftstypen: Unter den Selbständigen befinden sich viele Alleinstehende, so dass man annehmen kann, dass eine etwas risikofreudigere und flexiblere Beschäftigung eher durch die Personen umgesetzt wird, die keine Verpflichtung für andere Haushaltsmitglieder übernehmen müssen. Außerdem ist gerade unter den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten der Anteil derer aus Paarhaushalten mit Kindern sehr groß. Schaut man aber genauer hin, so zeigt sich eine deutliche Geschlechterdifferenz: Von den insgesamt 3.624 Personen leben 1.366 in einem Paarhaushalt mit Kindern (38 %), aber von denen sind nur 25 % weiblich. D. h hier kommt eine eher traditionelle Rollenverteilung in den Familien zum Ausdruck.

Unter den jeweils ca. 6.500 Personen Erwerbstätigen, die gut ein Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ausmachen, gibt es einen Anteil von rund 30 %, die ein Erwerbseinkommen über 800 Euro erzielen - und somit annäherungsweise als die Gruppe gezählt werden kann, die Vollzeit erwerbstätig sind. Ihr Anteil ist von 31 % in 2010 auf 34 % in 2012 gestiegen.

Diese Entwicklung dokumentiert den Aktivierungserfolg durch das kommunale Jobcenter, indem geringfügige Beschäftigungen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ausgebaut werden konnten[11].

Weitere Analysen sollen nun genau an dem Punkt ansetzen und zur Beantwortung der Frage dienen: Wie ist es auf dem Wiesbadener Arbeitsmarkt möglich, ein existenzsicherndes Erwerbseinkommen zu erzielen?
Um sich dieser Frage zu nähern, ist es notwendig, sich zuerst die Aufstocker in Wiesbaden etwas genauer anzuschauen. In welchen Branchen sind sie tätig?

Tabelle 3: Wirtschaftsgruppen, in denen mehr als 10 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort Wiesbaden aufstockende SGB II-Leistungen erhalten, Juni 2012

Wirtschaftsgruppe (WZ 2008)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Anteil Beschäftigte mit SGB II-Bezug
		am Wohnort insgesamt	darunter ALG II-Bezieher	
813	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	493	111	23%
563	Ausschank von Getränken	123	25	20%
812	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	2.303	432	19%
532	Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	325	56	17%
561	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2.242	349	16%
811	Hausmeisterdienste	351	52	15%
782	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	2.465	346	14%
562	Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	672	93	14%
493	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	1.116	140	13%
494	Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	566	66	12%
473	Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	178	20	11%
472	Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)	502	56	11%
952	Reparatur von Gebrauchsgütern	72	7	10%

Anmerkungen: nur Wirtschaftsgruppen mit mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort; Daten haben eine Wartezeit von 6 Monaten; der Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ wird in der Auflistung nicht aufgeführt (N=167).

Quelle: BA: Sonderauswertung; eigene Berechnungen und Darstellung

Am höchsten ist der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit ergänzendem SGB II-Bezug im Garten- und Landschaftsbau. Tätigkeiten in der Gastronomie findet man an zweiter und fünfter Stelle, da hier auch zwischen 16 % und 20 % der aufstockende

[11] Bestätigt werden kann diese Annahme dadurch, dass der Anteil der Personen im SGB II, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, relativ konstant seit 2010 ist (es also nur eine Verschiebung der Anteile nach Art der Beschäftigungsform gegeben hat) und zugleich der Anteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher unter allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Wohnort Wiesbaden relativ stabil ist.

Leistungen beziehen. Des Weiteren finden sich in der Liste auch Tätigkeiten im Reinigungsgewerbe, in der Zeitarbeit sowie in verschiedenen Dienstleistungsbranchen. Gekennzeichnet sind diese Wirtschaftsgruppen mit hohem Anteil von Aufstockern unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch viele un- bzw. angelernte Tätigkeiten und einem entsprechend niedrigem Lohnniveau.

Prozentuiert man die jeweilig in den Branchen tätigen Personen, die ergänzende SGB II-Leistungen empfangen, auf die Gesamtzahl aller erwerbstätigen Personen mit aufstockenden Leistungen, so kann man die 10 wichtigsten Branchen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leistungsberechtigten identifizieren.

Tabelle 4: Die zehn wichtigsten Wirtschaftsgruppen für SGB II-Berechtigte mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Wiesbaden, Juni 2012

Wirtschaftsgruppe (WZ 2008)		Sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte mit ALG II-Bezug	Anteil an allen sv-pflichtig Beschäftigten mit ALG II-Bezug
471	Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	432	11,0%
477	Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	349	8,9%
493	Befristete Überlassung von Arbeitskräften	346	8,8%
782	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	145	3,7%
812	Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	140	3,6%
813	Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	124	3,2%
855	Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	114	2,9%
889	Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	111	2,8%
960	Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)	109	2,8%
949	Kirchliche Vereinigungen; politische Parteien sowie sonstige Interessenvertretungen und Vereinigungen a. n. g.	97	2,5%
	10 wichtigsten Branchen insgesamt	1967	50%

Anmerkungen: nur Wirtschaftsgruppen mit mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort; Daten haben eine Wartezeit von 6 Monaten; der sehr heterogene Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ wird in der Auflistung nicht aufgeführt (N=167).

Quelle: BA: Sonderauswertung; eigene Berechnungen und Darstellung

Die Branchen mit den häufigsten Beschäftigungsverhältnisse von SGB II-Berechtigten, sind das Reinigungsgewerbe, die Gastronomie, die Zeitarbeit, der Einzelhandel, die Logistik und andere Dienstleistungsbranchen. D. h. in diesen Branchen ist die Wahrscheinlichkeit zwar am höchsten, dass die Verdienstmöglichkeiten nicht existenzsichernd sind, aber sie bieten zugleich für die große Gruppe der gering qualifizierten SGB II-Leistungsberechtigten die Möglichkeit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Rahmen einer un- oder angelernten Tätigkeit.

Neben der Branche, in der man tätig ist, ist aber auch entscheidend, in welcher Familienkonstellation man lebt, um eine Aussage über einen existenzsichernden Lohn treffen zu können: Denn je nachdem, wie viele Mitglieder zu einer Bedarfsgemeinschaft hören, desto sehr unterschieden sie sich hinsichtlich ihres Bedarfs. In diesem Kontext erscheint es aufschlussreich, sich die sozialversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten je nach Bedarfsgemeinschaftstyp anzuschauen.
Alleinstehende mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung benötigen selten aufstockende SGB II-Leistungen, da sie einen relativ geringen Bedarf haben, der mit dem Einkommen meist gedeckt werden kann. So sind nur insgesamt 11% der Alleinstehenden sv-pflichtig beschäftigt. Bei Frauen, sowohl bei deutschen als auch bei ausländischen, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass sie auf zusätzliche Leistungen angewiesen sind, denn sie arbeiten häufiger in niedriger entlohnten Branchen und in Teilzeit (Tabelle 5).

Tabelle 5: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von SGB II-Leistungsberechtigten nach Bedarfsgemeinschaftstyp in Wiesbaden, Dezember 2012

	Anteil sv-pflichtige Beschäftigte in der jeweiligen Bezugsgruppe		
	Alleinstehende	Paarhaushalte mit Kindern	Alleinerziehende
Insgesamt	11%	28%	23%
Männer	9%	42%	
Frauen	15%	14%	
Deutsche	10%	28%	24%
Männer	7%	39%	
Frauen	15%	16%	
Ausländer	14%	28%	20%
Männer	13%	44%	
Frauen	15%	12%	
unter 25 Jahre	11%	26%	21%
25 bis unter 50 Jahre	12%	28%	24%
50 Jahre und älter	10%	30%	21%

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

In den Paarhaushalten mit Kindern befinden sich deutlich höhere Anteile von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die ihren existenzsichernden Bedarf nicht durch das Erwerbseinkommen abdecken können – und das liegt vor allem daran, dass in den wenigsten Fälle zwei sozialversicherungspflichtige Einkommen pro Bedarfsgemeinschaft vorliegen. Vielmehr findet sich auch unter den SGB II-Berechtigten in Wiesbaden das in der (west-)deutschen Gesellschaft vorherrschende Familienmodell eines Hauptverdieners und höchstens einer Hinzuverdienerin. Das lässt sich eindrucksvoll an den

geschlechtsspezifischen Anteilen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Eltern ablesen: Während 42 % der Väter in Paarhaushalten mit Kindern sozialversicherungspflichtig erwerbstätig sind, sind es nur 14 % der Mütter. Dieser Geschlechterunterschied ist bei Ausländern im SGB II-Bezug noch ausgeprägter als bei Deutschen. D. h. die familialen Geschlechterrollen äußern sich in der Arbeitsteilung von Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung. Aber die Form der familialen Lebensführung hat Einfluss darauf, ob Kinder auf ergänzende Leistungen aus dem SGB II angewiesen sind.

Zwar steht bei Alleinerziehenden[12] gerade die Kinderbetreuung einer existenzsichernden Vollzeitbeschäftigung im Weg, trotzdem gehen deutlich mehr Alleinerziehende einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach als die Mütter in Paarhaushalten. Diese Befunde für Wiesbaden finden sich auch in bundesdeutschen Analysen wieder: Alleinerziehende Mütter haben eine höhere Erwerbsorientierung als Mütter in Paarhaushalten - sie stufen den Beruf als Lebensinhalt, unabhängig von der finanziellen Notwendigkeit, deutlich höher ein als Mütter in Paarhaushalten.[13]

Schaut man sich die Erwerbsbeteiligung von SGB II-Leistungsberechtigten im interkommunalen Vergleich an, so ist bemerkenswert, dass in Wiesbaden die Erwerbsbeteiligung unter den Leistungsberechtigten am höchsten ist und dass das durchschnittlich angerechnete Einkommen je Bedarfsgemeinschaft mit 601 Euro deutlich über den Einkommen in den anderen Städten liegt. Auch hierin zeigt sich das Ergebnis einer intensiven Aktivierungs- und Vermittlungspolitik seitens des kommunalen Jobcenters.

Tabelle 6: Merkmale der Erwerbsbeteiligung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in fünf Städten im Rhein-Main-Gebiet, Dezember 2012

	Wiesbaden	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach	Mainz
Anteil Erwerbstätiger unter den eLb	32%	30%	28%	28%	29%
Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigte eLb	17%	15%	15%	16%	15%
Anteil ausschließlich geringfügig beschäftigte eLb	12%	13%	11%	9%	13%
Anteil selbständig erwerbstätige eLb	3%	2%	2%	2%	2%
Anteil unter den erwerbstätigen eLb mit einem Einkommen > 800 €	34%	31%	33%	36%	27%
Durchschnittlich angerechnetes Einkommen je BG mit Erwerbseinkommen	601 €	566 €	554 €	592 €	541 €

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher, Dezember 2012
Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende - Bedarfe, Leistungen und Einkommen, Dezember 2012

[12] Bei den Alleinerziehenden wird nicht in Männer und Frauen unterschieden, da sich unter den Alleinerziehenden lediglich 10 % Männer befinden.

[13] Vgl. Lietzmann (2010): Zur Dauer der Bedürftigkeit von Müttern, in: IAB-Discussion Paper, Ausgabe 8, S.31

Der Anteil der erwerbstätigen Leistungsberechtigten mit einem Einkommen über 800 Euro liegt laut BA bei 34 %[14]. Diese Personen, mit einem Einkommen über 800 Euro können näherungsweise mit Vollzeitbeschäftigten gleichgesetzt werden, da - wie zuvor schon dargelegt wurde - die Leistungsberechtigten in der Mehrheit schlecht qualifiziert sind und in eher niedrig entlohnten Branchen tätig sind.
Man spricht hier von der Gruppe der „Working poor", die trotz einer Vollzeiterwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften und auf zusätzliche Transferleistungen aus dem SGB II angewiesen sind. Hinsichtlich dieses Phänomens scheint insbesondere die Frage naheliegend, wie die Perspektiven zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit aussehen könnten.

3. Ausstiegslöhne aus dem SGB II

Wie hoch muss ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit in Wiesbaden sein, um keine SGB II-Leistungen mehr zu benötigen?
Diese Berechnung ist von einigen Prämissen abhängig:

- Der Bedarfsgemeinschaftstyp, in dem man lebt: d.h. alleinstehend; mit Partner/Partnerin; mit Kindern im Haushalt etc., weil danach richten sich einerseits die Berechnung der Bedarfe und andererseits die Steuerklasse zur Ermittlung des Nettolohns.
- Von der Höhe der Mieten und Nebenkosten, denn die sind ein Faktor bei der Berechnung von Bedarfen.
- Freibeträge auf die Erwerbseinkommen, denn es handelt sich bei den berechneten Löhnen um „Ausstiegslöhne aus dem SGB II"; d.h. mit dieser Höhe des Einkommens hat man keinen Anspruch mehr auf SGB II-Leistungen; ggfs. jedoch Ansprüche auf Kinderzuschlag oder Wohngeld.

Die Ausstiegslöhne werden in Tabelle 7 dargestellt. Dabei werden drei verschiedene Bedarfsgemeinschaftstypen unterschieden (Alleinstehend; Partner-Bedarfsgemeinschaft mit 2 Kindern im Alter von 2 und 8 Jahren; Alleinerziehend mit einem Kind im Alter von 8 Jahren), für die jeweils zuerst die Bedarfe berechnet werden. Im Vergleich dazu wird der Bruttoerwerbslohn berechnet, den dieser Bedarfsgemeinschafts-Typ braucht, um keine SGB

[14] Dieser Anteil kann durch die eigene Geschäftsstatistik, die eine etwas andere Messgrundlage hat, bestätigt werden: Hier liegt der Anteil der erwerbstätigen, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Dezember 2012 bei 32 %.

II-Leistungen mehr zu benötigen. Da die Berechnung eines solchen „Ausstiegslohnes“ unter anderem davon abhängt, wie hoch die Miete und die Nebenkosten der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft ist, werden zwei Varianten gerechnet: einerseits für die Annahme einer mittleren Miete in Wiesbaden (dunkleres Kästchen) und andererseits auch für eine höhere Miete im oberen 75 % Quartil (helleres Kästchen). Diese Mieten, die zur Berechnung herangezogen werden, sind empirisch berechnete Mieten von Leistungsberechtigten der jeweiligen Bedarfsgemeinschaftstypen im Dezember 2012 und spiegeln somit realistisch die Wohnlage der Klienten wider.

Tabelle 7: SGB II-Bedarfe in Wiesbaden und notwendiges Bruttoerwerbseinkommen, um aus dem SGB II-Bezug auszusteigen (unter Berücksichtigung von Kindergeld, Kinderzuschlag und Wohngeld)

BG-Typ	SGB II Bedarf beim Median der KdU (in €)	Notwendiges Brutto-Erwerbseinkommen beim Median der KdU (in €)	SGB II Bedarf beim 75%-Quartil der KdU (in €)	Notwendiges Brutto-Erwerbseinkommen beim 75%-Quartil der KdU (in €)
Alleinstehend	787	**> 1550**	880	**> 1730**
Partner-BG mit 2 Kindern (2 und 8 Jahre)	1864	**> 2100**	1953	**> 2500**
Alleinerziehend mit 1 Kind (8 Jahre)	1263	**> 1700**	1338	**> 2180**

Anmerkungen: Stand der KdU-Berechnung: 12/2012; Stand der Einkommenssteuerberechnung und der Anspruchsberechnung SGB II 2/2013.
Quelle: OPEN/Prosoz 12/2012; Nettolohnrechner; Wohngeldrechner; SGB II-Rechner; eigene Berechnungen und Darstellung

Ein Lesebeispiel für Alleinerziehende wäre (dunkleres Kästchen):
Ein/e Alleinerziehende/r mit einem Kind, das acht Jahre alt ist, hat einen existenzsichernden Bedarf von 1.263 Euro; angenommen sie wohnen in einer größenadäquaten Wohnung in Wiesbaden, die im mittleren Mietpreisniveau liegt (580 Euro Miete inkl. Neben-/Heizkosten). Um diese beiden Personen mit einem eigenen Erwerbseinkommen zu versorgen und nicht auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein, muss die/der Alleinerziehende mindestens 1.700 Euro brutto verdienen.
Diese Zahlen bleiben erst einmal abstrakt, wenn man nicht das Lohngefüge bestimmter Branchen im Vergleich hinzunimmt. In der nächsten Tabelle sind deshalb die tatsächlich verdienten Bruttolöhne im Jahr 2010[15] exemplarisch für fünf Branchen ausgewählt worden, die – wie zuvor aufgezeigt wurde – maßgebliche Branchen für SGB II-Leistungsberechtigte

[15] Die neuesten Daten für 2012 wird es durch die Entgeltstatistik der BA erst im 3. Quartal 2013 geben, so dass hier die Löhne von 2010 verwendet werden müssen – allerdings wurden auf diese Löhne eine jährliche Lohnsteigerung von 3 % hinzu gerechnet, um eine realistische Lohnentwicklung abzubilden.

sind: Einzelhandel, Gastronomie, Wach- und Sicherheitsdienst, Gebäudebetreuung (auch Reinigungsdienste) und Zeitarbeit.
In Tabelle 8 sind zuerst wieder die drei Bedarfsgemeinschaftstypen und die zuvor berechneten Ausstiegslöhne (die je nach angenommenem Mietpreis variieren) aufgeführt. Dann folgen die empirischen Bruttolöhne in dieser Branche für eine Vollzeitstelle, an der Grenze zwischen dem 1. und 2. Quintil. Diesen Lohnbereich anzunehmen, erscheint aufgrund der geringen Qualifikation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II realistisch, denn 67 % verfügen über keine Berufsausbildung.

Tabelle 8: Ausstiegslöhne und branchenübliche Bruttolöhne (Grenze 1. und 2. Quintil) für Westdeutschland

BG-Typ	"Ausstiegslohn" je nach Höhe der KdU (Median oder 75%-Quartil)	Bruttolohn* Einzelhandel	Bruttolohn* Gastronomie	Bruttolohn* Wach- und Sicherheitsdienste	Bruttolohn* Gebäudebetreuung	Bruttolohn* Zeitarbeit
Alleinstehend	zwischen 1550 und 1730 €	1545	1324	1535	1241	1257
Partner-BG mit 2 Kindern (2 und 8 Jahre)	zwischen 2100 und 2500 €	1545	1324	1535	1241	1257
Alleinerziehend mit 1 Kind (8 Jahre)	zwischen 1700 und 2180 €	1545	1324	1535	1241	1257

* Monatliche Bruttoarbeitsentgelte von sv.pflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in Westdeutschland; Bruttoentgelt je Monat; Grenze 1. und 2. Quintil

Anmerkungen: Stand der Ausstiegslöhne: 12/2012 und 2/2013; Stand der empirischen Bruttolöhne: 12/2010 + 3% jährliche Steigerung.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte - Entgeltstatistik - Stichtag 31.10.2010; OPEN/Prosoz 12/2012; Nettolohnrechner; Wohngeldrechner; SGB II-Rechner; eigene Auswertungen und Darstellung

Die Schattierungen zeigen an, ob diese Erwerbseinkommen ausreichen, um aus dem SGB II-Bezug auszusteigen: farblich nicht hinterlegte Zahlen würden bedeuten, dass das Bruttoeinkommen den Bedarf deckt und der Ausstieg erfolgt; dunkelgrau bedeutet das Gegenteil und hellgrau kennzeichnet Beträge, die ganz in der Nähe der Bedarfshöhe liegen.
Es wird deutlich, wie schwierig ein Ausstieg aus dem SGB II-Bezug ist, wenn man u.a. aufgrund geringer Qualifikation vorrangig in Branchen mündet, die geringe Löhne zahlen. Denn keine der Konstellationen weist einen bedarfsdeckenden Lohn aus – in keiner der Branchen und in keiner Haushaltskonstellation; allein bei den Alleinstehenden kommt man im Einzelhandel und in der Wach- und Sicherheitsgewerbe annähernd an einen existenzsichernden Lohn. Lebt man dann in einem Haushalt mit (mehreren) Kindern, ist der existenzsichernde Bedarf kaum durch ein Erwerbseinkommen abzudecken.
Zwar hat sich in Westdeutschland das Familienleben insoweit verändert, dass nicht mehr das Alleinverdienermodell die vorherrschende Lebensform von Familien ist. Dennoch hat der Wandel auch nicht dazu geführt, dass Frauen und gerade Mütter in gleicher Weise erwerbsorientiert wie Männer bzw. Väter sind. Vielmehr ist die meist gelebte Familienform

heute das Zuverdienermodell, in dem der Mann immer noch das Haupterwerbseinkommen erzielt und die Frau einen Zuverdienst, häufig in Teilzeit und ohne Sozialversicherungspflicht, erwirtschaftet. Institutionell verfestigt wird dieses Familienmodell dadurch, dass bestimmte sozialpolitische Regulierungen dieses begünstigen (bspw. Ehegattensplitting); verschärft wird diese Verfestigung durch eine strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen.[16]
Nachweislich trifft man diese gesellschaftliche Normvorstellung von familialer Arbeitsteilung auch bei SGB II-Leistungsberechtigten in der Weise, dass sich die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen, und besonders von Müttern und Vätern, wie zuvor aufgezeigt, deutlich unterscheidet (siehe dazu Kapitel IV.2).
So befindet sich gerade in Westdeutschland das traditionelle Familienmodell zwar auf dem Rückzug, aber von der normativen Vorstellung, dass ein Einkommen ausreichen müsste, eine Familie zu ernähren, haben sich weder der öffentliche Diskurs noch eine breite gesellschaftliche Basis verabschiedet. So verwundert es wenig, dass das Armutsrisiko gerade für die Haushalte mit Kindern, die keine erweiterte Erwerbsteilhabe realisieren können, entsprechend hoch ist.[17] Problematisch bleibt dabei ebenso die einhergehende Rollenaufteilung bezüglich der Familienarbeit: Da die Mütter nur einen Zuverdienst erwirtschaften, bleibt bei ihnen die Kinderbetreuung und -erziehung weiterhin überantwortet und führt im Zirkelschluss wiederum zu verbundenen Risiken einer reduzierten Erwerbsteilhabe.[18] Dieses Risiko der reduzierten Erwerbsteilhabe hat wiederum zwei weitreichende Konsequenzen: Im Falle einer Trennung vom Partner reicht das Erwerbseinkommen der Frau nicht zur Existenzsicherung aus, und die späteren Rentenansprüche sinken anteilig.

---

[16] Vgl. Gottschall/Schröder (2013): „Familienlohn" - Zur Entwicklung einer wirkmächtigen Normierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, in: WSI-Mitteilungen, Ausgabe 3, S.161f.

[17] Vgl. Gottschall/Schröder (2013): „Familienlohn" - Zur Entwicklung einer wirkmächtigen Normierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, in: WSI-Mitteilungen, Ausgabe 3, S.161 und 166

[18] Vgl. Berninger/Dingeldey (2013): Familieneinkommen als neue Normalität?, in: WSI-Mitteilungen, Ausgabe 3, S.189

V. Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitsuchende

Die Eingliederungsmaßnahmen des kommunalen Jobcenters haben die Aufgabe, Arbeitsuchende

- rasch in Ausbildung bzw. in Erwerbstätigkeit zu integrieren,
- in den Fällen, in denen dies nicht möglich ist, die Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern,
- und auch arbeitsmarktfernen Personen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

1. Eingliederungsleistungen für unter 25-Jährige ohne Berufsausbildung

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 2.055 junge Menschen ohne Berufsausbildung von der Ausbildungsagentur mit Hilfe von Eingliederungsmaßnahmen aus dem SGB II unterstützt, um einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen. Damit konnten zwar 4 % weniger Jugendliche aktiviert werden als es noch im Jahr 2011 der Fall war (2.150 Personen).
Setzt man dies allerdings ins Verhältnis zu allen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren, stellt man fest, dass diese Gruppe auch kleiner geworden ist. Umfasste sie in 2011 noch durchschnittlich 3.646 Personen monatlich, waren es in 2012 nur noch 3.498 Personen. Damit schrumpfte die Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Mittelwert um 4 % (148 Personen). D.h. in Relation zur Bezugsgruppe besuchten 2012 genauso viele Jugendliche Eingliederungsmaßnahmen wie auch schon 2011.
Entsprechend der strategischen Ausrichtung der Ausbildungsagentur steht die Förderung der Berufsausbildung im Fokus der Beratung, um die Jugendlichen nicht ohne Berufsausbildung auf den Arbeitsmarkt zu entlassen, in dem sie noch mehrere Jahrzehnte qualifiziert tätig sein sollen. Dabei unterschieden sich die Gruppen, für die die Ausbildungsagentur in Wiesbaden zuständig ist, aber deutlich und sind sehr heterogen:
Es gibt einerseits die ausbildungsreifen Jugendlichen, die schnell beruflich orientiert und in eine geeignete Berufsausbildung zu vermitteln sind, und andererseits gibt es die Jugendlichen, bei denen eine Ausbildung aufgrund verschiedener Gründe aktuell schwierig erscheint und die eine besondere Förderung bedürfen.
Insbesondere für die (Allein-)Erziehenden im jugendlichen Alter müssen spezifische Förderangebote genutzt werden. So besuchten insgesamt 717 Teilnehmer Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung, darunter mündeten 327 Jugendliche 2012 neu in die Maßnahmen ein. Während die Neueintritte in Berufsvorbereitende Maßnahmen (BvB),

Einstiegsqualifizierung (EQ) und sonstige Förderung der Berufsausbildung zurückgingen, konnten 8 Jugendliche mehr in eine geförderte Berufsausbildung einmünden (Tabelle 9).

Tabelle 9: Eingliederungsleistungen[1] für unter 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte ohne Berufsausbildung im Jahr 2012[19] und 2011[20]

	Unter 25-Jährige ohne Berufsausbildung	Maßnahme-teilnehmer 2011	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte	Maßnahme-teilnehmer 2012	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte
1.	**1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche**								
1.1	Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 4, Satz 3 SGB III)	-	-	-	-	4	0%	75%	4
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs 1 Nr. 3 SGB III)	83	40%	28%	72	103	48%	40%	98
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III) - nachrichtlich -	366	56%	34%	366	473	55%	43%	473
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III)	518	53%	29%	502	534	48%	27%	518
	Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	**601**	**51%**	**27%**	**574**	**641**	**48%**	**29%**	**620**
2.	**Qualifizierung**								
2.1	Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	24	29%	38%	24	9	33%	22%	5
2.2	Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	5	60%	0%	2	24	83%	21%	23
	Teilnehmer/innen insg.	**29**	**35%**	**31%**	**26**	**33**	**70%**	**21%**	**28**
3.	**Förderung der Berufsausbildung**								
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	285	44%	37%	180	248	40%	36%	150
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III)	438	37%	28%	150	424	35%	31%	158
3.3	Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 54a SGB III)	24	46%	46%	20	23	35%	44%	9
3.4	Sonst. Förderung der Berufsausbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II)	28	43%	25%	13	22	46%	23%	10
	Teilnehmer/innen insg.	**775**	**40%**	**32%**	**363**	**717**	**37%**	**33%**	**327**
4.	**Beschäftigungsfördernde Maßnahmen**								
4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	12	42%	33%	5	4	50%	25%	4
4.2	Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16e SGB II)	-	-	-	-	-	-	-	-
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	1	0%	0%	1	-	-	-	-
	Teilnehmer/innen insg.	**13**	**39%**	**31%**	**6**	**4**	**50%**	**25%**	**4**
5.	**Arbeitsgelegenheiten**								
5.1	AGH mit Mehraufwandsentschädigung (§ 16d SGB II)	42	55%	7%	32	43	49%	19%	34
5.2	AGH mit Anleitung (§ 16d SGB II)	372	32%	24%	321	230	32%	24%	165
	Teilnehmer/innen insg.	**414**	**35%**	**22%**	**353**	**273**	**35%**	**23%**	**199**
6.	**Freie Förderung**								
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	16	94%	13%	0	6	33%	67%	4
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	1	0%	100%	1	2	0%	50%	2
	Teilnehmer/innen insg.	**17**	**88%**	**18%**	**1**	**8**	**25%**	**63%**	**6**
7.	**Flankierende Leistungen**								
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	25	44%	12%	19	20	50%	15%	13
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	11	0%	0%	8	16	19%	19%	12
7.3	Kinderbetreuung (§ 16a Nr. 1 SGB II)	14	93%	14%	14	24	100%	17%	16
7.4	Psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	22	46%	9%	22	21	62%	0%	12
	Teilnehmer/innen insg.	**72**	**47%**	**10%**	**63**	**81**	**62%**	**12%**	**53**
8.	**Integrations- und Sprachkurse für Migranten**								
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	150	49%	89%	112	171	42%	92%	130
8.2	Berufsbezogene Sprachkurse	12	83%	75%	8	13	85%	85%	10
	Teilnehmer/innen insg.	**162**	**51%**	**88%**	**120**	**184**	**45%**	**92%**	**140**
9.	**Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente**								
9.1	Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	-	-	-	-	-	-	-	-
9.2	Sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	18	100%	6%	11	36	83%	14%	20
9.3	Sonstige drittfinanzierte Projekte	49	63%	35%	40	78	60%	35%	50
	Teilnehmer/innen insg.	**67**	**73%**	**27%**	**51**	**114**	**68%**	**28%**	**70**
	Gesamt (Eingliederungsstatistik)	**2150**	**44%**	**32%**	**1557**	**2055**	**44%**	**35%**	**1447**
	zum Vergleich **Gesamt - ohne Flankierende Leistungen -**	**2078**	**44%**	**33%**	**1494**	**1974**	**43%**	**35%**	**1394**

1) Ausführliche Maßnahmenbeschreibung in Übersicht 9.

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

---

[19] Nicht aufgeführt sind Teilnehmer in rein kommunal finanzierten Maßnahmen (< 5 % aller Teilnehmenden).

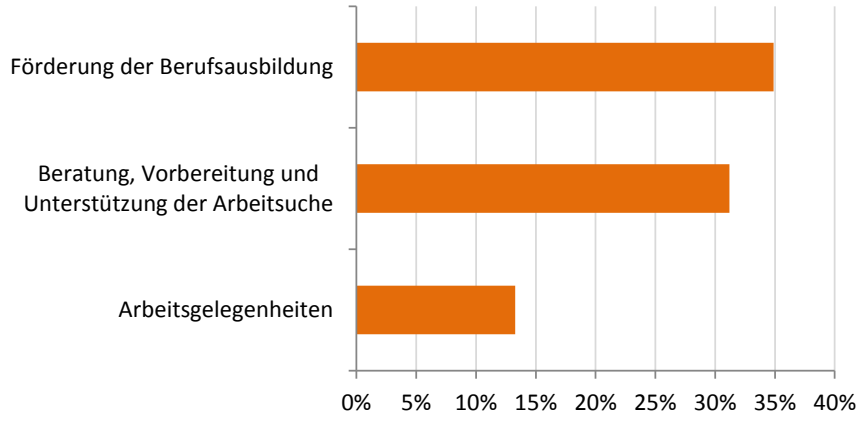
[20] Die Zahlen für 2011 weichen geringfügig von den ausgewiesenen Zahlen 2011 im Wiesbadener Eingliederungs- und Geschäftsbericht 2011 ab, da dort fälschlicherweise 13 statt 12 Monate kumuliert ausgewiesen wurden. Deshalb sind die korrigierten hier ausgewiesenen Zahlen geringer.

Es gibt aber unter den unter 25-Jährigen ohne Berufsausbildung auch die Gruppe, für die eine Ausbildung ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen nicht in Frage kommt und für die eine Beschäftigung angestrebt wird. Deshalb besuchte eine weitere große Gruppe Maßnahmen, die der Heranführung an den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt dienen sollen: 641 Jugendliche nutzen somit Angebote wie Vermittlungsgutscheine, Vermittlung durch Dritte oder Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung. In diesem Förderbereich wurden 2012 mehr Jugendliche als in 2011 gefördert, und auch die nachrichtlich dargestellte Förderung aus dem Vermittlungsbudget wurde von deutlich mehr Personen genutzt.

Für die zuvor genannte Zielgruppe kann auch gerade die Arbeitsgelegenheit (AGH) als Instrument eingesetzt werden, um Berufsorientierung, Motivation, Einstellungen etc. zu überprüfen. Sie ist unter anderem auch für eine spezielle Gruppe der Jugendlichen sinnvoll, die sich in multiplen Problemlagen befinden und sich der Beratung entziehen. So befand sich schließlich eine dritte große Gruppe in Arbeitsgelegenheiten, deren Nutzung aber stark zurückgegangen ist: von 414 auf 273 Personen, bzw. von 353 zu 199 Neueintritten. Erklärungsgrund ist vorrangig die zweite große Instrumentenreform, die zum 1. April 2012 in Kraft trat, denn sie ist im Kern geprägt durch fachlich umstrittene Restriktionen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung (Arbeitsgelegenheiten). Ein zweiter Erklärungsgrund ist ebenso die Kürzung der vom Bund zur Verfügung gestellten Eingliederungsmittel um knapp 12 % im Jahr 2012.

Somit befanden sich in 2012 83 % aller Teilnehmer in Eingliederungsmaßnahmen in den zuvor benannten drei großen Gruppen.

Abbildung 14: Prozentuale Verteilung der unter 25-jährigen Teilnehmenden in den Eingliederungsmaßnahmen 2012 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

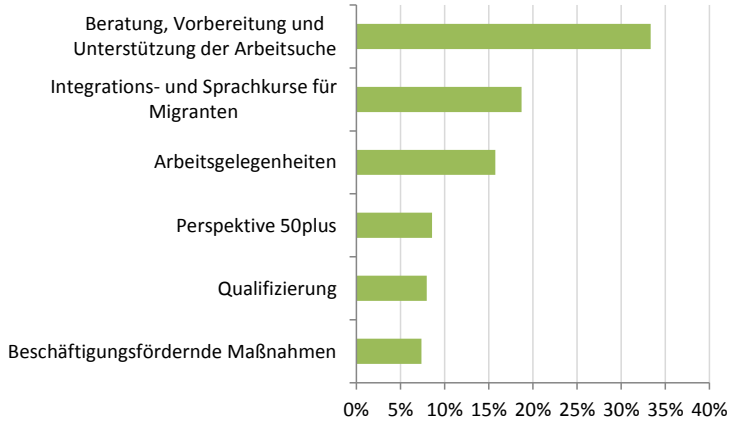
Insgesamt über alle Maßnahmen betrachtet, hat sich hinsichtlich der Geschlechterverteilung nichts verändert: ca. 44 % aller Maßnahmeteilnehmer sind weiblich. Es gibt bei den verbliebenen Maßnahmen große Schwankungen, die aber größtenteils auf kleine Fallzahlen zurückzuführen sind.
Bei dem Anteil der Ausländer an den Maßnahmeteilnehmern gibt es eine leichte Steigerung: Während in 2011 insgesamt 32 % aller Teilnehmer an Eingliederungsmaßnahmen ausländischer Nationalität waren, so sind es in 2012 35 %.

2. Eingliederungsleistungen für 25-Jährige und Ältere

In 2012 wurden insgesamt 12.361 Personen durch Eingliederungsmaßnahmen an den Arbeitsmarkt herangeführt. Im Vergleich zum Vorjahr konnten 601 Arbeitsuchende im Alter zwischen 25 und 65 Jahren weniger aktiviert werden: Gemessen an der Bezugsgruppe zeigt sich aber, dass es im monatlichen Durchschnitt in 2011 noch 17.061 eLb über 25 Jahren gab, und in 2012 nur noch 16.583. Trotzdem gibt es einen relationalen Rückgang von Personen in Eingliederungsmaßnahmen (ca. 1,5 %). Das liegt einerseits an der bereits erwähnten Instrumentenreform, die seit April 2012 einen Abbau der Arbeitsgelegenheiten zur Folge hatte und andererseits an einem Rückgang der Neueintritte in Maßnahmen der „Perspektive 50plus“. Außerdem sind die Darlehen nach § 16f SGB II um 50 % zurückgegangen (98 waren es 2011 und in 2012 nur noch 52).
In den Maßnahmen zur Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche wurde die größte Gruppe mit 4.121 Personen aktiviert, die hier bspw. Bewerbungscoachings oder Berufsorientierungskurse besuchten. Hier haben wir es mit einer heterogenen Zielgruppe zu tun, die Maßnahmen in diesem Bereich besucht: Aber eine relativ große Gruppe sind die arbeitsmarktnahen Klienten, die gemäß der zielorientierten Eingliederungsstrategien in Wiesbaden (Näheres dazu siehe Kapitel VIII) eine direkte Arbeitsmarktintegration anstreben können.
Die zweite große Gruppe mit 2.312 Personen besuchte Integrations- bzw. Sprachkurse, um grundlegende Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten.
Weiterhin befanden sich in 2012 16 % aller Aktivierten (1.946 Personen) in Arbeitsgelegenheiten, die unterschiedliche Funktionen verfolgen können: Stabilisierung der Arbeitsfähigkeit, Feststellung der Arbeitsmotivation, Brancheneignung, Integration etc. In der AGH finden sich deshalb Gruppen mit unterschiedlichen Zielstrategien wieder: Während bei einigen die Arbeitsmarktintegration mittelfristig angestrebt wird (Neuorientierung, Aufbau bzw. Erhalt der Nähe zum 1. Arbeitsmarkt), ist bei anderen das Ziel eher längerfristig (Arbeitserprobung, Stabilisierung, Ausweitung der Beschäftigungsfähigkeit) oder die AGH dient gänzlich zur Diagnose von Ressourcen und Strategieermittlung.

Zudem scheint erwähnenswert, dass es Wiesbaden trotz rückläufigen Eingliederungsmitteln in 2012 geschafft hat, mehr Personen als im Vorjahr in Qualifizierung (637 Neueintritte in 2011 und 712 in 2012) und in beschäftigungsfördernden Maßnahmen (in 2011 573 Neueintritte und in 2012 614) zu fördern. Hier kommt die geschäftspolitische Leitlinie des Jobcenters zum Ausdruck, eher in nachhaltige berufliche Qualifizierung als in eine schnelle Vermittlung in prekäre Arbeitsverhältnisse zu investieren.
Im Hinblick auf die relativ großen Defizite in der Qualifikation und den bestehenden Langzeitbezug der Klienten erscheinen die Verteilungen der unterschiedlichen Eingliederungsmaßnahmen plausibel.

Abbildung 15: Prozentuale Verteilung der 25-jährigen und älteren Teilnehmenden in den Eingliederungsmaßnahmen 2012 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Durch konsequente Umsetzung des Gender Mainstreaming-Ansatzes konnte es weiterhin, wie auch schon in 2011, gelingen, die Aktivierung von Frauen anteilig zu steigern. Insgesamt waren in 2012 48 % aller Aktivierten weiblich. Wiesbaden hat mittlerweile ein großes Portfolio an Eingliederungsmaßnahmen, die speziell für Frauen konzipiert wurden. Diese umfassen alle Bereiche von Orientierung, über Qualifizierung, bis hin zu Integration. Einige Beispiele konkreter Maßnahmen sind: Perspektiven für den Wiedereinstieg; Berufsorientierungskurse in Teilzeit; Existenzgründungsberatung für Frauen oder Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen in gewerblich technischen Berufen.
Analog zu der Entwicklung bei den unter 25-Jährigen ist auch bei den 25-Jährigen und Älteren der Anteil der Ausländer unter den Teilnehmenden an Eingliederungsmaßnahmen gestiegen: von 35 % in 2011 auf 38 % in 2012.

Tabelle 10: Eingliederungsleistungen[1] für über 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte im Jahr 2012[21] und 2011[22]

	25-Jährige und Ältere	Maßnahme-teilnehmer 2011	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte	Maßnahme-teilnehmer 2012	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte
1.	**1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche**								
1.1	Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 4, Satz 3 SGB III)	23	26%	22%	23	23	26%	44%	23
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs 1 Nr. 3 SGB III)	1508	38%	27%	1245	1402	39%	31%	1130
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III) - nachrichtlich -	4160	48%	29%	4160	4457	50%	31%	4457
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III)	2986	46%	30%	2795	2696	46%	32%	2557
	Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	**4517**	**43%**	**29%**	**4063**	**4121**	**43%**	**32%**	**3710**
2.	**Qualifizierung**								
2.1	Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	586	49%	28%	493	657	48%	30%	548
2.2	Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	306	57%	20%	144	330	62%	25%	164
	Teilnehmer/innen insg.	**892**	**52%**	**25%**	**637**	**987**	**53%**	**28%**	**712**
3.	**Förderung der Berufsausbildung**								
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	-	-	-	-	-	-	-	-
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III)	1	0%	0%	0	-	-	-	-
3.3	Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 54a SGB III)	-	-	-	-	-	-	-	-
3.4	Sonst. Förderung der Berufsausbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II)	4	75%	0%	1	1	0%	0%	0
	Teilnehmer/innen insg.	**5**	**60%**	**0%**	**1**	**1**	**0%**	**0%**	**0**
4.	**Beschäftigungsfördernde Maßnahmen**								
4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	730	40%	21%	377	596	40%	24%	379
4.2	Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16e SGB II)	74	24%	12%	6	62	19%	19%	43
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	266	40%	21%	190	252	44%	20%	192
	Teilnehmer/innen insg.	**1070**	**39%**	**21%**	**573**	**910**	**39%**	**23%**	**614**
5.	**Arbeitsgelegenheiten**								
5.1	AGH mit Mehraufwandsentschädigung (§ 16d SGB II)	715	47%	16%	434	695	50%	17%	427
5.2	AGH mit Anleitung (§ 16d SGB II)	1380	29%	27%	844	1251	31%	27%	756
	Teilnehmer/innen insg.	**2095**	**35%**	**23%**	**1278**	**1946**	**38%**	**23%**	**1183**
6.	**Freie Förderung**								
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	65	57%	29%	37	44	50%	39%	31
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	98	18%	17%	98	52	23%	33%	52
	Teilnehmer/innen insg.	**163**	**34%**	**22%**	**135**	**96**	**35%**	**35%**	**83**
7.	**Flankierende Leistungen**								
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	373	38%	31%	209	378	41%	32%	253
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	149	19%	16%	103	117	16%	17%	78
7.3	Kinderbetreuung (§ 16a Nr. 1 SGB II)	107	95%	38%	76	287	90%	43%	198
7.4	Psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	28	39%	21%	20	53	45%	23%	38
	Teilnehmer/innen insg.	**657**	**43%**	**28%**	**408**	**835**	**55%**	**33%**	**567**
8.	**Integrations- und Sprachkurse für Migranten**								
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	2181	67%	79%	1796	2200	66%	81%	1796
8.2	Berufsbezogene Sprachkurse	106	65%	69%	75	112	75%	74%	76
	Teilnehmer/innen insg.	**2287**	**67%**	**78%**	**1871**	**2312**	**67%**	**80%**	**1872**
9.	**Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente**								
9.1	Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	1242	45%	24%	1235	1059	46%	27%	757
9.2	Sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	9	100%	0%	4	5	100%	20%	1
9.3	Sonstige drittfinanzierte Projekte	25	92%	40%	22	89	79%	36%	50
	Teilnehmer/innen insg.	**1276**	**46%**	**24%**	**1261**	**1153**	**48%**	**27%**	**808**
	Gesamt (Eingliederungsstatistik)	**12962**	**47%**	**35%**	**10227**	**12361**	**48%**	**38%**	**9549**
	zum Vergleich **Gesamt - ohne Flankierende Leistungen -**	**12305**	**47%**	**36%**	**9819**	**11526**	**48%**	**39%**	**8982**

1) Ausführliche Maßnahmenbeschreibung in Übersicht 9.

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

[21] Nicht aufgeführt sind Teilnehmer in rein kommunal finanzierten Maßnahmen (< 1 % aller Teilnehmenden).

[22] Die Zahlen für 2011 weichen geringfügig von den ausgewiesenen Zahlen 2011 im Wiesbadener Eingliederungs- und Geschäftsbericht 2011 ab, da dort fälschlicherweise 13 statt 12 Monate kumuliert ausgewiesen wurden. Deshalb sind die korrigierten hier ausgewiesenen Zahlen geringer.

Zwei Maßnahmen, die im Jahr 2012 eine besondere Innovation waren oder gute Ergebnisse gebracht haben, sollen hier noch detaillierter vorgestellt werden:

1.) **BeLVor – Begleitender Lehrgang im Vorbereitungsjahr für eine Umschulung zum/ Erzieher/zur Erzieherin**

(gefördert nach § 16 Absatz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch SGB II i. V. m. § 45 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 Drittes Buch Sozialgesetzbuch SGB III)

Der Bedarf an zusätzlichen Plätzen für Kindertagesstätten und Krippen ist auch in Wiesbaden erheblich gestiegen, u.a. aufgrund neuer gesetzlicher Regelungen. Einen Beitrag zur Personalgewinnung hat die Kommunale Arbeitsvermittlung damit geleistet, dass seit 2010 aus dem Kreis der Arbeitslosengeld II-Berechtigten arbeitslose Frauen und Männer für das Projekt „Begleitender Lehrgang im Vorbereitungsjahr für eine Umschulung zum/ Erzieher/zur Erzieherin“ geworben werden. Gemeinsam mit der Louise-Schröder-Schule, dem Wiesbadener Verein FRESKO e.V. und Wiesbadener Kindertagesstätten wird die Maßnahme seitdem erfolgreich umgesetzt.
Die Maßnahme startet einmal im Jahr, jeweils zum 01.08. und hat eine Laufzeit von insgesamt 12 Monaten. Neben den Unterrichtsstunden (1 Unterrichtstag pro Woche) in den Fächern Fachtheorie, Fachpraxis, berufsbezogenes Deutsch und Lernen lernen können als zusätzlicher Bestandteil der Vorbereitung praktische Berufserfahrungen in Wiesbadener Kindertagesstätten, im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten, mit einem zeitlichen Anteil von 20 Wochenstunden gemacht werden.
Am Ende des Vorbereitungsjahrs erfolgt abschließend die Feststellung der Eignung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer für die Aufnahme der Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher. Für die Aufnahme in die eigentliche Ausbildung zum staatlich anerkannten Erzieher/zur staatlich anerkannten Erzieherin ist neben dem Realschulabschluss der Nachweis einschlägiger Praxiserfahrung erforderlich. Die Louise-Schröder-Schule prüft durch ein Bewerbungsverfahren die Eignung der Bewerberinnen und Bewerber.
Jeweils zum 01.08. eines Kalenderjahres beginnt die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin bei der Louise-Schröder-Schule. Die Ausbildungsphase dauert insgesamt zwei Jahre. Nach erfolgreichem Abschluss der Fachqualifizierung erfolgt direkt im Anschluss das einjährige Anerkennungsjahr für den Erhalt der staatlichen Anerkennung.
2013 werden die ersten Auszubildenden die Ausbildungsphase abschließen und das Anerkennungsjahr beginnen.
Um die Chancen für Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit Migrationshintergrund zu erhöhen (im letzten Lehrgang lag der Anteil bei 58%), das Auswahlverfahren erfolgreich

abzuschließen, wurde 2011 eine zusätzliche, parallel zum Vorbereitungslehrgang laufende Maßnahme, eingerichtet. Die „Integrative Förderung Deutsch als Zweitsprache“ unterstützt Teilnehmerinnen und Teilnehmer des BeLVor Lehrgangs, für die aufgrund vorhandener Defizite im Bereich Deutsch als Zweitsprache nur eine bedingte Eignung für die Umschulung zur Erzieherin/zum Erzieher ausgesprochen wurde. Diese Maßnahme wird aus Mitteln des Arbeitsmarktbudgets des Landes Hessen finanziert.
Bis zum 31.12.2012 wurden 2 Lehrgänge im Vorbereitungsjahr abgeschlossen, der dritte Durchgang endet am 31.07.2013.
Von bisher insgesamt 63 Teilnehmerinnen und Teilnehmern haben 37 die Ausbildung zum Erzieher/zur Erzieherin aufgenommen.

2.) ComeBack 50plus

(gefördert im Rahmen des Programms „Perspektive 50plus – Beschäftigungspakte für Ältere in den Regionen“)

Das Projekt ComeBack 50plus hat zum Ziel, im Rahmen des Programms Perspektive 50plus, integrationsferne ältere Langzeitarbeitslose (ab 50 Jahre) mit multiplen Vermittlungshemmnissen (u.a. fehlender Schulabschluss, keine Berufsausbildung, massive gesundheitliche Probleme) verstärkt zu aktivieren und Hilfestellung bei der Bewältigung von Problemlagen zu bieten, um ihre Beschäftigungsfähigkeit und Integrationschancen zu erhöhen. Durch ein intensives Coaching und zielgruppenspezifische Angebote sollen die vorhandenen Fähigkeiten und Ressourcen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gestärkt werden und bei der Reintegration in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Das Projekt stellt insgesamt 250 Plätze zur Verfügung. Der Projektträger BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH führte die Maßnahme vom 01.01. bis 31.12.2012 durch.
Vorrangiges Projektziel ist, angesichts der „Arbeitsmarktferne“ der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, eine Aktivierung, die Chance zur sozialen Teilhabe und persönlichen Entwicklung zu verbessern. Um dies zu erreichen, werden Methoden angewendet, die sich von den herkömmlichen Strategien eines Arbeitsmarktintegrationsprojektes unterscheiden. Es werden Teilprojekte angeboten, die an den Interessen und Talenten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer anknüpfen und die ihnen Erfolgserlebnisse und Anerkennung in einer Gruppe bieten.
Neben den Beratungs- und Coachingangeboten setzt die Arbeit an der Biographie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an und bezieht ebenso die Lebenswelten mit ein. Ansätze wie Offener Treff, Kulturarbeit, und Ehrenamt stellen wichtige Instrumente für den Coach dar. Die professionelle Ausrichtung der Projektangebote soll den Zugang zur Öffentlichkeit durch Auftritte, Ausstellungen und Filmvorführungen ermöglichen.
Hier einige Beispiele der verschiedenen Projektangebote:

2011 wurde in einem **Filmprojekt** die Lebensgeschichte eines Teilnehmers als erster Teil einer Trilogie mit dem Titel „Tote Söhne“. inszeniert. Der Teilnehmer spielte darin seine eigene Geschichte, einen Obdachloser, der von seinem Vater für tot erklärt wurde. Zu Beginn 2012 wurde der dritte Teil der Trilogie mit dem Titel „Abgefahren“ mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern produziert. Dieser Film stellte die Elemente der beiden vorangegangenen Filme „Tote Söhne“ und „Mutterkuchen“ in einen sich verknüpfenden Zusammenhang. Die vollendete Trilogie wurde 2012 im Programmkino Caligari in Wiesbaden aufgeführt.
Im **Chorprojekt** wurden Lieder aus den Musikbereichen Volksgut bis hin zu internationalen Evergreens und Spirituals mit Teilnehmerinnen und Teilnehmern eingeübt. Der Chor hatte 2012 fünf Auftritte in sozialen Einrichtungen in Wiesbaden.
Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der **Schreibwerkstatt** erarbeiteten 2012 unter Anleitung zwei neue Ausgaben der ComeBACK- Projektzeitung „Schwarz auf Weiß“.
Im Rahmen des „Bistro-Talk“ wird ein sogenannter „**Stammtisch**“ für Projektteilnehmerinnen und Teilnehmer, die durch die Vermittlung von ComeBACK50plus in ein Beschäftigungsverhältnis gewechselt sind, angeboten. Hier werden Fragenstellungen und Problemlösungen zu den Bereichen Rentenversicherung, Minijob, Erwerbstätigkeit und Leistungsbezug SGB II, sowie Gesundheit, erörtert.
Im Arbeitsprojekt „Nassauische Touristikbahn“ konnten den Teilnehmerinnen und Teilnehmern handwerkliche Tätigkeiten durch die Renovierung alter Eisenbahnwaggons am Bahnhof Wiesbaden-Dotzheim angeboten werden.
In Kooperation mit den Entsorgungsbetrieben Wiesbaden wurden jeweils montags in drei Wiesbadener Bezirken (Klarenthal, Mainz- Kastel und Westend) Sperrmüllablagerungen aufgenommen.
Im Hinblick auf die Arbeitsmarktferne der Zielgruppe sind die Ergebnisse zum Maßnahmeende am 31.12.2012 positiv zu bewerten. Insgesamt konnten 46 Teilnehmerinnen und Teilnehmer in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden.

3. Kommunale soziale Eingliederungsleistungen

Das bisher dargestellte, breite Förderangebot der Eingliederungsleistungen wird gemäß § 16a SGB II noch durch kommunale Eingliederungsleistungen ergänzt. Die Ausgestaltung findet im kommunalen Netzwerk mit Jugendhilfe, Wohlfahrtspflege, Alten- und Sozialhilfe statt und ist wesentlicher Bestandteil der Wiesbadener Eingliederungsstrategie.

- **Angebote zur Kindertagesbetreuung**

Insgesamt bietet die gute Vernetzung des kommunalen Jobcenters mit der Jugendhilfe und zunehmend auch mit den Schule ergänzenden Betreuungsangeboten des Schulträgers eine gute Voraussetzung für die Nutzung der vorhandenen Angebote durch das Klientel des Jobcenters. Die arbeitsuchenden Eltern sind gehalten im vielfältigen **Tagesbetreuungsangebot in der Landeshauptstadt Wiesbaden**, wie alle anderen Eltern auch, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für ihre Kinder zu suchen. Das Fallmanagement berät sie hierbei gern. Das Amt für Soziale Arbeit übernimmt die Gebühren bzw. Elternbeiträge für die Kinder aus SGB II-Familien und wendete hierfür im Jahr 2012 4,4 Mio. € aus kommunalen Jugendhilfemitteln auf.

Für Eltern, die trotz dieser **Regelangebote** keine bzw. keine ausreichende Tagesbetreuung finden, um eine sozialversicherungspflichtige Arbeitsstelle, Existenzgründung oder Qualifikationsmaßnahme anzutreten, kann das Fallmanagement über eine **„besondere Betreuungsbedarfsmeldung“** und eine entsprechende Eingliederungsvereinbarung mit den Eltern zeitnah und bedarfsgerecht zusätzliche Betreuungskapazitäten bei den Einrichtungsträgern anfordern. Diese wird in der Regel für Kinder unter 3 Jahren und Kinder im Grundschulalter zusätzlich bereitgestellt und direkt als komplementäre kommunale Leistung gemäß § 16 a finanziert. Zur Umsetzung dieser Betreuungsbedarfsmeldungen finanziert das kommunale Jobcenter 2012 aus kommunalen Mitteln für soziale Eingliederungsleistungen und aus dem Arbeitsmarktbudget des Landes Hessen

- 20 zusätzliche Krippenplätze für Kinder unter 3 Jahren
- 12 zusätzliche Tagespflegeplätze im Projekt „Kinderbrücke“
- 74 zusätzliche Plätze für Schulkinder in Betreuenden Grundschulen
- 10 zusätzliche Plätze in Kinderhorten.

Auf diese Art und Weise konnten **ergänzend zur o. g. Regelbetreuung** in 2012 291 Kinder kurzfristig in ein bedarfsgerechtes Tagesbetreuungsangebot integriert und so die Erwerbsarbeit oder Qualifizierung der Eltern unterstützt werden. Ergänzend wurden für einige Eltern die Kosten der Tagesbetreuung ihrer Kinder an Schulen mit kostenpflichtigen Betreuungsangeboten gemäß § 16a SGB II übernommen, um eine Erwerbsteilhabe der Eltern zu ermöglichen.

Im SGB II-Fallmanagement tauchten immer wieder Konstellationen auf, in denen Bedarfe durch eine mögliche Erwerbstätigkeit auf die Zeiten jenseits der klassischen Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen (Kindertagesstätten, Betreuungsangebote an Grundschulen) fielen und diese von den Eltern nicht bzw. nicht ad hoc im Rahmen ihres privaten Netzwerks abgedeckt werden konnten. Diese Fälle konnten im Rahmen des Fallmanagements nicht adäquat bearbeitet werden.

Deshalb gibt es seit September 2012 ein Beratungsangebot beim Träger XENIA für alle Kunden/innen, bei denen im Fallmanagement keine Lösung bezüglich der Kinderbetreuung herbeigeführt werden konnte („**Familienservice**“), d. h. es geht auch darum, Notfälle und kurzfristige Bedarfe abzudecken. Damit hier Angebote entwickelt werden können, wurde mit den Kinder-Eltern-Zentren Kontakt aufgenommen. Diese haben sich bereit erklärt, als regionale Ansprechpartner für ungelöste Kinderbetreuungsprobleme zur Verfügung zu stehen und ggf. Orte oder Personen zu benennen, die für diese Kinderbetreuung zur Verfügung stehen. XENIA wird die Bedarfe dokumentieren, um eine Grundlage zu erarbeiten, bedarfsgerechte Betreuungsformen zu konzipieren. Das Modellprojekt wird um ein weiteres Jahr verlängert, da erst seit Ende September 2012 Zuweisungen in einer Anzahl erfolgen, die eine Auswertung und die Entwicklung von neuen Konzepten ermöglichen.
Diese Beratungs- und Vermittlungsstelle sichert für Eltern mit besonderen, regelmäßigen Betreuungsbedarfen individuelle Beratung und Unterstützung bei der Organisation der kindgemäßen, passgenauen Betreuungslösung. Sie berät, vermittelt und organisiert. Dabei werden unterschiedliche Lösungen systematisch erprobt und entwickelt:

- „private Netze/selbst verfügbare Ressourcen“:

Die Beratungs- und Vermittlungsstelle hilft beim Erschließen selbst verfügbarer Ressourcen, Nachbarn, Kontakt mit anderen Eltern aus der KT oder im Umfeld, die Betreuungslücken überbrücken helfen.

- „ergänzende bezahlte Betreuung“:

Die Beratungs- und Vermittlungsstelle stellt geeignete Personen (Auszubildende der Fachschule für Sozialpädagogik, Student/-innen, Praktikant/-innen, Honorarkräfte) zur Verfügung, die gegen Bezahlung das Kind nach dem Besuch der KT/BGS o. ä. nach Hause bringen und dort die Betreuung in den Randzeiten übernehmen (besonders bei jüngeren Kindern empfehlenswert)

- „Organisation eines erweiterten Angebotes im Rahmen von Betreuungseinrichtungen“:

Die Beratungs- und Vermittlungsstelle organisiert bei „mehrfachem“ Bedarf stundenweise Betreuung durch geeignete Personen bzw. Fachkräfte an bestehenden Betreuungseinrichtungen, z. B. wenn mehrere Kinder gleichzeitig einmal wöchentlich zwei Stunden Zusatzbetreuung brauchen o. ä.

- **Schuldnerberatung**

Bisher wird eine zusätzliche Schuldnerberatungsfachkraft finanziert. Seit der Inbetriebnahme der Trainingszentren werden zusätzliche Einzelberatungsstunden finanziert, die noch nicht quantifiziert werden können.
Angesichts der großen Überschuldungsproblematik in Wiesbaden hat das Jobcenter in 2012 seine Zuweisungsprozesse zur Schuldnerberatung optimiert und eine umfassende Schulung der Fachkräfte aus Leistung und Fallmanagement durchgeführt. Ebenso wurden Formulare und Berichtsverfahren optimiert. Auch die Vernetzung und regelmäßige Kommunikation mit den Beratungsstellen wurde wesentlich verbessert. Die Zuweisungszahlen zu den lokalen Schuldnerberatungsstellen konnten in 2012 auf 400 Fälle gesteigert werden.

- **Suchtberatung**

Die Fallmanagementfachkräfte und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigte (eLb) legen in einer Eingliederungsvereinbarung die Einschaltung einer Suchtberatung mit folgenden Details fest:

- Vereinbarung eines Erstberatungstermins bei der Beratungsstelle und Einverständnis, dass beratungsrelevante Daten ausgetauscht werden dürfen;
- Verpflichtung des eLb, die ausgehändigten Formulare „Sachstandsbericht“ und „Datenblatt“ der Beratungsstelle zu übergeben;
- alle vereinbarten Beratungstermine wahrzunehmen sowie eine entsprechende Bescheinigung dem Fallmanagement vorzulegen.

Stimmt der eLb dem schriftlichen Austausch der beratungsrelevanten Daten nicht zu, so wird in der Eingliederungsvereinbarung lediglich vereinbart, dass der eLb das Formular „Sachstandsbericht“ ausfüllen und regelmäßige Rückmeldungen über den Beratungsverlauf gibt. Die Suchberatungsstellen werden aus allgemeinen kommunalen und aus kommunalen SGB II-Mitteln gefördert. Ergänzend wird vom kommunalen Jobcenter eine dreiviertel Stelle beim Caritasverband und eine halbe Stelle beim Träger „JJ“ finanziert.
Im Jahr 2012 wurden 132 erwerbsfähige Leistungsberechtigte auf Veranlassung des KJC in den Suchtberatungsstellen unterstützt; auch hier gibt es selbstverständlich Leistungsberechtigte, die ohne Veranlassung oder Wissen des Fallmanagements die Beratungsleistungen der Suchtberatungsstellen nutzen.

VI. Bildung und Teilhabe

Seit April 2011 gewährt das kommunale Jobcenter Leistungen zur Förderung der Bildung und Teilhabe gemäß § 28 SGB II. Diese Leistungen werden von einer Fachstelle im kommunalen Jobcenter bearbeitet, die in Kooperation mit der Jugendhilfe im Amt für Soziale Arbeit, dem städtischen Schulamt und den freien Trägern agiert.

Tabelle 11: BuT Jahreswerte 2012 (kumulierte Zahlen) und Quoten der Inanspruchnahme durch SGB II-Leistungsberechtigte

		Jahreswerte Gesamt [3) 4)]	davon 0-2 Jahre	davon 3-5 Jahre	davon 6-9 Jahre	davon 10-14 Jahre	davon 15-17 Jahre	davon 16% der 18-24 Jährigen [2)]
Anspruchsberechtigte Stand Januar 2012 [3,6)]	abs.	**10.630**	**1.887**	**2.004**	**2.369**	**2.663**	**1.358**	**349**
	dar. Schüler	6.286	x	x	2.369	2.663	905	349
Personen die mindestens eine BuT Leistung hatten [1)]	abs.	**9.014**	280	1.649	2.673	3.032	1.083	297
	%	84,8%	14,8%	82,3%	112,8%	113,9%	79,7%	85,1%
Angemessene Lernförderung §28 Abs.5 SGB II [6)]	abs.	**490**	x	x	62	280	133	15
	% (Schüler)	7,8%	x	x	2,6%	10,5%	14,7%	4,3%
Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf §28 SGB II [5,6)]	abs.	**6.750**	x	62	2.524	3.021	952	191
	% (Schüler)	107,4%	x	x [8]	106,5%	113,4%	105,2%	54,7%
Hort: Mittagsverpflegung nach §28 Abs.6 SGB II [9,10)]	abs.	**612**	x	30	438	142	x	x
	%	5,8%	x	x [8]	18,5%	5,3%	x	x
KiTa: Mittagsverpflegung nach §28 Abs.6 SGB II [3,9,10)]	abs.	**2.347**	255	1.540	540	x	x	x
	%	22,1%	13,5%	76,8%	22,8%	x	x	x
Schule: Mittagsverpflegung nach §28 Abs.6 SGB II [9,10)]	abs.	**1.478**	x	72	473	824	87	12
	%	13,9%	x	x [8]	20,0%	30,9%	6,4%	3,4%
Ausflüge und Klassenfahrten nach §28 Abs.2 SGB II	abs.	**1.813**	x	39	320	947	382	125
	%	17,1%	x	1,9%	13,5%	35,6%	28,1%	35,8%
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben §28 Abs.7 SGB II [3)]	abs.	**996**	21	124	403	368	75	5
	% (> 18) [7)]	9,7%	1,1%	6,2%	17,0%	13,8%	5,5%	x [8]
Mehraufwendungen Schülerbeförderung §28 Abs.4 SGB II [6)]	abs.	**156**	x	x	x	3	84	69
	% (Schüler)	2,5%	x	x	x	0,1%	9,3%	19,8%

x Angabe nicht zutreffend oder nicht sinnvoll
- Zahlenwert gleich 0 oder Berechnung nicht möglich da Division durch 0
1) Jede Person wird über alle Hilfearten nur 1x gezählt.
2) Im Schnitt sind 16% aller Personen dieses Jahrgangs Schüler, daher wurden 16% des Bestandes als Referenzgröße genommen.
3) inkl. der 0-2 jährigen (diese sind je nach Darstellung evtl. wegen geringer Relevanz ausgeblendet)
4) Es werden nur 20% der KiZ Kinder gezählt, da wir von 80% Überschneidung mit Wohngeldbezug ausgehen
5) Die in Anspruch genommenen Leistungen sind die kumulierten Antragsteller des ganzen Jahres - die potentiell Anspruchsberechtigten als Vergleichswert sind im Monat Januar gezählt. So können insbesondere beim automatisiert ausgezahlten Schulbedarf Quoten von über 100% entstehen. Dies bedeutet, dass die Leistung bei nahezu jedem potentiell Anspruchsberechtigten ankommt.
6) Darunter Schüler - Auch die Prozentuierung der Schülerbezogenen Bedarfe wurde auf Schüler bezogen.
7) Die Prozentuierung wurde nur auf Kinder bis unter 18 Jahre bezogen, da nur diese entsprechende Leistungen erhalten können.
8) Fälle die nur knapp in die Altersgruppe gerutscht sind, eine Prozentuierung wäre verzerrend
9) Das Alter der Kinder wird zum 1.8. des Jahres (Beginn Kindergarten- und Schuljahr) berechnet.
10) Kinder die von der KiTa in die Schule oder den Hort übergehen, werden in beiden Mittagessen-Kategorien erfasst.

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Personen, die mindestens eine BuT Leistung erhalten haben, deutlich gestiegen. Während für das Jahr 2011 insgesamt 76 % aller Anspruchsberechtigten eine BuT Leistungen erhielten, waren es im Jahr 2012 bereits 85 %. Nicht nur die Gesamtquote der Inanspruchnahme stieg, sondern es erfolgte auch in jeder der einzelnen Fördermaßnahmen ein prozentualer Anstieg.

Die Ausstattung mit Schulbedarf erfolgte für alle anspruchsberechtigten Schüler, auch die Mittagsverpflegung in Kindertagesstätten, Horten und an Schulen wurde zu 42 % in Anspruch genommen. Wir können davon ausgehen, dass damit nahezu jedes anspruchberechtigte Kind erreicht wurde. Dennoch bemüht sich das Jobcenter auch um eine weitere Verbesserung der Prozesse zur Inanspruchnahme und arbeitet gerade an einer Vereinfachung der Beantragung und Kostenübernahme, die dann in 2013 verändert werden soll.

Besonders erfreulich ist die deutlich angestiegene Nutzung der angemessenen Lernförderung von 2 % in 2011 auf 8 % in 2012. Dennoch sehen wir weiteren Spielraum nach oben, um im kommunalen Netzwerk aus Jugendhilfe, Schule und Jobcenter allen anspruchsberechtigten Kinder, deren Schulerfolg gefährdet ist, diese Förderung zukommen zu lassen. Bundesweit, wie auch kommunal in Wiesbaden, gibt es auch hier Bestrebungen, das Verfahren zu vereinfachen und die Lernförderung früher einsetzen zu lassen.

Zwar werden auch die Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (Sportvereine, Musikunterricht etc.) mit steigender Tendenz genutzt, aber liegen auf einem relativ niedrigen Nutzungsniveau von 10 %.

VII. Integrationen

Im gesamten Jahr 2012 haben **5.401 Integrationen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** stattgefunden und **2.239 Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung**.

Tabelle 12: Integrationen und Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung 2012 und 2011 in Wiesbaden

	2011	2012
Integrationen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Ausbildung oder Selbständigkeit	5.665	5.401
Integrationsquote (Integrationen/durchschnittliche eLB)	26,6%	26,2%
Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung	2.254	2.239
Eintrittsquote (Eintritte/durchschnittliche eLB)	10,6%	10,9%
Durchschnittlicher monatlicher Bestand an eLb	21.239	20.596

Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; eigene Darstellung

Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen in 2012 untergliedern sich folgendermaßen:

- 77 % nahmen eine ungeförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf
- 6 % traten in eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein
- 10 % mündeten in eine duale oder vollqualifizierende Berufsausbildung
- 5 %[23] machten sich selbständig.

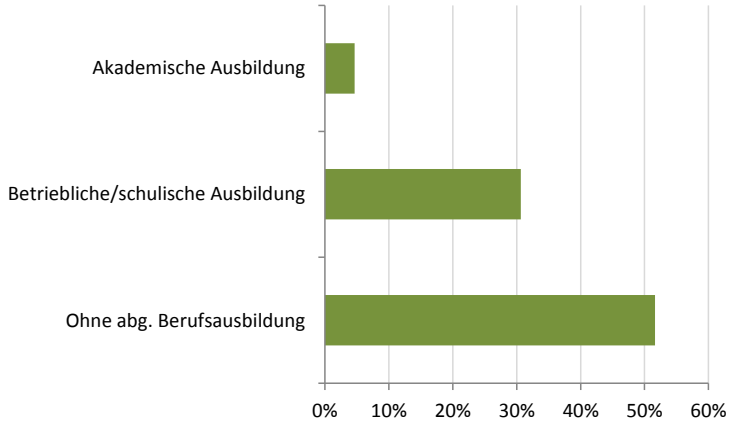
Die in diesem Kapitel ausgewiesenen Integrationszahlen sind die von der BA veröffentlichten Daten, mit einer Wartezeit von 3 Monaten - diese Zahlen sind nicht vergleichbar mit den Zahlen aus vorangegangenen Berichten, da hier eine Umstellung auf die offiziellen Zahlen der BA erfolgt, während zuvor stets die Integrationen aus dem System (OPEN/Prosoz) des kommunalen Jobcenters, ohne Wartezeit, ausgewertet wurden. Für die Umstellung auf die Daten der BA gibt es mehrere Gründe. Die zwei wichtigsten sind, dass die BA durch ihr Erhebungs- und Wartezeitkonzept auch Integrationen abbildet, die dem Jobcenter in dem betreffenden Monat (noch) nicht gemeldet waren und nun die Daten über alle Grundsicherungsstellen vergleichbar sind.

Etwas mehr Männer als Frauen fanden damit Zugang in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt (57 %) und die Mehrheit der Integrierten war zwischen 25 und 50 Jahre alt (68 %; nur 13 % waren 50 Jahre und älter).

[23] Die fehlenden 2 % können aufgrund zu kleiner monatlicher Werte nicht eindeutig zugewiesen werden.

Das Bildungsniveau der Integrierten ist um einiges höher als in der Grundgesamtheit aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, denn es befinden sich unter ihnen nur 30 % ohne Schulabschluss und nur knapp über die Hälfte verfügen über keinen Berufsabschluss.

Abbildung 16: Berufliche Qualifikation der in 2012 Integrierten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Wiesbaden



Anmerkung: 13 % haben keine Angabe zur Berufsausbildung gemacht

Quelle: BA: Sonderauswertung der Grundsicherungsstatistik; eigene Berechnungen und Darstellung

Diese 5401 Integrationen entsprechen einer Integrationsquote von 26,2 %. Dabei werden die erreichten Integrationen in das Verhältnis gesetzt zu der durchschnittlichen Anzahl erwerbsfähiger Leistungsberechtigter im Jahr 2012. Mit dieser Quote steht Wiesbaden im Vergleich der Rhein-Main-Städte an der Spitze.

Tabelle 13: Integrationsquote von fünf Städten in der Rhein-Main-Region im Jahr 2012

Zeitraum	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
Januar bis Dezember 2012	26,2 %	23,8 %	23,9 %	24,2 %	24,5 %

Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; eigene Darstellung

Wie die zuvor beschriebenen Merkmale der Integrierten zeigen, haben verschiedene Personengruppen auch eine unterschiedliche Wahrscheinlichkeit, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Zusammengefasst kann man die Tendenzen benennen:

- Männer sind unter den Integrierten leicht überrepräsentiert, obgleich sie in der Grundgesamtheit aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Minderheit sind.

- Während die über 50-Jährigen 23 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ausmachen, sind sie nur zu 13 % unter den Integrierten zu finden und damit ist ihre Chance deutlich unterdurchschnittlich, eine Arbeit aufzunehmen.
- Je höher die schulische und berufliche Qualifikation, desto wahrscheinlicher ist auch die Integration.
- Alleinerziehende haben eine etwas schlechtere Chance, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Gerade die Alleinerziehenden sind eine Gruppe, der besondere Aufmerksamkeit im Integrationsprozess geschenkt wird, denn Ziel des kommunalen Jobcenters ist es, die Integrationsquote der Alleinerziehenden der allgemeinen Integrationsquote in Wiesbaden anzugleichen. Denn durch die besonders schwierige Lage, Erwerbstätigkeit und alleinige Kinderbetreuung zu bewerkstelligen, bedarf es natürlich spezifischer Angebote und Hilfestellungen (zielgruppenspezifisch konzipiert, Teilzeit-Angebote etc.). Ermutigend sind in diesem Kontext die Ergebnisse empirischer Studien zu den Integrationseffekten von bestimmten Maßnahmen: Die Förderung der beruflichen Weiterbildung hat die stärkste Beschäftigungswirkung, bei Müttern allgemein, aber in besonderem Maße bei alleinerziehenden Müttern. Vermutlich profitieren gerade sie von einer Erneuerung der beruflichen Kenntnisse, da sie eine längere Erwerbsunterbrechung hatten.[24]
Wie die Integrationsquote der Alleinerziehenden wiederum im Rhein-Main-Vergleich aber auch im Zeitverlauf zeigt, ist die Umsetzung eines besonderen Fokus auf Alleinerziehende im letzten Jahr in Wiesbaden gut gelungen.

Tabelle 14: Integrationsquote der Alleinerziehenden in fünf Städten in der Rhein-Main-Region

Zeitraum	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
Februar 2010 bis Januar 2011	16,0 %	17,6 %	20,8 %	17,1 %	20,2 %
Januar 2011 bis Dezember 2011	20,0 %	18,0 %	20,5 %	20,3 %	18,2 %
Januar 2012 bis Dezember 2012	22,1 %	20,1 %	18,8 %	19,5 %	17,2 %

Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; eigene Darstellung

[24] Vgl. Zabel (2012): Alleinerziehende profitieren am meisten von Weiterbildung, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 12, S. 6f.

Es ist neben der Integrationsquote auch interessant zu wissen, wie viele der Integrierten durch die Aufnahme der Erwerbstätigkeit den Ausstieg aus dem SGB II schaffen und erst einmal nicht mehr auf zusätzliche Leistungen angewiesen sind.
Dazu weist die BA aus, wie viele der Integrierten im Folgemonat noch als eLb im Bestand einer Bedarfsgemeinschaft registriert sind; als Beispiel: Wenn die Integration in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zwischen August und September 2012 erfolgte, wird im Oktober geschaut, ob derjenige noch als eLb in einer Bedarfsgemeinschaft im SGB II gezählt wird.
Nach dieser Methode kann man für das gesamte Jahr 2012 sagen, dass durchschnittlich 31 % aller Integrationen zu einem Ausstieg aus SGB II geführt haben.
Das „nur" ein Drittel aller Integrationen auch zum Ausstieg aus dem SGB II-Leistungsbezug führt, liegt an mehreren Gründen:

- Niedrige Qualifikationen - oft liegt keine abgeschlossene Ausbildung vor – sind insbesondere im Dienstleistungsbereich mit niedrigen Löhnen verbunden.
- Das hohe Mietpreisniveau in Wiesbaden erschwert die Überwindung der Hilfebedürftigkeit.
- Größere Bedarfsgemeinschaften haben einen Existenzsicherungsbedarf, der durch das vorliegende Einkommen nicht gedeckt werden kann.

Die schon in diesem Bericht behandelte Problematik, ein existenzsicherndes Einkommen überhaupt zu erwirtschaften, zeigt sich nochmals in den Branchen, in die die Integrationen erfolgt sind.

Tabelle 15: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2012

78.2 Befristete Überlassung von Arbeitskräften und 78.3 Sonstige Überlassung von Arbeitskräften
56.1 Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.
81.2 Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln
96.0 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen
82.9 Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
47.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
87.3 Altenheime; Alten- und Behindertenwohnheime
47.2 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)
88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)
56.2 Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Wie auch schon die Jahre zuvor ist die Zeit- und die Leiharbeit der wichtigste Aufnahmemarkt für SGB II-Leistungsberechtigte. Danach folgen die Gastronomie und das Reinigungsgewerbe. Mit etwas Abstand gehören dann noch diverse Dienstleistungssektoren,

insbesondere der Einzelhandel, und soziale Berufe zu den Branchen, in die im Jahr 2012 die Integrationen erfolgt sind. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es kaum Bewegung innerhalb dieser Branchen: Acht der hier aufgeführten Branchen waren auch schon unter den häufigsten zehn in 2011. 2012 nicht mehr dabei sind Post- Kurier- und Expressdienste sowie Bau von Gebäuden; dafür sind nun die Branchen Sonstiges Sozialwesen und Caterer/Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen mit in die Liste gekommen. Auch die Reihenfolge ist fast identisch; nur der Einzelhandel ist hinter die Erbringung sonstiger Dienstleistungen gerutscht und Altenheime sind in ihrer Aufnahmefähigkeit gestiegen.
Diese Branchen sind gekennzeichnet durch relativ viele Tätigkeiten für Geringqualifizierte, aber auch durch niedrige Löhne. Gerade die Zeit- und Leiharbeit ist ein wichtiger Sektor, um Geringqualifizierten auf dem Wiesbadener Arbeitsmarkt, der eine sehr geringe Nachfrage nach ungelernten Kräften hat, eine Brücke zur Industrie und zum Arbeitgeber Flughafen zu schlagen.
Auch in der Liste der zehn häufigsten Branchen für Eintritte in geringfügige Beschäftigungen finden sich kaum Überraschungen; es sind fast identisch die Branchen zu finden wie auch bei den sozialversicherungspflichtigen Integrationen – allerdings in anderer Reihenfolge.

Tabelle 16: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung im Jahr 2012

56.1 Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.
96.0 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen
81.2 Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln
82.9 Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
47.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
47.2 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)
78.2 Befristete Überlassung von Arbeitskräften
56.2 Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen
97.0 Private Haushalte mit Hauspersonal
88.9 Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Durch die Parallelität der Branchen liegt die Vermutung nahe, dass die geringfügigen Beschäftigungen nicht grundsätzlich als Brücke in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einzuschätzen sind, sondern sie scheinen ein etabliertes Arbeitsmarktsegment zu sein, das den Betrieben ermöglicht, einen Teil der Beschäftigten auf Dauer flexibel und niederschwellig einzustellen.

Eine sehr positive Entwicklung ist, dass seit 2012 auch die Nachhaltigkeit der Integrationen durch die BA festgestellt wird: Indem geprüft wird, inwiefern sich eine integrierte Person genau ein Jahr später noch in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung befindet. Wiesbaden weist hier im Rhein-Main-Vergleich wieder einen sehr guten Wert aus: Zwei Drittel aller Integrationen sind nachhaltig.

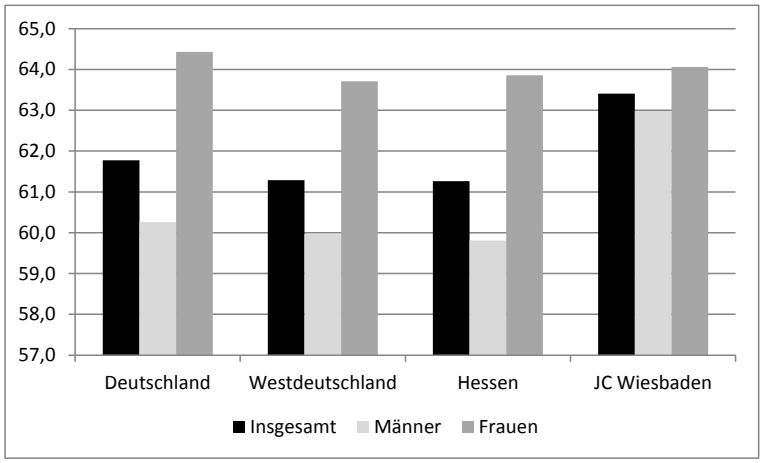
Tabelle 17: Anteil der Integrationen, die zwischen September 2010 und September 2011 registriert wurden, die ein Jahr später noch in einer sv-pflichtigen Beschäftigung sind

Zeitraum	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
September 2011 bis September 2012	63,4 %	63,1 %	59,8 %	60,8 %	58,0 %

Quelle: BA: Kennzahlentool; t-6; eigene Darstellung

Auch wenn man den Vergleich etwas weiter fasst, und sich Wiesbadens Nachhaltigkeit im Vergleich zu Hessen und Deutschland anschaut, weist Wiesbaden einen sehr guten Wert auf. Insbesondere fällt auf, dass während in (West)Deutschland und Hessen ein deutlicher Unterschied zwischen Männern und Frauen (ein sogenannter „Gendergap“) hinsichtlich der Integrationen und auch ihrer Nachhaltigkeit zu verzeichnen ist, ist dieser Unterschied in Wiesbaden um ein Vielfaches geringer: Zwar weisen auch in Wiesbaden die Männer eine geringere Nachhaltigkeitsquote als die Frauen auf, aber die Differenz beträgt nur 1 %, während sie für Deutschland, Westdeutschland und Hessen um die 4 % liegt.

Abbildung 17: Quote der nachhaltigen Integrationen seit Jahresbeginn für September 2012 in Wiesbaden nach Geschlecht



Anmerkungen: Werte für Deutschland, Westdeutschland und Hessen beinhalten unvollständige, unplausible oder imputierte Grunddaten laut BA Kennzahlentool.

Quelle: BA: Kennzahlentool; Darstellung durch das Hessische Sozialministerium

Zum Schluss sollen sich nun noch detaillierter die Integrationen in eine berufliche oder vollschulische Ausbildung angeschaut werden, um den Übergang in den Ausbildungsmarkt gesondert zu betrachten. Dies geschieht nun in Ergänzung zu den BA Zahlen mit den Daten des kommunalen Jobcenters, die von der Datengrundlage her etwas abweichen, aber für die Ausbildungen einen Zeitreihenvergleich aus den vorherigen Berichten ermöglichen und zudem in der Weise nicht über die BA verfügbar sind.

Tabelle 18: Integrationen in berufliche oder vollschulische Ausbildung in den vergangenen drei Ausbildungsjahren in Wiesbaden

Form der Ausbildung	Ausbildungsjahr 2009/10	Ausbildungsjahr 2010/11	Ausbildungsjahr 2011/12
Betriebliche Ausbildung	250	338	263
Schulische Ausbildung oder Studium	74	66	73
Kooperative BaE-Ausbildung	72	68	81
Integrative BaE-Ausbildung	76	75	78
Betriebliche trägerunterstützte Teilzeitausbildung	4	10	8
Übergänge in den Ausbildungsmarkt insgesamt	**476**	**557**	**503**

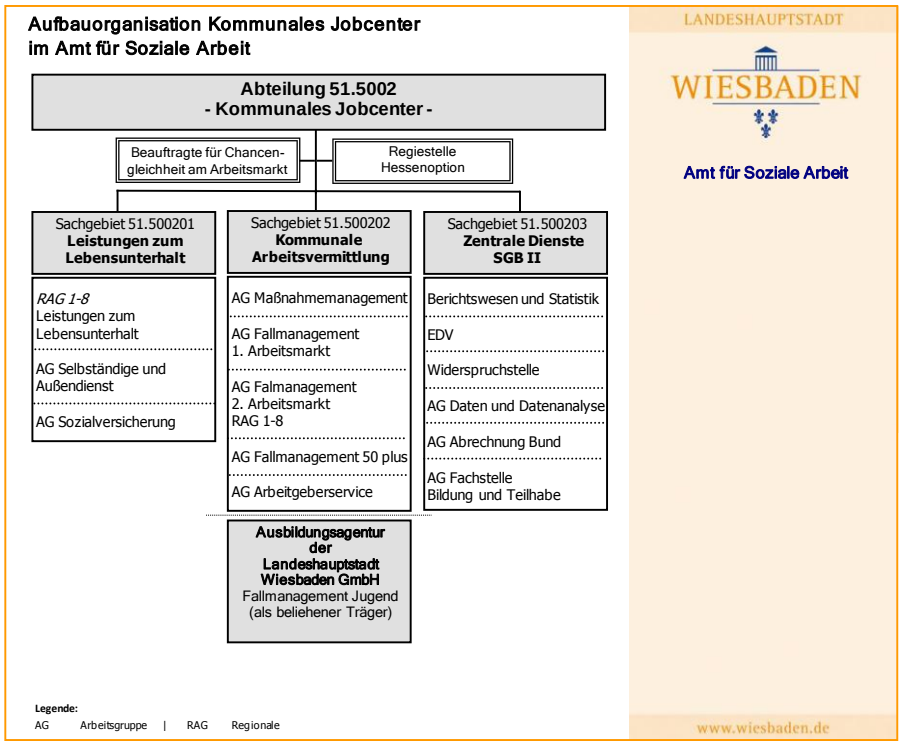
Quelle: Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden; Amt für Soziale Arbeit; Geschäftsstatistik

Während vom Ausbildungsjahr 2009/10 zu 2010/11 die absoluten Integrationen in Ausbildungen gesteigert werden konnten, sind sie im Verlauf von 2011 bis 2012 rückläufig (von 557 Integrationen auf 503). Dieser Rückgang betrifft ausschließlich die betriebliche Ausbildung und die betriebliche, trägerunterstützte Teilzeitausbildung, da in allen anderen Formen der Ausbildung die Auszubildendenzahlen gestiegen sind. Zeitgleich ist aber auch der Anteil der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unter 25 Jahren ohne Berufsausbildung gestiegen, die als potenzielle Zielgruppe für eine Ausbildung in Frage kommen.

VIII. Organisation und Leistungsprozessgestaltung des SGB II im kommunalen Jobcenter

Das kommunale Jobcenter ist gemäß § 6a Abs. 6 SGB II als Abteilung „Jobcenter“ in die Struktur des Amtes für Soziale Arbeit eingebunden. Das Amt für Soziale Arbeit umfasst neben dem SGB II die Aufgaben des Jugend- und Sozialamtes. Die Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden GmbH wurde mit dem Fallmanagement und der Ausbildungsvermittlung für unter 25-Jährige, die über keine Berufsausbildung verfügen, gemäß § 11b des Hessischen Offensiv-Gesetzes beliehen.

Abbildung 18: Aufbauorganisation des SGB II im kommunalen Jobcenter

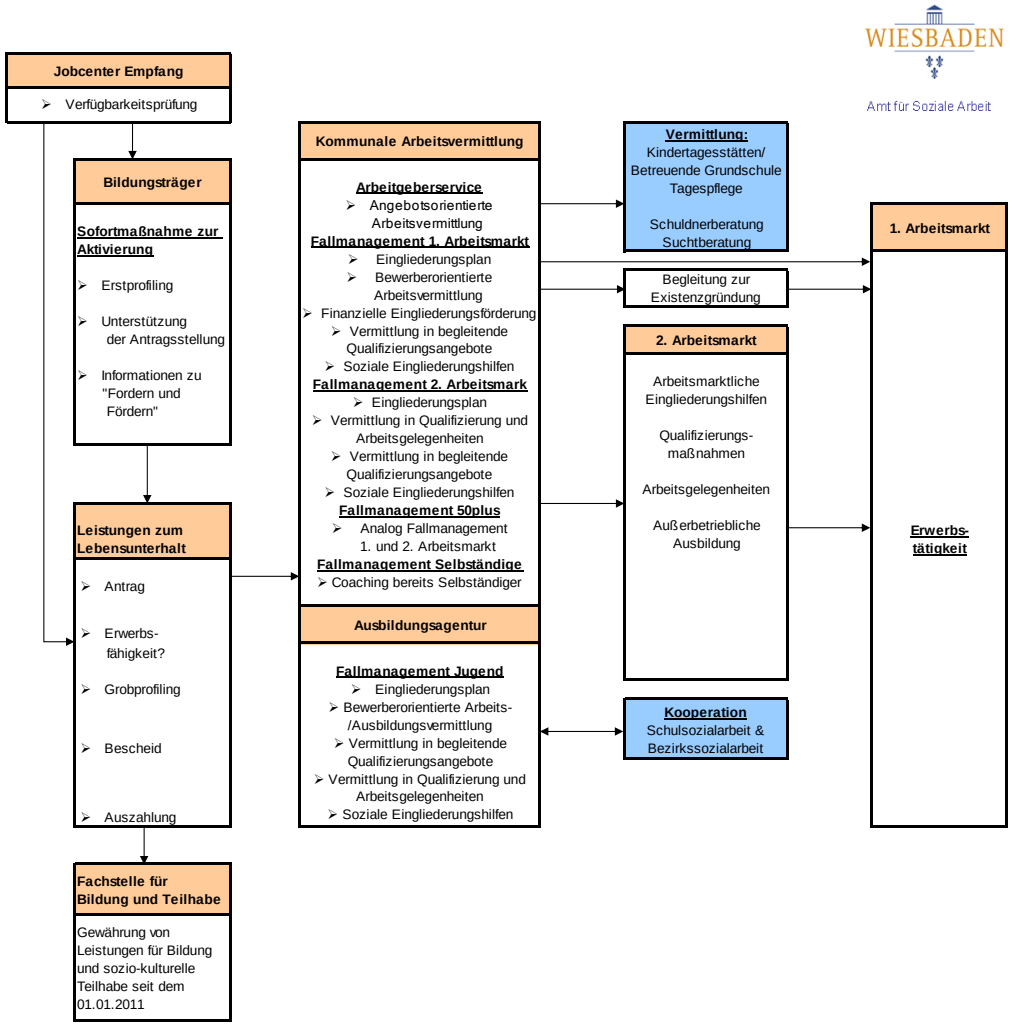


Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

Es erfolgt in Wiesbaden eine dreifache Spezialisierung: nach Leistungsgewährung und Fallmanagement, nach Wohnregionen und nach Zielgruppen.

Zentrales Element des **Leistungsprozesses** ist eine Kategorisierung der erwerbsfähigen Hilfesuchenden entlang der zielorientierten Eingliederungsstrategien.

Abbildung 19: Leistungsprozesse (mit Modell „Sofortmaßnahme“ *) zum SGB II in Wiesbaden



*Die Sofortmaßnahme gibt es 2012 in zwei von vier Standorten; in den zwei anderen Standorten erfolgt der Zugang über die Leistungssachbearbeitung (derselbe Ablauf ohne Kästchen „Bildungsträger“).
Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat für die Umsetzung der im SGB II gestellten Aufgabe der Integration in Erwerbsarbeit und den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit zielbezogene Unterstützungs- und Eingliederungsstrategien entwickelt.

Eingliederungsstrategien für 25-Jährige und ältere Arbeitsuchende

Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die älter als 25 Jahre sind (bzw. unter 25-jährig aber mit abgeschlossener Berufsausbildung[25]), werden zunächst von der Leistungssachbearbeitung im Rahmen der Antragsprüfung mittels eines so genannten Grobprofilings und später von den Fachkräften des Fallmanagements hinsichtlich einer zielorientierten Eingliederungsstrategien aufgeteilt. Diese zielorientierte Strategietypisierung ist das zentrale Instrument der Klientensteuerung - sie umfasst

- die Klärung der Zuständigkeit (persönliche/r Ansprechpartner/in) für eine Kundin/ einen Kunden (LS oder FM),
- die Festlegung von zeitlich begrenzten ziel- und kundenorientierten Eingliederungsstrategien,
- die Bereitstellung von passgenauen Eingliederungsleistungen für unterschiedliche Strategietypen.

In der zielorientierten Strategietypisierung wird zwischen acht unterschiedlichen Strategietypen unterschieden, welche sich wiederum zu drei Zielbereichen zuordnen lassen.

Abbildung 20: Zielorientierte Eingliederungsstrategien für über 25-Jährige in Wiesbaden

Leitziel
Integration in Erwerbstätigkeit
Unabhängigkeit von Transferleistungen

Zielbereich	Strategietyp	Zielbeschreibung
1. Arbeitsmarkt	A	Ausweitung des Erwerbseinkommens aus sozialversicherungspflichtiger oder selbständiger Tätigkeit
	B	Direkte Arbeitsmarktintegration (sozialversicherungspflichtig oder selbständig) mit und ohne speziellen Förderungsangeboten
2. Arbeitsmarkt	C	Arbeitsmarktintegration mittelfristig angestrebt - Ausweitung beruflicher Qualifikationen sowie berufliche (Neu-) Orientierung, Aufbau und Erhalt der Nähe zum 1. AM
	D	Arbeitsmarktintegration längerfristig angestrebt - zunächst Arbeitserprobung und -gewöhnung, soziale Stabilisierung, Ausweitung der Beschäftigungs- und/ oder Qualifizierungsfähigkeit
	E	Diagnose von Ressourcen und Ziel- bzw. Strategieermittlung
Materielle Grundsicherung	X	Vorübergehende materielle Grundsicherung - temporär keine Arbeitsmarktintegration oder Ausweitung von Erwerbseinkommen möglich
	Y	Längerfristig materielle Grundsicherung - Längerfristig keine Arbeitsmarktintegration oder Ausweitung von Erwerbseinkommen möglich
	Z	Einmündung in das Fallmanagement

Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

[25] Aus Gründen der Vereinfachung wird im Folgenden von den „25-Jährigen und Älteren“ gesprochen, die über 98 % der Zielgruppe stellen.

Die Festlegung einer Strategie für einen Klienten verfolgt einen ressourcen- und vor allem zielorientierten Ansatz im Hinblick auf die Leitziele „Integration in nachhaltige Erwerbstätigkeit“ sowie „Unabhängigkeit von Transferleistungen“.
Ausgehend vom Tiefenprofiling trifft das Fallmanagement im Dialog mit dem Klienten die Entscheidung ob bzw. welche Ressourcen gestärkt werden sollen. Ist die Ausweitung unterschiedlicher Ressourcen notwendig, so werden diese priorisiert. Anhand dieser Priorisierung werden die vorrangige Strategie (Strategietyp), sowie das vorrangige Etappenziel ausgewählt. Es wird somit hervorgehoben, dass die Auswahl einer Strategie die ganzheitliche Betrachtung des Klienten voraussetzt. Auch Merkmale wie geringfügige oder gar sozialversicherungspflichtige Beschäftigung müssen daher nicht zwangsläufig die Strategiewahl maßgeblich beeinflussen.
Die Auswahl eines Strategietyps stellt immer eine Momentaufnahme dar. Sie ist daher im Laufe des Beratungsprozesses ständig zu hinterfragen und an die aktuellen Entwicklungen der Klienten anzupassen.

Eingliederungsstrategien für unter 25-Jährige ohne Berufsausbildung

Alle unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb), die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, werden umgehend nach der Leistungsbewilligung von der Leistungssachbearbeitung zur Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden GmbH als beliehener Träger des Fallmanagements für unter 25-Jährige ohne abgeschlossene Berufsausbildung zugewiesen. Ein gesondertes Verfahren gibt es für Schüler/Schülerinnen an allgemein bildenden Schulen bzw. Berufsfachschulen und Erziehungsleistende mit Kindern unter 3 Jahren ohne Erwerbswunsch: Schüler/Schülerinnen in Abschlussklassen werden spätestens 10 Monate vor dem geplanten Schulabschluss und Erziehungsleistende zu dem Zeitpunkt, an dem das jüngste Kind das 2. Lebensjahr vollendet, durch die Leistungssachbearbeitung zur Beratung an die Ausbildungsagentur verwiesen. Auch durch eine intensive Kooperation mit der Schulsozialarbeit, die das Amt für Soziale Arbeit an fast allen Wiesbadener Haupt- und Gesamtschulen eingerichtet hat, ist eine frühzeitige und engmaschige berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler in den Abgangsjahrgängen sichergestellt.

Die Eingliederungsstrategie der Stadt Wiesbaden für unter 25-Jährige zielt darauf, möglichst viele junge Menschen zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu führen. Die Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden arbeitet hierzu mit unterschiedlichen **zielorientierten Eingliederungsstrategien**, je nach Zielgruppe:

Tabelle 19: Strategietypisierung für die unter 25-Jährigen Leistungsberechtigten ohne Berufsausbildung in Wiesbaden

Ziel	A	B	C	D	E	S
aktuelle Zielbe-schreibung	Integration in **Ausbildung**	Integration in **Beschäftigung**	**Vorbereitung auf die Integration** in Ausbildung oder Beschäftigung	**Aktivierung**	**Diagnose**	**Schüler** weiterführender Schule
Zielgruppe	Kunden, die im laufenden Ausbildungsjahr für die Aufnahme einer Ausbildung vorgesehen sind	Kunden, die aktuell für die Aufnahme einer Beschäftigung vorgesehen sind	Kunden, die mittels versch. Maßnahmen auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung vorbereitet werden	Kunden, die bisher mit Angeboten des Fallmanagements nicht erreicht werden konnten und für die es aktuell keine zielführende Planung gibt	Kunden, bei denen noch keine eindeutige Strategie vorliegt, die Ressourcen unklar sind bzw. das Profiling noch nicht abgeschlossen ist	Schüler, die einen weiteren Schulbesuch anstreben und bei denen diese Planung durch das Fallmanagement unterstützt und überwacht wird
Typische Eingliederungs-leistungen	• AGS • BVB • BaE • Bewerbungs-training • Betriebliche Praktika • …	• Drittvermittlung • Job plus • Bewerbungs-training • Betriebliche Praktika • …	• Niederschwellige Angebote • AGH • BvB • FbW • Betriebliche Praktika • …	• Blitzstart • Trainingszentrum • …	• AGH • Betriebliche Praktika • Trainingszentrum • …	• keine
Zeitlicher Rahmen	-	-	-	-	• bis zu 6 Monate	-

Anmerkung: Strategietypen X und Z sind analog der Zielstrategietypisierung für die über 25-Jährigen

Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

IX. Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende gibt es den Bund und die Kommune als Kostenträger. Folgend werden die Ausgaben für das Jahr 2012 untergliedert dargestellt:

Der **Bund** trägt

- die Ausgaben für das Arbeitslosen- und Sozialgeld einschließlich der Mehrbedarfe,
- die Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken- und Pflegeversicherung) soweit sie nicht von Dritten (z. B. Arbeitgebern) erbracht werden,
- 26,4 % der Kosten der Unterkunft[26],
- den entstehenden Verwaltungsaufwand für die Leistungsgewährung und Aktivierung der Leistungsberechtigten, allerdings ohne den Verwaltungsaufwand zur Ermittlung und Zahlbarmachung der Kosten der Unterkunft sowie zur Erbringung der kommunalen Leistungen (Eingliederungsleistungen nach § 16a und Bildung und Teilhabe § 28 und 29 SGB II), sowie
- die Teilnahmekosten für Eingliederungsleistungen von Arbeitsuchenden.

Die **Kommune** trägt

- 73,6 % der Kosten der Unterkunft,
- Einmalige Leistungen nach § 24 Abs. 3 SGB II (Erstausstattung für Wohnung einschl. Haushaltsgeräten, Erstausstattung für Bekleidung bei Schwangerschaft und Anschaffung bzw. Reparaturen von orthopädischen Schuhen oder die Reparatur sowie die Miete von therapeutischen Geräten),
- Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II (Aufwendungen für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder, die Pflege von Angehörigen, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung, die für die Eingliederung in das Erwerbsleben erforderlich sind)
- Aufwendungen für Bildung und Teilhabe und
- den Verwaltungsaufwand für die kommunalen Leistungen. Seit April 2011 betragen sie aufgrund der Einführung des kommunalen Bildungs- und Teilhabepaket 15,2 % des Verwaltungsaufwandes des KJC.

Insgesamt beliefen sich die Ausgaben zum SGB II im Jahr 2012 auf 209,4 Mio. €, während sie in 2011 209 Mio. € betrugen (Tabelle 20). Gegenüber 2010 sind die Aufwendungen im SGB II um 8,6 Mio. € gesunken. Dieser insgesamt leichte Anstieg in den Ausgaben des SGB II ist auf eine leichte Steigerung bei den Ausgaben der Bundesmittel zurückzuführen, denn es ist in jedem der dort aufgeführten Teilbereiche etwas mehr als in 2011 ausgegeben worden. Die kommunalen Ausgaben sind etwas niedriger als in 2011; jedoch haben sich innerhalb der

[26] Der Anteil des Bundes an den KdU-Leistungen wird jährlich neu festgelegt. Seit Januar 2012 beträgt er für Hessen 26,4 %.

Ausgabenarten die Anteile deutlich verschoben. Zudem hat die unterschiedliche Gewichtung innerhalb der Anteilsübernahme bei der KdU diese Entwicklung beeinflusst: Während in 2011 nur 24,5 % der KdU durch den Bund übernommen wurden, erhöhte sich dieser Anteil in 2012 auf 26,4 %. Und analog sanken die Anteile an der KdU, die die Kommune zu tragen hat. So sind die kommunalen Ausgaben bei den Kosten der Unterkunft nennenswert gesunken (- 2,7 Mio. €).

Im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes sind in 2012 insgesamt Leistungen in Höhe von 2,2 Mio. € für SGB II-Berechtigte abgerechnet worden, so dass die Ausgaben hier um 1 Mio. € gestiegen sind.

Tabelle 20: Ist-Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende 2012 und 2011 in Wiesbaden

Stadt Wiesbaden	**Ist-Ausgaben 2011**		**Ist-Ausgaben 2012**
Lfd. Kosten der Unterkunft und Heizung	61.360.418,29 €		58.688.823,96 €
Leistungen für Mietschulden (Darlehen)	1.308.477,91 €		1.263.487,33 €
Einmalige Leistungen nach § 24 Abs. 3 SGB II	1.386.056,60 €	[r]	1.352.294,17 €
Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a (2)	1.016.891,69 €		1.118.443,44 €
Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 28 (BuT)-neu (2a)	1.181.481,44 €		2.152.268,45 €
Kommunaler Anteil Verwaltungskosten (2b)	2.964.716,39 €		3.246.903,51 €
Summe Ausgaben Wiesbaden	**69.218.042,32 €**		**67.822.220,86 €**
Summe Ausgaben Wiesbaden (ohne BuT)	**68.036.560,88 €**		**65.669.952,41 €**
Bund	**Ist-Ausgaben 2011**		**Ist-Ausgaben 2012**
Leistungen zum Lebensunterhalt (3)	60.837.516,34 €		61.633.822,18 €
Beitrag zur Krankenversucherung	18.527.620,23 €		19.546.161,06 €
Beiträge zur Rentenversicherung (3a)	119.812,66 €		214.590,72 €
Beiträge zur Pflegeversicherung	2.565.312,31 €		2.696.303,59 €
Lfd. Kosten der Unterkunft und Heizung (4)	19.911.658,92 €		21.051.461,86 €
Eingliederungsleistungen	17.874.007,04 €		16.165.537,90 €
Beschäftigungspakt Perspektiven 50plus (5)	2.528.312,05 €		2.124.560,71 €
Verwaltungskosten	17.418.847,92 €		18.114.303,80 €
Verwaltungskosten BuT	-		*755.375,83 €*
Summe Ausgaben Bund	**139.783.087,47 €**		**141.546.741,82 €**
Summe Ausgaben Bund (ohne Projekt 50plus)	**137.254.775,42 €**		**139.422.181,11 €**
Ausgaben SGB II insgesamt	**209.001.129,79 €**		**209.368.962,68 €**
Ausgaben SGB II insgesamt (ohne Projekt 50plus)	**206.472.817,74 €**		**207.244.401,97 €**

[r] = nachhträglich revidierter Wert

(1) Komm. Anteil an den Kosten der Unterkunft 2012: 73,6%

(2) teilweise Refinanzierung über Landesprogramm Arbeitsmarktbudget

(2a) nur Ausgaben für SGB II-Empfänger, ohne Gegenfinanzierung nach § 46 SGB II

(2b) Der komm. Anteil an den Verwaltungskosten betrug für das Jahr 2012: 15,2%

(3) Regelleistung, Mehrbedarfe und sonst. gesetzl. Leistungen gem. SGB II

(3a) Seit Januar 2011 sind die SGB II-Empfänger nicht mehr rentenversichert.
Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich um Nachzahlungen infolge v. Nachberechnungen

(4) Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2012: 26,4%

(5) Summe Ausgaben Bundesprogramm Perspektive 50plus

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Abrechnung Bund, Finanzbuchhaltung SAP, Jahresabrechnung 2011 und 2012

Durch den verminderten Eingliederungstitel, der im Jahr 2012 um 11 % gesunken ist, beliefen sich die Ausgaben für **Eingliederungsleistungen** (ohne Leistungen nach § 16 a SGB II und Bundesprogramm Perspektive 50plus) in 2012 auf 16,1 Mio. € und sind damit um 2,2 Mio. € geringer als im Vorjahr.

Wie sich die Ausgaben auf die einzelnen Maßnahmenarten verteilen, zeigt Tabelle 21:

Tabelle 21: Ausgaben für Eingliederungsleistungen nach Maßnahmearten in 2012 und 2011 in Wiesbaden

Kostenartbezeichnung	Kostenart	IST-Ausgaben/Einnahmen 2011	IST-Ausgaben/Einnahmen 2012
Arbeitsgelegenheiten	784781, 784913	**4.823.472,20 €**	**4.447.684,49 €**
Ausbildungsmaßnahmen	784779, 784790	**3.926.002,96 €**	**2.984.196,44 €**
Eingliederungszuschüsse	784774	**3.187.942,53 €**	**2.113.131,60 €**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	784776, 784785	**1.937.831,17 €**	**1.908.367,88 €**
Vermittlung Dritte/inkl. Bewerbungsz. SGB II	784775, 784795	**1.074.955,09 €**	**1.314.079,43 €**
Niederschwellige Angebote i.R. §16 (2)	784903	**1.031.342,08 €**	**1.482.688,00 €**
Beschäftigungszuschuss § 16e	784784, 784940	**606.977,80 €**	**506.785,80 €**
Kostenübern. Mobilitätshilfen	784909	**312.363,30 €**	**358.705,98 €**
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 SGB III	784793,784794, 784796, 784777	**557.460,99 €**	**352.126,02 €**
Rehablitationsmaßnahmen	784907, 784912	**181.233,87 €**	**186.717,57 €**
Darl. f. Leist. gem. § 16f	784788	**120.732,04 €**	**57.403,42 €**
Bewerbungstraining § 16 (2)	784904	**103.854,25 €**	**79.239,17 €**
Darl. Existenzgründung §16c	784789	**89.891,60 €**	**46.271,49 €**
Einstiegsgeld § 29	784782	**77.743,65 €**	**49.692,73 €**
Freie Förderung §16f	784797, 784919	**77.494,31 €**	**41.294,36 €**
Existenzgründung gem § 16 (2)	784901	**72.292,13 €**	**53.300,88 €**
Ausbildungsbegleitende Hilfen	784911	**44.797,09 €**	**17.109,91 €**
Eingelöste Vermittlungsgutscheine	784902	**36.000,00 €**	**38.000,00 €**
Bewerbungskosten	784778	**19.465,65 €**	**41.660,10 €**
Altersteilzeit	784906	**5.729,24 €**	**- €**
Sonstiges	784915	**352,60 €**	**- €**
	Ausgaben	**18.287.934,55 €**	**16.078.455,27 €**
Rückzahlung von Eingliederungsleistungen	507213	**7.130,85 €**	**8.786,02 €**
Rückzahlung von Darlehen § 16 SGB II	507253	**27.366,46 €**	**22.852,50 €**
Erstattung aus Landesprogrammen	507821	**378.725,00 €**	**22.500,00 €**
	Einnahmen	**413.222,31 €**	**54.138,52 €**
	Ausg-Einn	**17.874.712,24 €**	**16.024.316,75 €**

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Abrechnung Bund, Finanzbuchhaltung SAP, Jahresabrechnung 2011 (Stand: 12.3.2012) und 2012 (Stand: 7.2.2013); Eingliederungsleistungen zusammengefasst

X. Geschäftsstatistik: Grundsicherung für Arbeitsuchende Wiesbaden in Zahlen 2012

In diesem Kapitel wird nun die Geschäftsstatistik des kommunalen Jobcenters Wiesbaden aufgeführt. Diese besteht aus Daten, die aus OPEN zu einem aktuellen Zeitpunkt (t-0) gezogen und verarbeitet werden. Die Daten unterschieden sich geringfügig zu den Daten der BA – dies liegt an den unterschiedlichen Bezugszeiträumen:

Als SGB II-Leistungsberechtigte gelten hier alle Personen/Bedarfsgemeinschaften, die an mindestens einem Tag im Berichtsmonat Anspruch auf Arbeitslosen- oder Sozialgeld hatten. Die Daten werden in der 1. Woche des Folgemonats aus OPEN ausgewertet. Die amtliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit hingegen ermittelt einen sogenannten Stichtagsbestand, meist zum 15. des Monats; diese Daten werden aber dann erst mit einem Zeitverzug von drei Monaten als endgültige Daten (sogenannte t-3-Daten) veröffentlicht.

Übersicht 1: SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Bedarfsgemeinschaften		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
Bedarfsgemeinschaften	abs.	14.782	14.834	14.901	14.791	14.799	14.836	14.861	14.772	14.699	14.610	14.551	14.564
Mitglieder pro Bedarfsgemeinschaft	Personen	2,00	2,00	1,99	1,99	2,00	1,99	2,00	2,00	1,99	1,98	1,98	1,98

Übersicht 2: Struktur der Bedarfsgemeinschaften

		Jan 12	Feb 12	(*2 Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
Bedarfsgemeinschaften insg.	**abs.**	**14.782**	**14.834**	**14.901**	**14.791**	**14.799**	**14.836**	**14.861**	**14.772**	**14.699**	**14.610**	**14.551**	**14.564**
	in %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder	**abs.**	**8.895**	**8.960**	**9.047**	**8.972**	**8.961**	**9.009**	**8.994**	**8.913**	**8.914**	**8.853**	**8.802**	**8.820**
	in %	60,2	60,4	60,7	60,7	60,6	60,7	60,5	60,3	60,6	60,6	60,5	60,6
darunter Alleinstehende Erwachsene	abs.	7.491	7.550	7.621	7.558	7.583	7.576	7.590	7.502	7.505	7.462	7.438	7.458
	in %	50,7	50,9	51,1	51,1	51,2	51,1	51,1	50,8	51,1	51,1	51,1	51,2
Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	**abs.**	**5.802**	**5.793**	**5.767**	**5.725**	**5.739**	**5.737**	**5.780**	**5.774**	**5.697**	**5.661**	**5.653**	**5.646**
	in %	39,3	39,1	38,7	38,7	38,8	38,7	38,9	39,1	38,8	38,7	38,8	38,8
darunter Alleinerziehende	abs.	3.054	3.052	3.281	3.260	3.259	3.274	3.285	3.304	3.271	3.249	3.243	3.249
	in %	20,7	20,6	22,0	22,0	22,0	22,1	22,1	22,4	22,3	22,2	22,3	22,3
und zwar Alleinerziehende mit Kindern unter 3 Jahren	abs.	747	750	764	753	752	746	738	740	743	726	729	732
	in %	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1	5,0	5,0	5,0	5,1	5,0	5,0	5,0
Anzahl der Kinder in der Bedarfsgemeinschaft													
mit einem Kind	abs.	2.855	2.884	2.891	2.886	2.891	2.891	2.913	2.922	2.877	2.855	2.847	2.850
	in %	48,5	49,1	49,2	49,4	49,3	49,4	49,4	49,6	49,4	49,3	49,3	49,3
mit zwei Kindern	abs.	1.944	1.925	1.932	1.910	1.914	1.907	1.924	1.919	1.912	1.901	1.903	1.905
	in %	33,0	32,8	32,9	32,7	32,6	32,6	32,6	32,6	32,9	32,8	32,9	33,0
mit drei und mehr Kindern	abs.	1.088	1.065	1.058	1.051	1.061	1.058	1.059	1.049	1.029	1.035	1.028	1.021
	in %	18,5	18,1	18,0	18,0	18,1	18,1	18,0	17,8	17,7	17,9	17,8	17,7
		0,0	0,0										

*2) Die Gruppe der Alleinerziehenden eindeutig zu quantifizieren ist mit gewissen Schwierigkeiten behaftet, so dass eine Umstellung ab 03/12 der Operationalisierung von Nöten war, die eine Differenz von + 229 nach sich zog.

Übersicht 3: Durchschnittliche Höhe des Anspruchs und der SGB II-Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft (nur laufende Leistungen, keine Einmalzahlungen, ohne BuT)

Bedarfsart - Anspruch	Jan 12	Feb 12 *1)	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12 *2)	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
Arbeitslosengeld u. Sozialgeld	636 €	634 €	632 €	632 €	633 €	632 €	633 €	634 €	632 €	631 €	632 €	631 €
+ Mehrbedarf	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €	23 €
+ Krankenversicherung (2)	113 €	119 €	118 €	119 €	118 €	118 €	118 €	118 €	118 €	118 €	118 €	118 €
+ Kosten für Unterkunft (2)	435 €	434 €	433 €	433 €	435 €	435 €	435 €	436 €	436 €	436 €	437 €	437 €
+ Kosten für Heizung (2)	70 €	70 €	69 €	69 €	70 €	70 €	70 €	70 €	70 €	70 €	70 €	69 €
- angerechnete Einkünfte	385 €	379 €	377 €	378 €	380 €	384 €	383 €	384 €	382 €	380 €	384 €	387 €
= durchschnittliche Leistung pro BG und Monat	**892 €**	**901 €**	**898 €**	**899 €**	**899 €**	**894 €**	**896 €**	**898 €**	**897 €**	**897 €**	**895 €**	**891 €**
= durchschnittlicher Leistung pro Person und Monat	**446 €**	**451 €**	**451 €**	**452 €**	**450 €**	**449 €**	**449 €**	**450 €**	**451 €**	**452 €**	**451 €**	**450 €**

(1) Februar und August ohne Schulpauschale, da dies zu BuT gehört
(2) In diesen Beträgen sind auch Korrekturen und Nachzahlungen enthalten, daher können sie monatlich schwanken.

Übersicht 4: Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen

Personen		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
SGB II-Bezieher insg.	**abs.**	**29.553**	**29.603**	**29.654**	**29.427**	**29.528**	**29.562**	**29.654**	**29.479**	**29.218**	**28.995**	**28.862**	**28.860**
	in %	100%	100%	100%	100%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
davon männlich	abs.	14.027	14.078	14.115	13.983	14.006	14.034	14.072	13.989	13.885	13.779	13.688	13.700
	in %	47,5%	47,6%	47,6%	47,5%	47,4%	47,5%	47,5%	47,5%	47,5%	47,5%	47,4%	47,5%
weiblich	abs.	15.526	15.525	15.539	15.444	15.522	15.528	15.582	15.490	15.333	15.216	15.174	15.160
	in %	52,5%	52,4%	52,4%	52,5%	52,6%	52,5%	52,5%	52,5%	52,5%	52,5%	52,6%	52,5%
dav. **ALG II-Bezieher** (1)	**abs.**	**20.226**	**20.283**	**20.340**	**20.158**	**20.181**	**20.219**	**20.259**	**20.123**	**19.964**	**19.775**	**19.714**	**19.724**
(eLb)	in %	68,4%	68,5%	68,6%	68,5%	68,3%	68,4%	68,3%	68,3%	68,3%	68,2%	68,3%	68,3%
davon männlich	abs.	9.311	9.338	9.376	9.277	9.277	9.309	9.315	9.255	9.211	9.113	9.070	9.092
	in %	46,0%	46,0%	46,1%	46,0%	46,0%	46,0%	46,0%	46,0%	46,1%	46,1%	46,0%	46,1%
weiblich	abs.	10.915	10.945	10.964	10.881	10.904	10.910	10.944	10.868	10.753	10.662	10.644	10.632
	in %	54,0%	54,0%	53,9%	54,0%	54,0%	54,0%	54,0%	54,0%	53,9%	53,9%	54,0%	53,9%
Bezieher von	**abs.**	**9.327**	**9.320**	**9.314**	**9.269**	**9.347**	**9.343**	**9.395**	**9.356**	**9.254**	**9.220**	**9.148**	**9.136**
Sozialgeld (2) (nef)	in %	31,6%	31,5%	31,4%	31,5%	31,7%	31,6%	31,7%	31,7%	31,7%	31,8%	31,7%	31,7%
davon männlich	abs.	4.716	4.740	4.739	4.706	4.729	4.725	4.757	4.734	4.674	4.666	4.618	4.608
	in %	50,6%	50,9%	50,9%	50,8%	50,6%	50,6%	50,6%	50,6%	50,5%	50,6%	50,5%	50,4%
weiblich	abs.	4.611	4.580	4.575	4.563	4.618	4.618	4.638	4.622	4.580	4.554	4.530	4.528
	in %	49,4%	49,1%	49,1%	49,2%	49,4%	49,4%	49,4%	49,4%	49,5%	49,4%	49,5%	49,6%

Personen mit auschl.	**abs.**	**180**	**182**	**184**	**184**	**183**	**169**	**166**	**149**	**163**	**170**	**172**	**176**
Fallmanagement-Leistunge	in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
davon männlich	abs.	125	130	127	129	127	113	117	104	117	121	116	120
	in %	69,4%	71,4%	69,0%	70,1%	69,4%	66,9%	70,5%	69,8%	71,8%	71,2%	67,4%	68,2%
weiblich	abs.	55	52	57	55	56	56	49	45	46	49	56	56
	in %	30,6%	28,6%	31,0%	29,9%	30,6%	33,1%	29,5%	30,2%	28,2%	28,8%	32,6%	31,8%

(1) **ALG II-Bezieher (eLb) = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 und 64 Jahren**
(2) **Sozialgeld-Bezieher (nef) = Nicht erwerbsfähige Angehörige des Leistungsberechtigten**

Übersicht 5: Altersstruktur der SGB II-Leistungsberechtigten

		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
SGB II-Leistungs-	**abs.**	**29.553**	**29.603**	**29.654**	**29.427**	**29.528**	**29.562**	**29.654**	**29.479**	**29.218**	**28.995**	**28.862**	**28.860**
berechtigte insgesamt	**in %**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**
dar. weiblich	**abs.**	**15.526**	**15.525**	**15.539**	**15.444**	**15.522**	**15.528**	**15.582**	**15.490**	**15.333**	**15.216**	**15.174**	**15.160**
	in %	**52,5%**	**52,4%**	**52,4%**	**52,5%**	**52,6%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,6%**	**52,5%**
unter 3 Jahre	abs.	1.887	1.878	1.875	1.846	1.859	1.843	1.866	1.840	1.799	1.802	1.785	1.788
	in %	6,4%	6,3%	6,3%	6,3%	6,3%	6,2%	6,3%	6,2%	6,2%	6,2%	6,2%	6,2%
dar. weiblich	abs.	934	921	914	899	919	913	916	899	873	869	862	867
	in %	49,5%	49,0%	48,7%	48,7%	49,4%	49,5%	49,1%	48,9%	48,5%	48,2%	48,3%	48,5%
3 bis unter 7 Jahre	abs.	2.624	2.607	2.616	2.587	2.613	2.618	2.619	2.609	2.563	2.556	2.533	2.515
	in %	8,9%	8,8%	8,8%	8,8%	8,8%	8,9%	8,8%	8,9%	8,8%	8,8%	8,8%	8,7%
dar. weiblich	abs.	1.298	1.294	1.301	1.299	1.309	1.315	1.320	1.314	1.286	1.291	1.282	1.272
	in %	49,5%	49,6%	49,7%	50,2%	50,1%	50,2%	50,4%	50,4%	50,2%	50,5%	50,6%	50,6%
7 bis unter 15 Jahre	abs.	4.412	4.417	4.397	4.400	4.427	4.426	4.454	4.448	4.440	4.402	4.363	4.357
	in %	14,9%	14,9%	14,8%	15,0%	15,0%	15,0%	15,0%	15,1%	15,2%	15,2%	15,1%	15,1%
dar. weiblich	abs.	2.160	2.145	2.138	2.136	2.150	2.144	2.162	2.171	2.176	2.140	2.129	2.123
	in %	49,0%	48,6%	48,6%	48,5%	48,6%	48,4%	48,5%	48,8%	49,0%	48,6%	48,8%	48,7%
15 bis unter 18 Jahre	abs.	1.359	1.362	1.373	1.359	1.350	1.339	1.336	1.314	1.297	1.291	1.319	1.325
	in %	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,5%	4,5%	4,5%	4,4%	4,5%	4,6%	4,6%
dar. weiblich	abs.	673	672	668	673	661	644	650	641	634	639	643	643
	in %	49,5%	49,3%	48,7%	49,5%	49,0%	48,1%	48,7%	48,8%	48,9%	49,5%	48,7%	48,5%
18 bis unter 25 Jahre	abs.	2.184	2.231	2.250	2.255	2.272	2.318	2.346	2.311	2.249	2.172	2.159	2.199
	in %	7,4%	7,5%	7,6%	7,7%	7,7%	7,8%	7,9%	7,8%	7,7%	7,5%	7,5%	7,6%
dar. weiblich	abs.	1.253	1.275	1.295	1.293	1.330	1.341	1.357	1.328	1.277	1.233	1.225	1.253
	in %	57,4%	57,1%	57,6%	57,3%	58,5%	57,9%	57,8%	57,5%	56,8%	56,8%	56,7%	57,0%
25 bis unter 50 Jahre	abs.	12.313	12.291	12.299	12.177	12.192	12.184	12.210	12.172	12.075	12.009	11.929	11.908
	in %	41,7%	41,5%	41,5%	41,4%	41,3%	41,2%	41,2%	41,3%	41,3%	41,4%	41,3%	41,3%
dar. weiblich	abs.	6.913	6.894	6.885	6.820	6.829	6.840	6.846	6.839	6.777	6.749	6.732	6.707
	in %	56,1%	56,1%	56,0%	56,0%	56,0%	56,1%	56,1%	56,2%	56,1%	56,2%	56,4%	56,3%
50 bis unter 58 Jahre	abs.	2.890	2.911	2.935	2.921	2.937	2.958	2.955	2.936	2.938	2.923	2.943	2.954
	in %	9,8%	9,8%	9,9%	9,9%	9,9%	10,0%	10,0%	10,0%	10,1%	10,1%	10,2%	10,2%
dar. weiblich	abs.	1.407	1.422	1.430	1.423	1.418	1.420	1.420	1.402	1.412	1.405	1.411	1.414
	in %	48,7%	48,8%	48,7%	48,7%	48,3%	48,0%	48,1%	47,8%	48,1%	48,1%	47,9%	47,9%
58 bis unter 65 Jahre	abs.	1.884	1.906	1.909	1.882	1.878	1.876	1.868	1.849	1.857	1.840	1.831	1.814
	in %	6,4%	6,4%	6,4%	6,4%	6,4%	6,3%	6,3%	6,3%	6,4%	6,3%	6,3%	6,3%
dar. weiblich	abs.	888	902	908	901	906	911	911	896	898	890	890	881
	in %	47,1%	47,3%	47,6%	47,9%	48,2%	48,6%	48,8%	48,5%	48,4%	48,4%	48,6%	48,6%

Übersicht 6: Arbeitsmarktteilhabe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Personen		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
Erwerbsfähige Leistungs-	abs.	**20.226**	**20.283**	**20.340**	**20.158**	**20.181**	**20.219**	**20.259**	**20.123**	**19.964**	**19.775**	**19.714**	**19.724**
berechtigte (eLb) insg.	in %	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon unter 25 Jahren	abs.	3.464	3.509	3.542	3.534	3.541	3.571	3.579	3.541	3.474	3.386	3.398	3.436
	in %	17,1%	17,3%	17,4%	17,5%	17,5%	17,7%	17,7%	17,6%	17,4%	17,1%	17,2%	17,4%
über 25 Jahren	abs.	16.762	16.774	16.798	16.624	16.640	16.648	16.680	16.582	16.490	16.389	16.316	16.288
	in %	82,9%	82,7%	82,6%	82,5%	82,5%	82,3%	82,3%	82,4%	82,6%	82,9%	82,8%	82,6%
dav. **arbeitslos**	abs.	**7.436**	**7.527**	**7.558**	**7.630**	**7.536**	**7.610**	**7.920 ***	**7.803**	**7.646**	**7.406**	**7.307**	**7.496**
	in %	36,8%	37,1%	37,2%	37,9%	37,3%	37,6%	39,1%	38,8%	38,3%	37,5%	37,1%	38,0%
davon unter 25 Jahren	abs.	660	691	674	690	633	693	824 *	805	744	687	666	694
	in %	19,1%	19,7%	19,0%	19,5%	17,9%	19,4%	23,0%	22,7%	21,4%	20,3%	19,6%	20,2%
über 25 Jahren	abs.	6.776	6.836	6.884	6.940	6.903	6.917	7.096 *	6.998	6.902	6.719	6.641	6.802
	in %	40,4%	40,8%	41,0%	41,7%	41,5%	41,5%	42,5%	42,2%	41,9%	41,0%	40,7%	41,8%
dav. **erwerbstätig**	abs.	**6.589**	**6.508**	**6.543**	**6.510**	**6.580**	**6.677**	**6.678**	**6.693**	**6.733**	**6.665**	**6.695**	**6.648**
	in %	32,6%	32,1%	32,2%	32,3%	32,6%	33,0%	33,0%	33,3%	33,7%	33,7%	34,0%	33,7%
davon unter 25 Jahren	abs.	774	769	781	765	759	763	737	749	796	764	768	763
	in %	22,3%	21,9%	22,0%	21,6%	21,4%	21,4%	20,6%	21,2%	22,9%	22,6%	22,6%	22,2%
über 25 Jahren	abs.	5.815	5.739	5.762	5.745	5.821	5.914	5.941	5.944	5.937	5.901	5.927	5.885
	in %	34,7%	34,2%	34,3%	34,6%	35,0%	35,5%	35,6%	35,8%	36,0%	36,0%	36,3%	36,1%
dav. **ALG I - Aufstocker**	abs.	**538**	**546**	**535**	**511**	**512**	**501**	**495**	**498**	**457**	**447**	**456**	**481**
	in %	2,7%	2,7%	2,6%	2,5%	2,5%	2,5%	2,4%	2,5%	2,3%	2,3%	2,3%	2,4%
davon unter 25 Jahren	abs.	70	74	73	72	63	63	71	74	74	63	62	56
	in %	2,0%	2,1%	2,1%	2,0%	1,8%	1,8%	2,0%	2,1%	2,1%	1,9%	1,8%	1,6%
über 25 Jahren	abs.	468	472	462	439	449	438	424	424	383	384	394	425
	in %	2,8%	2,8%	2,8%	2,6%	2,7%	2,6%	2,5%	2,6%	2,3%	2,3%	2,4%	2,6%

* Arbeitslosenzahlen im Juli 2012: In diesem Monat wurden der Marker "Arbeitslos" beim Datenpflegetag geprüft und teilweise nacherfasst

Übersicht 7: Erwerbstätigkeit der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
Erwerbstätige	**abs.**	**6.589**	**6.508**	**6.543**	**6.510**	**6.580**	**6.677**	**6.678**	**6.693**	**6.733**	**6.665**	**6.695**	**6.648**
-insgesamt-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	2.443	2.398	2.457	2.469	2.451	2.489	2.485	2.489	2.453	2.399	2.411	2.387
	in %	37,1	36,8	37,6	37,9	37,2	37,3	37,2	37,2	36,4	36,0%	36,0%	35,9%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	3.543	3.487	3.457	3.439	3.513	3.566	3.568	3.566	3.642	3.631	3.646	3.624
	in %	53,8	53,6	52,8	52,8	53,4	53,4	53,4	53,3	54,1	54,5%	54,5%	54,5%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	603	623	629	602	616	622	625	638	638	635	638	637
	in %	9,2	9,6	9,6	9,2	9,4	9,3	9,4	9,5	9,5	9,5%	9,5%	9,6%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	435	410	416	410	423	423	418	428	416	418	412	425
	in %	6,6	6,3	6,4	6,3	6,4	6,3	6,3	6,4	6,2	6,3	6,2	6,4
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	2.061	2.026	2.002	2.013	2.031	2.141	2.116	2.086	2.128	2.091	2.108	2.136
	in %	31,3	31,1	30,6	30,9	30,9	32,1	31,7	31,2	31,6	31,4%	31,5%	32,1%
Erwerbsbeteiligung alle eLb	in %	**32,6**	**32,1**	**32,2**	**32,3**	**32,6**	**33,0**	**33,0**	**33,3**	**33,7**	**33,7%**	**34,0%**	**33,7%**
Erwerbstätige	**abs.**	**3.431**	**3.398**	**3.426**	**3.421**	**3.437**	**3.479**	**3.472**	**3.478**	**3.476**	**3.442**	**3.488**	**3.469**
-Frauen-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	1.447	1.410	1.443	1.450	1.448	1.459	1.441	1.445	1.414	1.385	1.395	1.383
	in %	42,2	41,5	42,1	42,4	42,1	41,9	41,5	41,5	40,7	40,2%	40,0%	39,9%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	1.740	1.738	1.717	1.713	1.735	1.766	1.777	1.776	1.800	1.793	1.827	1.818
	in %	50,7	51,1	50,1	50,1	50,5	50,8	51,2	51,1	51,8	52,1%	52,4%	52,4%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	244	250	266	258	254	254	254	257	262	264	266	268
	in %	7,1	7,4	7,8	7,5	7,4	7,3	7,3	7,4	7,5	7,7%	7,6%	7,7%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	270	254	261	259	271	268	267	264	265	267	266	272
	in %	7,9	7,5	7,6	7,6	7,9	7,7	7,7	7,6	7,6	7,8	7,6	7,8
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	1.032	1.036	1.017	1.018	1.012	1.082	1.069	1.054	1.103	1.068	1.079	1.085
	in %	30,1	30,5	29,7	29,8	29,4	31,1	30,8	30,3	31,7	31,0%	30,9%	31,3%
Erwerbsbeteiligung Frauen	in %	**31,4**	**31,0**	**31,2**	**31,4**	**31,5**	**31,9**	**31,7**	**32,0**	**32,3**	**32,3%**	**32,8%**	**32,6%**
Erwerbstätige	**abs.**	**3.158**	**3.110**	**3.117**	**3.089**	**3.143**	**3.198**	**3.206**	**3.215**	**3.257**	**3.223**	**3.207**	**3.179**
-Männer-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	996	988	1.014	1.019	1.003	1.030	1.044	1.044	1.039	1.014	1.016	1.004
	in %	31,5	31,8	32,5	33,0	31,9	32,2	32,6	32,5	31,9	31,5%	31,7%	31,6%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	1.803	1.749	1.740	1.726	1.778	1.800	1.791	1.790	1.842	1.838	1.819	1.806
	in %	57,1	56,2	55,8	55,9	56,6	56,3	55,9	55,7	56,6	57,0%	56,7%	56,8%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	359	373	363	344	362	368	371	381	376	371	372	369
	in %	11,4	12,0	11,6	11,1	11,5	11,5	11,6	11,9	11,5	11,5%	11,6%	11,6%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	165	156	155	151	152	155	151	164	151	151	146	153
	in %	5,2	5,0	5,0	4,9	4,8	4,8	4,7	5,1	4,6	4,7	4,6	4,8
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	1.029	990	985	995	1.019	1.059	1.047	1.032	1.025	1.023	1.029	1.051
	in %	32,6	31,8	31,6	32,2	32,4	33,1	32,7	32,1	31,5	31,7%	32,1%	33,1%
Erwerbsbeteiligung Männer	in %	**33,9**	**33,3**	**33,2**	**33,3**	**33,9**	**34,4**	**34,4**	**34,7**	**35,4**	**35,4%**	**35,4%**	**35,0%**
Erwerbstätige	**abs.**	**774**	**769**	**781**	**765**	**759**	**763**	**737**	**749**	**796**	**764**	**768**	**763**
-15 bis unter 25 Jährige-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	243	258	268	266	273	294	298	298	289	270	267	264
	in %	31,4	33,6	34,3	34,8	36,0	38,5	40,4	39,8	36,3	35,3%	34,8%	34,6%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	523	503	504	490	475	460	432	443	500	485	490	487
	in %	67,6	65,4	64,5	64,1	62,6	60,3	58,6	59,1	62,8	63,5%	63,8%	63,8%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	8	8	9	9	11	9	7	8	7	9	11	12
	in %	1,0	1,0	1,2	1,2	1,4	1,2	0,9	1,1	0,9	1,2%	1,4%	1,6%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	23	20	20	18	14	14	16	19	19	16	17	17
	in %	3,0	2,6	2,6	2,4	1,8	1,8	2,2	2,5	2,4	2,1	2,2	2,2
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	71	63	64	65	62	63	62	53	59	59	51	62
	in %	9,2	8,2	8,2	8,5	8,2	8,3	8,4	7,1	7,4	7,7%	6,6%	8,1%
Erwerbsbeteiligung 15 bis unter 25 Jährige	in %	**22,3**	**21,9**	**22,0**	**21,6**	**21,4**	**21,4**	**20,6**	**21,2**	**22,9**	**22,6%**	**22,6%**	**22,2%**

Das Medianeinkommen entspricht dem Bruttoeinkommen aus Erwerbsarbeit, das 50 % der Erwerbstätigen im SGB II in dieser Kategorie erreichen.

Übersicht 8: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen

Art der Eingliederungsmaßnahme		Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	kum. bis Dez 12
		endgültig												
1 Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche														
Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 4, Satz 3 SGB III)	Teilnehmer	5	-	3	5	-	3	-	4	-	3	-	-	27
	dar. weibl. (%)	40,0	-	33,3	40,0	-	-	-	25,0	-	-	-	-	22,2
Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs 1 Nr. 3 SGB III)	Teilnehmer	376	436	439	424	375	392	382	392	393	371	379	349	1.505
	dar. weibl. (%)	41,2	39,7	40,8	41,0	43,7	43,4	39,5	39,8	37,7	38,3	40,4	40,7	39,5
Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III) - nachrichtlich -	Teilnehmer	364	428	459	393	435	424	436	442	362	434	465	288	4.930
	dar. weibl. (%)	46,2	47,2	46,8	51,4	51,3	48,3	50,7	58,1	52,2	48,4	53,3	53,1	50,6
Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III)	Teilnehmer	480	512	532	464	513	426	386	425	398	521	575	489	3.230
	dar. weibl. (%)	51,9	49,0	52,8	52,6	52,2	47,9	47,7	56,7	56,5	49,3	51,1	46,6	46,1
Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	Teilnehmer	**861**	**948**	**974**	**893**	**890**	**821**	**769**	**821**	**792**	**895**	**954**	**838**	**4.762**
	dar. weibl. (%)	**47,2**	**44,7**	**47,3**	**47,0**	**48,5**	**45,6**	**43,6**	**48,5**	**47,1**	**44,6**	**46,9**	**44,2**	**43,9**
2 Qualifizierung														
Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	Teilnehmer	200	199	212	195	186	181	150	163	188	213	205	179	666
	dar. weibl. (%)	60,5	59,8	55,2	57,9	57,0	52,5	49,3	41,1	45,2	49,8	49,3	49,2	48,2
Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	Teilnehmer	181	174	170	189	196	188	161	197	218	237	242	232	354
	dar. weibl. (%)	60,8	63,8	62,9	64,0	63,3	64,4	62,7	67,5	66,5	67,5	66,9	67,2	63,6
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**381**	**373**	**382**	**384**	**382**	**369**	**311**	**360**	**406**	**450**	**447**	**411**	**1.020**
	dar. weibl. (%)	**60,6**	**61,7**	**58,6**	**60,9**	**60,2**	**58,5**	**56,3**	**55,6**	**56,7**	**59,1**	**58,8**	**59,4**	**53,5**
3 Förderung der Berufsausbildung														
Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	Teilnehmer	111	106	109	114	112	97	83	90	80	88	88	81	248
	dar. weibl. (%)	42,3	43,4	44,0	43,9	45,5	48,5	49,4	40,0	42,5	42,0	39,8	35,8	40,3
Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III)	Teilnehmer	269	249	241	233	227	223	183	225	293	289	283	278	424
	dar. weibl. (%)	35,7	34,9	33,2	33,5	33,5	34,1	30,6	29,8	32,8	32,5	32,5	31,7	35,4
Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 54a SGB III)	Teilnehmer	15	14	14	12	12	12	12	9	6	7	7	7	23
	dar. weibl. (%)	40,0	42,9	42,9	41,7	41,7	41,7	41,7	44,4	16,7	14,3	14,3	14,3	34,8
Sonst. Förderung der Berufsausbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II)	Teilnehmer	16	16	17	17	17	15	12	7	7	8	8	7	23
	dar. weibl. (%)	37,5	37,5	35,3	35,3	35,3	40,0	41,7	42,9	71,4	62,5	62,5	57,1	43,5
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**411**	**385**	**381**	**376**	**368**	**347**	**290**	**331**	**386**	**392**	**386**	**373**	**718**
	dar. weibl. (%)	**37,7**	**37,7**	**36,7**	**37,0**	**37,5**	**38,6**	**36,9**	**33,2**	**35,2**	**34,9**	**34,5**	**32,7**	**37,3**
4 Beschäftigungsfördernde Maßnahmen														
Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	Teilnehmer	263	260	268	282	286	298	292	284	286	300	303	302	600
	dar. weibl. (%)	34,2	33,1	35,1	36,5	37,1	40,6	40,4	40,5	39,5	40,0	40,3	41,1	39,7
Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16e SGB II)	Teilnehmer	20	19	19	20	19	19	21	37	54	54	57	56	62
	dar. weibl. (%)	5,0	5,3	5,3	5,0	5,3	5,3	14,3	13,5	18,5	20,4	19,3	19,6	19,4
Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	Teilnehmer	74	78	87	78	77	78	68	66	75	102	106	86	252
	dar. weibl. (%)	41,9	41,0	52,9	47,4	42,9	48,7	47,1	43,9	44,0	39,2	37,7	37,2	43,7
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**357**	**357**	**374**	**380**	**382**	**395**	**381**	**387**	**415**	**456**	**466**	**444**	**914**
	dar. weibl. (%)	**34,2**	**33,3**	**37,7**	**37,1**	**36,6**	**40,5**	**40,2**	**38,5**	**37,6**	**37,5**	**37,1**	**37,6**	**39,4**
5 Arbeitsgelegenheiten														
Arbeitsgelegenheiten (AGH) -Mehraufwandsvariante- (§ 16d SGB II)	Teilnehmer	975	984	1.005	1.014	1.022	1.022	987	925	909	885	870	830	2.219
	dar. weibl. (%)	36,4	36,7	35,0	35,5	36,0	35,8	35,1	35,5	36,5	37,4	37,4	37,6	37,4
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**975**	**984**	**1.005**	**1.014**	**1.022**	**1.022**	**987**	**925**	**909**	**885**	**870**	**830**	**2.219**
	dar. weibl. (%)	**36,4**	**36,7**	**35,0**	**35,5**	**36,0**	**35,8**	**35,1**	**35,5**	**36,5**	**37,4**	**37,4**	**37,6**	**37,4**
6 Freie Förderung														
Freie Förderung nach § 16f SGB II	Teilnehmer	21	23	21	20	17	20	13	17	14	15	14	13	50
	dar. weibl. (%)	52,4	56,5	71,4	70,0	70,6	70,0	92,3	76,5	71,4	60,0	64,3	69,2	48,0
Darlehen (§ 16f SGB II)	Teilnehmer	3	8	5	5	3	8	.	3	3	7	6	.	54
	dar. weibl. (%)	66,7	37,5	40,0	20,0	-	-	50,0	-	-	28,6	-	100,0	22,2
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**24**	**31**	**26**	**25**	**20**	**28**	**15**	**20**	**17**	**22**	**20**	**14**	**104**
	dar. weibl. (%)	**54,2**	**51,6**	**65,4**	**60,0**	**60,0**	**50,0**	**86,7**	**65,0**	**58,8**	**50,0**	**45,0**	**71,4**	**34,6**
7 Flankierende Leistungen														
Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	Teilnehmer	151	156	163	160	165	171	179	184	192	192	189	176	398
	dar. weibl. (%)	43,7	39,7	42,9	41,9	43,0	42,1	40,8	40,8	41,7	41,7	40,7	43,2	41,2
Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	Teilnehmer	53	54	53	51	47	51	51	51	48	44	49	47	133
	dar. weibl. (%)	17,0	13,0	13,2	15,7	19,1	19,6	19,6	21,6	14,6	13,6	14,3	10,6	16,5
Kinderbetreuung (§ 16a Nr. 1 SGB II)	Teilnehmer	120	129	130	137	140	139	134	170	185	201	206	205	311
	dar. weibl. (%)	95,0	93,0	93,8	94,2	94,3	95,7	95,5	93,5	93,5	93,0	92,7	91,2	91,0
Psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	Teilnehmer	29	29	34	36	36	32	35	30	29	28	33	30	74
	dar. weibl. (%)	48,3	41,4	47,1	47,2	44,4	50,0	48,6	46,7	44,8	42,9	42,4	43,3	50,0
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**353**	**368**	**380**	**384**	**388**	**393**	**399**	**435**	**454**	**465**	**477**	**458**	**916**
	dar. weibl. (%)	**57,5**	**54,6**	**56,6**	**57,6**	**58,8**	**58,8**	**57,1**	**59,5**	**60,1**	**61,3**	**60,6**	**61,4**	**55,2**
8 Integrations- und Sprachkurse für Migranten														
Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	Teilnehmer	649	729	703	654	677	663	492	555	611	647	657	574	2.371
	dar. weibl. (%)	66,9	63,4	64,3	63,1	63,8	64,0	60,0	60,7	63,0	59,7	61,3	59,4	64,6
berufsbezogene Sprachkurse	Teilnehmer	39	62	43	42	42	41	40	59	41	41	40	39	125
	dar. weibl. (%)	69,2	74,2	76,7	78,6	78,6	80,5	80,0	79,7	80,5	80,5	80,0	79,5	76,0
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**688**	**791**	**746**	**696**	**719**	**704**	**532**	**614**	**652**	**688**	**697**	**613**	**2.496**
	dar. weibl. (%)	**67,0**	**64,2**	**65,0**	**64,1**	**64,7**	**64,9**	**61,5**	**62,5**	**64,1**	**60,9**	**62,4**	**60,7**	**65,2**
9 Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente														
Perspektive 50plus (Aus Pakt-Mitteln des Bundes)	Teilnehmer	378	404	436	451	468	469	479	489	493	490	505	477	1.059
	dar. weibl. (%)	48,4	47,8	47,9	49,9	50,0	48,2	48,0	49,5	50,1	51,2	50,9	52,0	45,6
sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	Teilnehmer	20	20	20	20	20	20	14	33	34	34	32	32	41
	dar. weibl. (%)	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	81,8	82,4	82,4	81,3	81,3	85,4
sonstige drittfinanzierte Projekte	Teilnehmer	74	74	73	69	67	65	52	55	52	55	51	48	167
	dar. weibl. (%)	63,5	60,8	56,2	58,0	68,7	69,2	65,4	81,8	76,9	80,0	82,4	83,3	74,6
Teilnehmer/innen insg.	Teilnehmer	**472**	**498**	**529**	**540**	**555**	**554**	**545**	**577**	**579**	**579**	**588**	**557**	**1.267**
	dar. weibl. (%)	**53,0**	**51,8**	**51,0**	**52,8**	**54,1**	**52,5**	**51,0**	**54,4**	**54,4**	**55,8**	**55,3**	**56,4**	**48,3**
Summe der Teilnehmer/innen an Eingliederungsleistungen (ohne Einmalleistungen)	Teilnehmer	**4.522**	**4.735**	**4.797**	**4.692**	**4.726**	**4.633**	**4.229**	**4.470**	**4.610**	**4.832**	**4.905**	**4.538**	**14.416**
	dar. weibl. (%)	**48,6**	**47,8**	**48,1**	**48,2**	**48,9**	**48,4**	**46,4**	**48,2**	**48,7**	**48,5**	**48,9**	**48,3**	**47,7**

Übersicht 9: Kurzerläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen (Rechtsgrundlagen ab 01.04.2012)

1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche		
1.1	Vermittlungsgutschein (§16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit § 45 Absatz 4, Satz 3 SGB III)	Instrument zur Unterstützung des eLb bei der Arbeitsplatzsuche. Die Kommunale Arbeitsvermittlung verpflichtet sich, an einen privaten Arbeitsvermittler einen bestimmten Betrag zu zahlen, wenn dieser den Inhaber des Vermittlungsgutscheins in eine mindestens 15 Wochenstunden umfassende sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vermittelt.
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 1 Nr. 3 SGB III)	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung entsprechend des ehemaligen § 37 SGB III. Dieses Angebot erhalten eLb, die eine realistische Vermittlungschance auf dem 1. Arbeitsmarkt haben.
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 44 SGB III)	Individuelle Eingliederungsleistungen zur Anbahnung oder zur Aufnahme einer Ausbildung sowie einer versicherungspflichtigen Tätigkeit, z.B. Bewerbungskosten, Reisekosten, Mobilitätsbeihilfen oder sonstige Kosten und Gebühren. Die Förderungen aus dem Vermittlungsbudget werden nicht als „ Aktivierung“ gezählt, da es sich dabei um Einmalleistungen handelt.
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 SGB III)	Maßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung, Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme (z. B.: Berufsorientierungskurse, Bewerbungscoaching)
2. Qualifizierung		
2.1	Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. §§ 81 ff SGB III)	Berufliche Fortbildungsmaßnahmen i.S. des SGB III, die, aufbauend auf vorhandenen Berufserfahrungen, weiterführende umfassende Fachkenntnisse vermitteln.
2.2	Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. §§ 81 ff SGB III)	Weiterbildungsmaßnahmen (Umschulungsmaßnahmen), die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen.
3. Förderung der Berufsausbildung		
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahmen (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit § 51 SGB III)	10-monatige von der Agentur für Arbeit angebotene Berufsvorbereitungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die berufliche Orientierung verbunden mit betrieblichen Praktika verbessern die Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Es besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen.
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter BaE (§ 16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit § 76 SGB III)	Ziel ist der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 25 BBiG. Angestrebt wird der Übergang in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis nach dem ersten oder zweiten Ausbildungsjahr.
3.3	Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit § 54a SGB III)	Die Einstiegsqualifizierung (EQ) wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren, die einen Ausbildungsplatz suchen und bis zum 30. September des Jahres noch nicht vermittelt sind. Bei gleichzeitiger Teilnahme am Berufsschulunterricht besteht die Möglichkeit der Anerkennung als erstes Ausbildungsjahr.
3.4	sonst. Förderung der Berufsausbildung	Ziel ist der erfolgreiche Abschluss von Benachteiligten und Schwerbehinderten in einem Industrieberuf durch Förderung der Ausbildung in einer überbetrieblichen Ausbildungswerkstatt.
4. Beschäftigungsfördernde Maßnahmen		

4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 88 ff SGB III bzw. §§417 ff SGB III)	Arbeitgeber können zur Eingliederung von förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten (Eingliederungszuschuss / EGZ) zum Ausgleich von Minderleistungen erhalten. Arbeitgebern erhalten dadurch einen Anreiz für die Einstellung von eLb mit Vermittlungshemmnissen.
4.2	Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) (§ 16e SGB II)	Arbeitgeber können zur Eingliederung in Arbeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit erheblichen Vermittlungshemmnissen einen Beschäftigungszuschuss als Ausgleich der zu erwartenden Minderleistungen des Arbeitnehmers und einen Zuschuss zu sonstigen Kosten erhalten. Zielgruppe: Bewerbertyp D/E der für Wiesbaden entwickelten zielorientierten Bewerbertypisierung im SGB II. Der Beschäftigungszuschuss beträgt als Regelförderung 75% des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgeltes und wird als Regelförderungszeit für 24 Monate gewährt.
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b SGB II, § 16c SGB II)	a) Einstiegsgeld nach § 16b SGB II Zuschuss zum Einkommen aus Erwerbstätigkeit, wenn dies zum Zwecke der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich erscheint und die Fördervoraussetzungen erfüllt sind (Ermessensleistung) b) Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach § 16c SGB II Zuschüsse und Darlehen zur Beschaffung von Sachgütern für Existenzgründer und Selbstständige.
5. Arbeitsgelegenheiten		
5.1	AGH mit Mehraufwandsent-schädigung (§ 16d SGB II)	Bei den Arbeitsgelegenheiten handelt es sich um nicht versicherungspflichtige Beschäftigungen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die Arbeiten sind zusätzlich und im öffentlichen Interesse und begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Arbeitsgelegenheiten erhalten für die Dauer der Tätigkeit zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine Mehraufwandsentschädigung.
5.2	AGH mit Anleitung (§ 16d SGB II)	Arbeitsgelegenheiten bei Beschäftigungsgesellschaften. Die Beschäftigungsträger erhalten für die Kosten der fachlichen Anleitung eine Kostenpauschale.
6. Freie Förderung		
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	Förderung von Einzelmaßnahmen, die nicht nach § 16 SGB II i. V. m. SGB III gefördert werden können, oder Leistungen des SGB II und III aufstocken, wenn diese nicht ausreichen, um das individuelle Ziel zu erreichen. Auch die Förderung von Projekten zur Anschubfinanzierung ist möglich.
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	Zur Integration in den 1. Arbeitsmarkt kann als Eingliederungsleistung ein Darlehen gewährt werden, wenn z. B. ein konkretes Angebot für eine Festeinstellung vorliegt (z.B. Führerschein).
7. Flankierende Leistungen		
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr.2 SGB II)	Schuldnerberatungen sind kommunale Eingliederungsleistungen, die von verschiedenen Trägern für Menschen mit Schuldenproblemen angeboten werden. Primäres Ziel der Einzelberatung ist es, durch geeignete Maßnahmen das Auskommen der Bedarfsgemeinschaft zu sichern, eine soziale Stabilisierung zu erreichen und mittel- bzw. langfristig eine Schuldenreduzierung / -befreiung zu realisieren.
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr.4 SGB II)	Angebote für eLb mit Suchtproblemen als kommunale Eingliederungsleistung.
7.3	Kinderbetreuung (§ 16a Nr.1 SGB II)	Vorrangige Nutzung des städtischen Kinderbetreuungsangebots. Wenn es den Eltern nicht gelingt, den Betreuungsbedarf im Wiesbadener Regelangebot oder im privaten Umfeld abzudecken, bekommt der eLb Unterstützung durch eine Betreuungsbedarfsmeldung (kommunale Eingliederungsleistung).
7.4	psycho-soziale Leistungen	Beratung, individuelle Hilfeplanung und Rehabilitationsbetreuung sowie medizinische Gutachten bei schweren psychischen Krisen, psychiatrischen Erkrankungen,

	(§ 16a Nr. 3 SGB II)	Suchtproblemen, geistigen Behinderungen und unklaren seelischen Beeinträchtigungen (kommunale Eingliederungsleistung).
8. Integrations- und Sprachkurse für Migranten		
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	Deutsch - Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Kurse richten sich an Personen, die nur über wenige Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Der Unterricht findet ausschließlich auf Grundkursniveau statt.
8.2	berufsbezogene Sprachkurse für Migranten (BAMF)	Aufbauende Sprachkurse mit berufsbezogenen Inhalten. Die Kursgruppen werden nach Berufsfeldern zusammengestellt.
8.3	Berufsbezogener Sprachkurs i.V. mit Arbeitsgelegenheiten	Verbesserung der Sprachkompetenz in einem arbeitsweltbezogenen Kontext durch die Kombination von Beschäftigung und Sprachunterricht.
9. Temporäre Projekte ohne konkrete Zuordnungsmöglichkeiten		
9.1	Perspektive 50plus (aus Paktmitteln des Bundes)	Die Maßnahmen zielen auf die Aktivierung und Vermittlung von 50-Jährigen und älteren Arbeitsuchenden.
9.2	Sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	Ausbildungsmaßnahmen, die über Programme der Hessischen Landesregierung mit Mitteln des SGB II kombiniert werden.
9.3	Sonst. drittfinanzierte Projekte	Eingliederungsmaßnahmen, die in Kombination mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds entweder über Programme der Hessischen Landesregierung oder Bundesprogramme mit Mitteln des SGB II kombiniert werden.

Quelle: Maßnahmenmanagement des Kommunalen Jobcenters Wiesbaden

Übersicht 10: Trägerstatistik

Es werden die Träger ausgewiesen, die je nach Maßnahmeart die höchsten Teilnehmerzahlen (>= 50) im Jahr 2012 aufweisen.

Maßnahmeart	Träger	Teilnehmer 2012
1.2 Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs 1 Nr. 3 SGB III)	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	595
	Bildungswerk der hessischen Wirtschaft e.V.	249
	Life Cycle Consult	202
1.4 Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III)	Donner + Partner GmbH Hessen	1082
	Volkshochschule Wiesbaden	909
	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	180
2.1 Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.	90
	Deutsche Angestellten Akademie GmbH	63
	TARGET GmbH	62
2.2 Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III) (§77 ff. SGB III)	Deutsche Angestellten Akademie GmbH	91
3.1 Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	finanziert und Vergabe durch die Agentur für Arbeit Wiesbaden	244
3.2 Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III)	Wiesbadener Jugendwerkstatt	191
	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.	101
	FRESKO e.V.	60
4.1 Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e.V.	60
4.3 Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	EXINA GmbH	85
	Die WirtschaftsPaten Rhein/Main e.V.	65
5 Arbeitsgelegenheiten (§16d SGB II)	Wiesbadener Jugendwerkstatt	736
	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	374
	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.	151
7.1 Schuldnerberatung (§16a Nr. 2 SGB II)	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.	153
	Diakonisches Werk	135
	Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e.V.	87
7.2 Suchtberatung (§16a Nr. 4 SGB II)	Suchthilfezentrum Wiesbaden	70
	Fachambulanz für Suchtkranke / Caritasverband W	61
8.1 Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§44 AufenthG)	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	1205
8.2 berufsbezogene Sprachkurse	FRESKO e.V.	125
9.1 Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	Volkshochschule Wiesbaden e.V.	566
	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	302
	Johann Wolfgang Goethe Universität	162

Übersicht 11: Aktivierungsquoten

9.1 Aktivierungsquote nach Definition SGB II-Träger Wiesbaden

Aktivierungsquote = Zahl der eLb mit
- Schulbesuch,
- Erwerbstätigkeit oder
- Teilnahme an einer Maßnahme

* 100 / eLb insg.

	Jan 12	Feb 12	Mrz 12	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12
Aktivierungsquote insg.	61,5%	62,5%	62,8%	63,0%	63,5%	63,3%	61,0%	62,3%	63,6%	64,9%	65,8%	63,8%
dar. unter 25 Jahren	81,0%	82,2%	82,5%	83,6%	84,6%	82,8%	78,3%	79,0%	82,0%	83,6%	85,1%	83,2%
25 Jahre und älter	57,5%	58,4%	58,7%	58,6%	59,1%	59,1%	57,3%	58,8%	59,7%	61,1%	61,8%	59,7%

Übersicht 12: Integrationen

Integrationen 2012	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Gesamt
Insgesamt	356	333	405	431	488	366	463	702	627	509	411	310	5.401
Geschlecht													
Männlich	190	192	226	266	281	210	277	382	346	285	241	174	3.070
Weiblich	166	141	179	165	207	156	186	320	281	224	170	136	2.331
Alter der eLb													
15 unter 25 Jahre	36	37	50	57	41	42	59	317	220	81	56	47	1.043
25 bis unter 50 Jahre	274	247	302	312	378	273	334	321	337	372	299	225	3.674
50 Jahre und älter	46	49	53	62	69	51	70	64	70	56	56	38	684
Beschäftigungsaufnahmen nach der Art													
Geförd. sv-pflichtige Beschäftigung	40	21	24	34	31	29	37	*	23	25	30	21	*315*
Ungeförd. sv-pflichtige Beschäftigung	272	276	346	359	425	308	397	359	407	417	347	257	4.170
Duale Berufsausbildung	9	11	*	14	6	3	*	253	163	30	12	*	*501*
Vollqualifizierende Berufsausbildung	-	*	-	*	*	0	0	36	8	0	0	0	*44*
Geförderte selbständige Tätigkeit	3	*	*	*	*	0	*	*	0	*	0	*	*3*
Ungeförderte selbständige Tätigkeit	32	22	32	21	21	26	19	22	26	*	20	17	*258*

Quelle: Sonderauswertung der BA, Statistik Service-Südwest

Übersicht 13: Kennzahlen nach § 48a SGB II

Kennzahl
K1 Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt (= Arbeitslosengeld, Sozialgeld, Mehrbedarf und Einmalleistungen, jeweils vor Sanktion) im Berichtsmonat im Vergleich zum Vorjahresmonat

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4
Dezember 2011	-5,7 %	-1,8 %	-4,1 %	-3,2 %	-5,2 %	-5,4 %
Januar 2012	-2,6 %	2,0 %	-0,3 %	0,5 %	x	-1,9 %
Februar 2012	-1,0 %	2,4 %	-0,2 %	1,0 %	x	-1,5 %
März 2012	-1,7 %	1,5 %	0,0 %	0,7 %	-3,7 %	-2,3 %
April 2012	-1,9 %	0,6 %	1,8 %	0,9 %	-2,1 %	-2,0 %
Mai 2012	-2,2 %	1,7 %	3,6 %	0,7 %	-0,6 %	-1,9 %
Juni 2012	-1,2 %	1,7 %	4,6 %	0,7 %	1,0 %	-1,4 %
Juli 2012	-1,1 %	3,4 %	5,0 %	1,4 %	2,3 %	-1,2 %
August 2012	-3,7 %	3,0 %	5,0 %	1,5 %	3,4 %	-0,3 %
September 2012	-3,5 %	4,2 %	5,2 %	1,7 %	5,2 %	-0,3 %
Oktober 2012	0,1 %	5,6 %	6,4 %	2,2 %	5,4 %	0,7 %
November 2012	-3,1 %	6,5 %	5,6 %	2,1 %	5,9 %	0,6 %
Dezember 2012	2,2 %	5,9 %	6,3 %	2,6 %	8,8 %	1,6 %

Kennzahl
K2 Integrationsquote (Integration = Aufnahme sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, voll qualifizierende Berufsausbildung oder selbständige Tätigkeit mit und ohne Förderung)
Definition: Summe der Integrationen im Berichtsmonat und vorangegangenen 11 Monaten/durchschnittliche Zahl der eLb im Vormonat und den vorangegangenen 11 Monaten

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4
Dezember 2011	26,6 %	26,5 %	29,2 %	25,4 %	26,8 %	28,9 %
Januar 2012	26,6 %	26,8 %	29,1 %	25,4 %	27,7 %	28,8 %
Februar 2012	26,6 %	26,5 %	28,4 %	25,3 %	27,9 %	28,5 %
März 2012	26,6 %	26,4 %	28,2 %	25,3 %	28,2 %	28,3 %
April 2012	26,3 %	25,7 %	28,0 %	25,4 %	27,4 %	27,6 %
Mai 2012	26,6 %	25,4 %	27,6 %	25,6 %	27,1 %	27,5 %
Juni 2012	26,1 %	25,2 %	26,7 %	24,9 %	25,4 %	26,7 %
Juli 2012	26,5 %	24,9 %	26,1 %	25,0 %	25,2 %	26,9 %
August 2012	26,2 %	24,5 %	25,4 %	24,6 %	25,1 %	26,6 %
September 2012	26,2 %	24,3 %	24,6 %	24,5 %	25,1 %	26,7 %
Oktober 2012	26,5 %	24,4 %	24,7 %	24,8 %	25,4 %	27,2 %
November 2012	26,4 %	24,0 %	23,9 %	24,3 %	24,8 %	26,3 %
Dezember 2012	26,2 %	23,8 %	23,9 %	24,2 %	24,5 %	26,0 %

Ergänzungsgröße
K2E4 Integrationsquote der Alleinerziehenden

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4
Dezember 2011	20,0 %	18,0 %	20,5 %	20,3 %	18,2 %	24,0 %
Januar 2012	20,3 %	18,2 %	20,8 %	20,7 %	19,6 %	24,2 %
Februar 2012	20,7 %	18,0 %	21,4 %	20,8 %	19,3 %	24,0 %
März 2012	20,9 %	18,5 %	20,7 %	20,4 %	20,2 %	24,7 %
April 2012	20,4 %	17,9 %	20,5 %	20,8 %	19,9 %	24,5 %
Mai 2012	21,1 %	18,4 %	20,9 %	21,0 %	19,8 %	23,7 %
Juni 2012	21,1 %	18,3 %	19,9 %	20,7 %	19,5 %	22,6 %
Juli 2012	21,9 %	19,0 %	19,2 %	20,7 %	19,4 %	23,0 %
August 2012	21,3 %	19,4 %	18,6 %	20,3 %	18,9 %	22,5 %
September 2012	21,2 %	20,6 %	18,6 %	20,3 %	18,5 %	23,3 %
Oktober 2012	21,6 %	21,0 %	18,2 %	20,4 %	18,0 %	24,2 %
November 2012	21,8 %	20,4 %	18,7 %	19,9 %	17,3 %	22,9 %
Dezember 2012	22,1 %	20,1 %	18,8 %	19,5 %	17,2 %	22,7 %

K2E3 Nachhaltigkeit der Integrationen (ab 01/2012, Darstellung t-6)
(= Anteil der elb mit Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die 12 Monate später noch oder wieder sv-pflichtig beschäftigt sind; Summe der letzten 12 Monate)

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4
Januar 2012	64,1 %	59,6 %	67,7 %	64,7 %	61,4 %	64,7 %
Februar 2012	64,5 %	59,3 %	64,0 %	62,3 %	62,0 %	64,5 %
März 2012	65,4 %	62,3 %	65,1 %	62,2 %	59,7 %	63,7 %
April 2012	64,3 %	63,2 %	64,4 %	61,8 %	59,1 %	62,7 %
Mai 2012	63,2 %	63,0 %	61,7 %	61,6 %	59,7 %	62,3 %
Juni 2012	63,7 %	62,8 %	61,2 %	61,9 %	59,7 %	62,1 %
Juli 2012	63,5 %	62,7 %	61,5 %	61,1 %	58,9 %	61,9 %
August 2012	63,5 %	63,2 %	59,8 %	61,0 %	57,8 %	61,0 %
September 2012	63,4 %	63,1 %	59,8 %	60,8 %	58,0 %	60,5 %

Kennzahl
K3 Veränderung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern (Langzeitbezug = eLb >= 17 Jahren, die in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate hilfebedürftig waren)
Definition: (Zahl der Langzeitleistungsbezieher im Berichtsmonat /Zahl der Langzeitbezieher im Bezugsmonat des Vorjahres-1) * 100

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4
Dezember 2011	-0,6 %	-0,2 %	-4,7 %	-1,8 %	-1,8 %	-2,0 %
Januar 2012	-1,2 %	x	-4,3 %	-1,6 %	x	-2,2 %
Februar 2012	-0,9 %	-0,2 %	-4,8 %	-2,1 %	x	-2,7 %
März 2012	-2,3 %	0,0 %	-4,8 %	-2,5 %	-8,0 %	-2,8 %
April 2012	-2,1 %	0,2 %	-5,0 %	-2,4 %	-7,7 %	-2,6 %
Mai 2012	-1,8 %	0,1 %	-4,2 %	-2,2 %	-5,4 %	-3,5 %
Juni 2012	-2,3 %	-0,1 %	-3,7 %	-2,4 %	-4,4 %	-3,4 %
Juli 2012	-2,0 %	0,3 %	-2,7 %	-2,2 %	-3,7 %	-3,8 %
August 2012	-2,5 %	-0,1 %	-3,1 %	-2,5 %	-3,3 %	-3,6 %
September 2012	-3,1 %	0,0 %	-2,2 %	-2,7 %	-2,3 %	-4,4 %
Oktober 2012	-3,2 %	0,2 %	-1,4 %	-2,4 %	-1,7 %	-3,5 %
November 2012	-3,4 %	0,6 %	-0,7 %	-2,5 %	-2,1 %	-3,8 %
Dezember 2012	-3,1 %	0,2 %	0,5 %	-2,2 %	-1,6 %	-3,7 %